



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

11. Sitzung

3. Wahlperiode

---

Donnerstag, 4. März 1999, Schwerin, Schloß

---

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner und Vizepräsidentin Renate Holznagel

**Inhalt**

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	483	Antrag der Abgeordneten Peter Ritter und Monty Schädel, Fraktion der PDS: <b>Härtefallkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern</b> – Drucksache 3/185 – .....	495
Antrag der Volksinitiative: <b>Für die Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin und den Erhalt der Klinik und Polikliniken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an der Universität Rostock</b> – Drucksache 3/138 – .....	483	<b>Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS</b> – Drucksache 3/226 – .....	495
Dr. Manfred Reißmann, SPD .....	483	Antrag der Fraktion der CDU: <b>Keine „Härtefallkommission“ im Anschluß an rechtskräftig abgeschlossene Asylverfahren und rechtskräftig abgeschlossene Verfahren der Aufenthaltsbeendigung</b> – Drucksache 3/188 – .....	495
Steffie Schnoor, CDU .....	484, 487	Peter Ritter, PDS .....	495
Dr. Gerhard Bartels, PDS .....	485, 487	Dr. Armin Jäger, CDU .....	498, 505, 506
Minister Dr. Peter Kauffold .....	487	Minister Dr. Gottfried Timm .....	502, 506, 507
<b>Beschluß</b> .....	487	Jürgen Seidel, CDU .....	506, 507
Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: <b>Qualifizierungsangebote für Erziehungsberechtigte</b> – Drucksache 3/183 – .....	488	Monty Schädel, PDS .....	507
Dr. Margret Seemann, SPD .....	488	Reinhardt Thomas, CDU.....	509, 513, 514
Bärbel Kleedehn, CDU .....	489	Reinhard Dankert, SPD.....	514
Torsten Koplín, PDS .....	491	Heidemarie Beyer, SPD .....	514
Karla Staszak, SPD.....	493	Dr. Ulrich Born, CDU (zur Geschäftsordnung) .....	516
Harry Glawe, CDU .....	494	<b>Persönliche Erklärung der Abgeordneten Annegrit Koburger, PDS, gemäß Paragraph 43 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages</b> .....	516
<b>Beschluß</b> .....	495		

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung) .....	516	Angelika Gramkow, PDS .....	518
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung) .....	516	Ministerin Dr. Martina Bunge.....	518, 519
Lorenz Caffier, CDU.....	516	Heike Lorenz, PDS.....	518, 519
Volker Schlotmann, SPD .....	517	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: <b>Enquete-Kommission zur Verwirklichung der</b> <b>„UN-Konvention über die Rechte des Kindes“</b> – Drucksache 3/184(neu) – .....	520
Beschluß .....	517	Heike Lorenz, PDS.....	520
Monty Schädel, PDS (zur Geschäftsordnung) .....	517	Dr. Manfred Reißmann, SPD .....	521
<b>Erklärung des</b> <b>Abgeordneten Monty Schädel, PDS,</b> <b>gemäß Paragraph 51 Absatz 2</b> <b>der Geschäftsordnung des Landtages</b> .....	517	Birgit Schwebs, PDS .....	522
<b>Fragestunde</b> – Drucksache 3/216 – .....	518, 524	Beschluß .....	523
		<b>Nächste Sitzung</b> Mittwoch, 24. März 1999.....	523

**Beginn: 9.01 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 11. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Volksinitiative – Für die Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin und den Erhalt der Klinik und Polikliniken für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an der Universität Rostock, Drucksache 3/138.

**Antrag der Volksinitiative:  
Für die Wiedereinrichtung des Studienganges  
Zahnmedizin und den Erhalt der Klinik und  
Polikliniken für Zahn-, Mund- und Kiefer-  
heilkunde an der Universität Rostock  
– Drucksache 3/138 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Reißmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Reißmann.

**Dr. Manfred Reißmann, SPD:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben auf der Tagesordnung zum zweiten Mal eine Volksinitiative, die sich mit der zahnmedizinischen Ausbildung und der Zahnklinik in Rostock befaßt.

Lassen Sie mich zunächst zu Beginn zwei Feststellungen treffen:

Erstens zur Volksinitiative, die einmal mit 40.000 Unterschriften nicht ganz den Formalitäten entsprechend beantragt worden ist, dann mit 30.000 den Vorschriften entsprechend auf der Tagesordnung des Landtages gestanden hat und heute noch einmal mit über 24.000 Unterschriften Eingang in die Behandlung hier im Landtag gefunden hat. In diesen Unterschriften, die nicht nur von Rostockern geleistet worden sind, zeigt sich eine hohe Akzeptanz, eine Anerkennung und Wertschätzung der Leistung, die in dieser Einrichtung in den zurückliegenden Jahren erbracht worden ist. Sie zeigt auch das Engagement der Mitarbeiter, die diese Unterschriften gesammelt haben. Und vielleicht ist sie irgendwo auch ein Ausdruck einer Befürchtung der Bevölkerung, daß mit dem Schließen eines Studienganges an einem Hochschulort die gesundheitliche Versorgung nicht mehr ganz auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt werden kann.

Eine zweite Bemerkung: Für mich besonders beeindruckend ist der faire Umgang miteinander zwischen den Greifswaldern und den Rostockern, der einmal darin zu finden ist, daß die Rostocker in den ersten Jahren nach der Wende die Anzahl ihrer Studienbewerber reduziert haben, um den Beschluß des Landtages, Greifswald nicht zu schließen, mitzutragen, zum anderen auch in Äußerungen aus beiden Städten über gute Gründe, beide Einrichtungen bestehen zu lassen.

Lassen Sie mich nun etwas sagen zu der Entscheidung.

Die Entscheidung ist im Landtag – zunächst im Kabinett, dann im Landtag – noch einmal durch mehrheitliches Votum der Abgeordneten gefallen im wesentlichen aus politischen Gründen, worunter ich wissenschaftspoliti-

sche, hochschulpolitische sowie regionalpolitische Gründe erwähnen muß. Bei den finanziellen ist einiges zu hinterfragen gewesen, bei den fachlichen Gründen hat es übereinstimmend die Meinung der Fachvertreter gegeben, daß zwei nebeneinander eine gute Chance hätten.

Die Meinung des Wissenschaftsrates hat sich im Laufe der sechs Jahre zwischen der ersten Entscheidung, die 1991 zuungunsten von Greifswald anstand, bis zum Überlassen der Entscheidung des Landes hin zu einer Bevorzugung von Greifswald, die aus den Äußerungen zu entnehmen war, gewandelt.

Lassen Sie mich etwas zum Entscheidungszeitpunkt sagen.

Viele Entscheidungen, die im Landtag in Richtung Hochschulstrukturen zu treffen waren, sind viel zu spät getroffen worden, und nicht unter dem Aspekt, daß sich hier im Lande bewußt Schwerpunkte entwickeln könnten. Dabei hat auch dieses Problem eine entscheidende Rolle gespielt. Die Notwendigkeit, diese Entscheidungen früher zu treffen, um Schwerpunkte zu setzen, hat sich dieses Land am Anfang seiner Existenz durch verzögerte Entscheidungen verbaut.

Ende 1997 ist es letztlich möglich gewesen, einen Hochschulgesamtplan zu erstellen, der im Konsens mit dem Wissenschaftsrat stand, und dafür war entscheidend, nur einen zahnmedizinischen Ausbildungsgang im Lande zu behalten. Es ist also eine der Voraussetzungen, unter der Zusagen vom Bundesministerium möglich waren zu den Anmeldungen zum Rahmenplan für den Hochschulbau zwischen 1997 und 2000. Das ist ein wichtiger Aspekt, der viele der Abgeordneten, die für die Schließung des zahnmedizinischen Studienganges in Rostock gestimmt haben, glaube ich, wesentlich beeinflußt hat.

Bei der Entwicklung von Schwerpunkten wäre es von Anfang an darauf angekommen, die Vergleichbarkeit, die Komplementierung, das Sich-gegenseitig-Ergänzen zwischen Rostock und Greifswald sowie zwischen den Fachhochschulen stärker im Blickfeld zu haben.

Bei der getroffenen Entscheidung gibt es noch einen weiteren wichtigen Aspekt. Das ist der der Verlässlichkeit – Verlässlichkeit für die Entwicklung der Hochschulen im Lande, die wir begleiten und durch Bestätigung von Beschlüssen auch wesentlich mit beeinflussen, Verlässlichkeit gegenüber dem Bundesministerium für die Planungen in unserem Land, Verlässlichkeit auch unserer Regierung, daß sie zu bestimmten Entscheidungen steht. Und es ist schwierig, nach einem Wechsel in der Zuständigkeit solche Entscheidungen, von denen viele Entwicklungen im Lande abhängen, wieder zu revidieren oder revidieren zu wollen.

Wichtig für die Anhörung, die einer solchen Volksinitiative in den zuständigen Ausschüssen folgen muß, ist zu klären, ob es wesentliche neue Aspekte gibt. Gibt es Aspekte, die das Bestehen der Polikliniken neben der klinischen Versorgung der mund-, kiefer- und gesichtschirurgischen Patienten begründen? Gibt es neue Aspekte bezüglich der Kosten? Wir wissen, daß die Zahnmediziner sogar während ihrer Ausbildung etwas erwirtschaften. Die Leistungen der Studenten in den Kliniken beziehungsweise Polikliniken werden von den Kassen bezahlt. In dem Zusammenhang ist es wichtig, die Kassenzahnärztliche Vereinigung und die Zahnärztekammer noch einmal zu

diesen Aspekten zu befragen, genauso wie die Krankenkassen.

Wichtig ist auch in dem vorliegenden Antrag die Möglichkeit, in welcher Weise sich ein solches zentral gelegenes Projekt – Klinik für Kiefer-, Mund- und Gesichtschirurgie –, eine solche Einrichtung an der Fort- und Weiterbildung beteiligen kann, wichtig auch, in welcher Weise eine Zusammenarbeit praxisorientiert innerhalb des Landes zwischen einzelnen Einrichtungen möglich ist.

Dazu muß ich noch etwas sagen. Bei den Zahnmedizinern ist die Ausbildung so praxisorientiert, daß sie sofort nach der Approbation in der Praxis tätig werden. Das ist ein Aspekt, der mir sehr wichtig im Hinblick auf die Ausbildung der Mediziner ist, bei denen noch ein praktisches Jahr folgt und bei denen der Arzt im Praktikum ein Jahr lang willkommene Arbeitskraft und Lückenbüßer in vielen stationären Einrichtungen ist. Mit dem Hilfsmittel kann man sich bei den Medizinern sehr gut über finanzielle Engpässe hinweghelfen, wobei die fachliche Absicherung durch die vorhandenen tätigen Fachärzte oder Oberärzte nicht immer ganz einfach ist.

Die Frage ist auch, ob im Wissenschaftsrat darüber neue Erkenntnisse vorliegen, daß der internationalen Entwicklung folgend in kleineren Einrichtungen praxisnaher auszubilden sei – wie in den Niederlanden oder in der Schweiz – und vielleicht zu erwarten ist, daß sich nach fünf Jahren nun noch einmal die Ansicht im Wissenschaftsrat ändern könnte.

Wichtig ist mir, an dieser Stelle zu sagen, daß wir uns aufgrund der Volksinitiative, aufgrund des Problems diese Entscheidung nicht einfach gemacht haben, als sie das letzte Mal getroffen worden ist. Es gab keine einheitliche Meinung dazu in meiner Fraktion. Für mich hat die fachliche Seite den Ausschlag gegeben, den Mehrheitsbeschluß nicht mittragen zu können. Wichtig ist mir, daß ein fairer Umgang mit den Argumenten und mit denen, die sie in den Ausschüssen oder in der öffentlichen Diskussion vortragen, aus meiner Sicht aus unserer Fraktion erfolgen wird.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich plädiere deswegen dafür, daß dieser Antrag in die zuständigen Ausschüsse, federführend in den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie mitberatend in den Finanz- und Sozialausschuß, überwiesen wird und wir dort die Argumente noch einmal gut abwägen müssen. Aber ich sage hier auch, ich möchte keine falschen Hoffnungen in der Richtung wecken, daß alles noch einmal in Frage gestellt wird, was Entscheidungen anbetrifft, die dieser Landtag getroffen hat, die das zurückliegende Kabinett getroffen hat, und daß ein fairer Umgang, das Austragen der Argumente in den Ausschüssen und auch in der Öffentlichkeit von meiner Seite auf alle Fälle unterstützt wird und ich dafür stehe. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

**Steffie Schnoor,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 1997 ging es um den Erhalt der Zahnmedizin. Heute geht es um die Wiedereinführung. Die sachlichen Argumente über Sinn oder Unsinn

einer Zahnmedizin in Rostock sind ausgetauscht. Dem gibt es eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, denn die Sachlage hat sich seither nicht verändert.

Ich habe schon 1997 meine Hochachtung gegenüber den Initiatoren deutlich gemacht, wie es ihnen gelang, innerhalb kürzester Zeit fast 40.000 Menschen für die Belange der Zahnmedizin zu begeistern. Sie haben es ein zweites Mal geschafft, mit einer ähnlichen Initiative das Recht in Anspruch zu nehmen, daß das Thema im Landtag behandelt wird. Wiederholt möchte ich Ihnen daher meine Hochachtung im Namen der CDU-Landtagsfraktion aussprechen und verbinde dies mit der Hoffnung, da es dieses Mal um mehr als die Zahnmedizin geht, daß hier vielleicht doch einiges bewegt werden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Volksinitiative hat sich einen neuen, einen sehr intelligenten Weg ausgesucht, um ihre Interessen durchzusetzen. Jetzt geht es nicht nur um die Zahnmedizin, vielmehr hat sich die Volksinitiative eines in Deutschland sehr umstrittenen Themas angenommen. Der entscheidende Punkt der jetzigen Vorlage ist die Hochschulreform und nicht die Zahnmedizin. Und das sollten wir bei der Debatte berücksichtigen.

Die Wiedereinrichtung der Zahnmedizin ist nach den Vorstellungen der Volksinitiative, so lautet jedenfalls die Beschlußvorlage für den Landtag, erst das Ergebnis einer umfassenden Hochschulreform. Ein Votum des Landtages, solange dieser nicht zu einer anderen Beschlußempfehlung gelangt, ist kein Votum für oder gegen die Zahnmedizin in Rostock, sondern vielmehr ein Votum für oder gegen eine Hochschulreform, die umfassende Entscheidungsrechte an die Hochschulen verlagert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Umstand macht es notwendig, die Umsetzung des Wortlautes der Vorlage mit dem dort enthaltenen 5-Punkte-Katalog auf einen Zeitpunkt zu verweisen, nachdem die Hochschulreform in Form einer Novelle des Landeshochschulgesetzes Realität geworden ist. Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß die CDU weitgehend mit der Intention der Volksinitiative übereinstimmt,

(Angelika Gramkow, PDS: Oh!)

die Struktur-, Haushalts- und Personalentscheidungen in die Hand der Hochschulen zu legen,

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

ohne dabei gänzlich Landesinteressen in den Hintergrund zu drängen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Professor Kauffold, stellte unlängst dem selbigen Ausschuß seinen Zeitplan für eine Hochschulreform vor. Demnach haben wir Anfang 2001 die Vorlage eines Novellierungsvorschlags zu erwarten. Das wird dann auch der Zeitplan der Volksinitiative sein, beziehungsweise hier wird die Volksinitiative erneut wirken müssen, um ein Maximum an Hochschulautonomie durchzusetzen.

Die Zeit läuft uns weg, schneller, als wir es wahrhaben wollen. Deutschland hat eines der antiquiertesten Hochschulsysteme, in dem Masse mehr zählt als Klasse.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Der immer noch bestehende Anspruch, jeden zur höchstmöglichen Bildung zu führen, hat zu dem Umstand

geführt, daß die Hochschulen seit Jahrzehnten unterfinanziert sind. Mit dem Ausbau der flächenbezogenen Studienplätze, aber dem Einfrieren der Hochschulmittel tun wir uns auch in Mecklenburg-Vorpommern sicherlich keinen Gefallen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Da das Geld nicht mehr wird, müssen wir uns kreative und innovative Mittel und Wege einfallen lassen, wie wir die vorhandenen Ressourcen optimal ausschöpfen können. Der Modellversuch in Neubrandenburg ist dazu ein taugliches Mittel. Mir ist bekannt, daß dieser erfolgreich läuft und nur die Landesverwaltung hier mauert und bremst, wenn es um die Fortsetzung des Modellversuchs in seiner zweiten Stufe, nämlich der Flexibilisierung der Personalhaushalte geht. Diese Abwehrhaltung trägt nicht dazu bei, der hier vorliegenden Volksinitiative Rechnung zu tragen. Die Hochschulen müssen, das hat die Volksinitiative richtig erkannt, aus der Gängelei der staatlichen Bürokratie befreit werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich bin überzeugt – und die Konferenz der CDU-Landtagsfraktion im April 1997 in Satow hat dies eindeutig bewiesen –, daß die Kanzler und Rektoren der Hochschulen sich ihrer Verantwortung bewußt sind, und sie wollen gestalten, wo sie momentan noch nicht gestalten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch das muß man sowohl der Volksinitiative deutlich sagen als auch der Universität Rostock, auf deren Beschlüssen die Volksinitiative ja fußt: Die Wiedereinrichtung der Zahnmedizin kann nur erfolgen, wenn diese aus den Ressourcen der Universität realisiert wird. Zusätzliche Mittel und Personalstellen wird das Land kaum zur Verfügung stellen, nachdem 1997 die Kultusministerin Frau Regine Marquardt die Einstellung des Studienganges und die Schließung der Kliniken verfügt hat. Außerdem ist zwingend sicherzustellen – und Herr Dr. Reißmann hat darauf schon aufmerksam gemacht –, daß die Wiedereinrichtung der Zahnmedizin nicht seitens des Wissenschaftsrates und damit der Bundesregierung negative Auswirkungen auf die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Hochschulen beziehungsweise die Medizinischen Fakultäten Mecklenburg-Vorpommerns hat. Zur Entscheidung über diese Volksinitiative ist es zwingend geboten, den Wissenschaftsrat zu einer derartigen Variante zu befragen und erneut sicherzustellen, daß ein solcher Negativeffekt nicht eintritt.

Auch wenn ich anfangs salopp die jetzige Intention der Volksinitiative begrüßte, möchte ich nicht die eine oder andere Befürchtung außer acht lassen. Die Frage des Wissenschaftsrates ist auch eine strukturelle Frage hinsichtlich der Hochschulreform in Deutschland, nämlich ob und wie weit dieses Gremium weiter Einfluß auf die Hochschulfinanzierung hat. Das sind Fragen, die bisher noch nicht geklärt sind.

Wir müssen erst einmal klären, wie innerhalb der gesamtdeutschen Strukturen bei gleichzeitiger Hochschulreform in Mecklenburg-Vorpommern gewisse Entscheidungen getroffen werden können und welche nicht. Negative Auswirkungen hinsichtlich der Bundesfinanzierung von Hochschulen kann das Land nämlich in keiner Weise verkraften. Und dies hätte verheerende Auswirkungen. Diese Sensibilität müssen wir bewahren, um das Innovationspotential dieses Landes nicht auf ein unverantwortliches Maß schrumpfen zu lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben all diesen Bedenken möchte ich doch alle bitten – der Wissenschaftsminister hat hier bereits Kooperationsbereitschaft signalisiert –, daß wir gemeinsam an einer Hochschulreform arbeiten, die den Hochschulen mehr Spielräume auch für eigene Struktur- und Personalentscheidungen gibt. Ergebnis dieser Hochschulreform kann und darf aber nicht sein, daß Frau Keler die Hochschulfinanzierung herunterfährt, nur weil dann die Hochschulen Rücklagen bilden und Haushaltsmittel ins nächste Jahr übertragen könnten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Harry Glawe, CDU: Machen Sie das, Frau Keler?)

Das sind nur zwei simple Beispiele, die zeigen, daß es nicht nur um eine Hochschulreform geht, sondern auch um eine Reform des Landeshaushaltsrechts. Hier brauchen wir kompetente, innovative und risikobereite Ansprechpartner im Finanzministerium.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dieses Haus hat hinsichtlich der Volksinitiative ebensoviel Verantwortung wie das Wissenschaftsministerium.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

In der Anhörung der Volksinitiative wird es auch darum gehen, und wir sind gespannt darauf. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bartels.

**Dr. Gerhard Bartels, PDS:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, Frau Kollegin Schnoor. Wenn mich mein Kurzzeitgedächtnis nicht so ganz trügt, dann ist es noch nicht allzulange her, daß ich in diesem Saal sitzend ein Mitglied dieses Hohen Hauses habe reden hören mit der inhaltlichen Aussage, daß das vorliegende Landeshochschulgesetz das modernste in Deutschland sei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wenn ich jetzt Ihre Beschreibung des Zustandes dieser Hochschullandschaft mit der Gängelei durch die Regierung höre,

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

frage ich mich leicht verzweifelt, wer denn dieses Hochschulgesetz zu verantworten hat.

(Beifall und Heiterkeit bei  
einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Zuruf von Andreas Bluhm, PDS –  
Die Abgeordnete Steffie Schnoor  
meldet sich für eine Anfrage.)

Am Ende, Frau Schnoor.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Gestatten Sie eine Anfrage?

**Dr. Gerhard Bartels, PDS:** Am Ende, Herr Präsident.

Ich will mich heute aber weniger auf eine Diskussion um die notwendige Reformierung des Landeshochschulgesetzes, sondern mehr auf einen Aspekt der vorliegenden Volksinitiative beziehen.

Lassen Sie mich mit einem Bild beginnen: Mensch weiß in der Regel aus Erfahrung – und ich denke, obwohl ich niemandem zu nahe treten will, das wird vielen von Ihnen so gehen –, daß ernsthafte Probleme mit den Zähnen in ihrer Heilung gewöhnlich etwas länger dauern.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Heilung ist das Vorhandensein sehr guter Zahnärztinnen und Zahnärzte, guter Technikerinnen und Techniker sowie guter medizinischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese genannte Bedingung liegt vor. Wir haben es zu tun mit einer zahnmedizinischen Einrichtung, die international einen sehr guten Ruf genießt und die die Möglichkeiten hat, Zahnprobleme zu heilen. Und vielleicht führt uns ja die Debatte um die Volksinitiative dazu, daß wir uns dazu entscheiden, den vielen von uns doch sehr schmerzenden Zahn ziehen zu lassen, daß der Studiengang Zahnmedizin unabdingbar geschlossen bleiben muß.

Natürlich haben wir ein Problem – Dr. Reißmann wies schon darauf hin –, wir gehen eigentlich in die dritte Runde einer Diskussion in diesem Hause um den Studiengang Zahnmedizin an der Universität Rostock. Ich habe durchaus Verständnis, wenn manche oder mancher, der die bisherigen Diskussionen mitgemacht hat, jetzt vielleicht aufstöhnt und sagt: „Schon wieder diese Zahnklemmer. Können die uns denn nicht in Ruhe lassen?!“ Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schlage Ihnen eine positive Sicht vor. Vielleicht sollten wir aus dem großen Engagement, das bei meinen beiden VorrednerInnen schon angeführt worden ist, der Betroffenen, und zwar sowohl der Mitarbeiter als auch der „Kunden“, das heißt also der Menschen, die Probleme mit ihren Zähnen haben, uns doch dazu beeindruckt lassen und es nicht dabei belassen, unseren großen Respekt für das Engagement der Betroffenen auszusprechen, dem ich mich gerne anschließe, sondern vielleicht sollten wir sagen: „Fast 100.000 Unterschriften von Bürgern dieses Landes sollten uns alle sehr nachdenklich stimmen.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das gilt auch dann, wenn ich davon ausgehe – und davon gehe ich aus –, daß es natürlich nicht wenige Bürgerinnen und Bürger aus Rostock, aber auch aus anderen Gegenden dieses Landes gibt, die dreimal unterschrieben haben. Das ändert an dieser Tatsache nichts, daß wir fast 100.000 Unterschriften haben und daß wir die nicht ignorieren dürfen.

Die Folge, die ich Ihnen allen dafür vorschlage, ist: Lassen Sie uns gemeinsam noch einmal völlig neu – ohne den Blick auf früher getroffene Entscheidungen – die Diskussion führen und die verschiedenen Argumente prüfen. Und, Herr Dr. Reißmann, es ist natürlich klar, einmal getroffene Entscheidungen zu revidieren fällt schwer aus vielerlei Gründen, aus verständlichen Gründen. Das akzeptiere ich gerne. Aber wir sollten uns diesen Meinungsäußerungen sehr vieler Bürger dieses Landes nicht verschließen und sollten uns dieser schweren Aufgabe zumindest als Möglichkeit unterziehen.

Ich weise auch darauf hin, daß dieser Landtag noch keine Entscheidung zu dieser Frage getroffen hat. Wir haben ein neues Gremium, wir haben auch nicht wenige Kolleginnen und Kollegen, die neu sind, für die das Problem neu ist und die auch, hoffe ich mal, frei sein können in ihrer Entscheidung, frei von der Belastung, schon einmal eine Entscheidung getroffen zu haben.

Ich will auch auf ein Argument eingehen, das man so zwischen den Zeilen hört – deutlich ausgesprochen habe ich es noch nie gehört, aber zwischen den Zeilen hört man es dann doch –, nämlich die Frage, hier kämpfen einige Leute um ihren Besitzstand. Und ich möchte bei allem Respekt vor den Initiatoren der Volksinitiative – ich bitte, mir das zu verzeihen, wenn ich das so sage – darauf hinweisen, daß die Initiatoren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind, die nicht am Anfang ihres Weges stehen, die einen nationalen und internationalen Ruf haben und die sich keine Sorgen um ihre Zukunft zu machen brauchen. Und ich denke, daß deshalb dieses Argument der Besitzstandswahrung ein nicht zutreffendes ist, um das mal ganz vorsichtig und höflich zu umschreiben.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß der jetzige Rektor der Universität Rostock, Professor Wildenhain, anläßlich seiner Investitur seine Ansprache genutzt hat, um ganz eindeutig die Position der Leitung der Universität Rostock auszudrücken: „Wir wollen die Wiedereröffnung des Studienganges Zahnmedizin, und wir sind bereit, unseren Anteil daran zu leisten.“ Und ich weise auch darauf hin, daß auf manchen Wissenschaftler ja zutreffen mag, daß er ein politischer Naivling ist, aber Professor Wildenhain kann man das sicher nicht vorhalten. Ich verweise für diejenigen, die das nicht wissen, darauf, daß Professor Wildenhain nicht unerhebliche Zeit Abteilungsleiter im Ministerium für Wissenschaft war, und zwar für Hochschulpolitik.

Unter diesem Gesichtspunkt will ich darauf hinweisen, daß Sonntagsreden über Hochschulautonomie lächerlich sind, wenn die Autoren über solche Positionen der Uni-Leitung nicht ernsthaft nachdenken und wirklich neu prüfen.

Und es ist sicher richtig, Frau Kollegin Schnoor, wenn wir im Zusammenhang mit der Volksinitiative auch über die Veränderungen des Landeshochschulgesetzes nachdenken. Ich will aber trotzdem auf einige Sachfragen hinweisen, die aus meiner Sicht für die anstehende Diskussion beachtet werden sollten:

Die erste Frage, die ich stellen will: Gelten noch heute die in den Anhörungen der zweiten Legislaturperiode dieses Landtages von Experten aus der gesamten Bundesrepublik getroffenen Aussagen, wonach zwei kleine, aber durchaus feine Studiengänge in Rostock und Greifswald genau das sind, was bundesweit angestrebt wird, um eine patientennahe und qualitativ sehr gute Ausbildung der Studenten zu sichern?

Zweite Frage: Welche Chancen ergeben sich aus dem in der Volksinitiative angesprochenen Konzept zu einem oder mehreren neuen Studiengängen/Ausbildungsgängen?

Drittens. Welche Möglichkeiten der Synergie ergeben sich aus einer Zusammenarbeit zwischen den zahnmedizinischen Einrichtungen in Greifswald und Rostock, wie in der Volksinitiative angesprochen?

Viertens. Gibt es ein Jahr nach der Abmeldung des Studienganges durch die Regierung der großen Koalition Anzeichen dafür, daß die Universitätsklinik wegen der fehlenden Lehr- und Forschungsleistungen in ihrem Bestand gefährdet ist?

Ich verweise darauf, daß wir damals diese Frage durchaus diskutiert haben und daß die Gefahr für die Zahnklinik in das Reich des Absurden verwiesen wurde. Ich befürch-

te, die Realitäten könnten anders aussehen. Dem sollten wir sehr genau nachgehen.

Und die fünfte Frage: Ist das von der Universität vorgeschlagene Konzept der Stellenbereitstellung ohne Qualitätsverlust für die Medizinische Fakultät umsetzbar oder nicht? Eine Diskussion, die, denke ich, vor einem Jahr oder vor eineinhalb Jahren etwas zu kurz gekommen ist.

Lassen Sie mich zum Abschluß auf etwas hinweisen, und lassen Sie mich eine kleine Episode dazu erzählen. Im Zusammenhang mit der letzten Diskussion zur Zahnmedizin hier in diesem Hause wurde mir von jemandem, der von Finanzpolitik sicher mehr versteht als ich, gesagt: Wenn Sie über Hochschulpolitik reden, Herr Bartels, merkt mensch, daß Sie kein Financier sind. Ich habe damals erwidert, daß ich das in doppelter Hinsicht als Lob betrachte:

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Es wird erstens damit akzeptiert, daß ich, obwohl ich von Hause aus kein Financier bin, inzwischen verstehe, worüber im Finanzausschuß geredet wird. Und das zweite Lob – und das ist für mich und in diesem Zusammenhang viel wichtiger: Ja, es ist so, ich betrachte Hochschulpolitik nicht in erster Linie als eine Finanzfrage.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist sehr gut. –  
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich will natürlich auch einräumen, daß wir Entscheidungen, die wir hier treffen, am Ende auch finanzieren müssen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und das weiß ich auch nicht erst, seitdem meine Fraktion Koalitionsfraktion ist. Was wir jetzt aber in allererster Linie tun müssen, ist, die sachlichen Probleme diskutieren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

und wir müssen sachbezogen die richtigen Entscheidungen treffen. Wenn wir diese sachbezogenen Entscheidungen getroffen haben, dann und erst dann lassen Sie uns fragen, gibt es finanzpolitische Konsequenzen, und wenn ja, stehen zwei weitere Fragen:

Erstens. Wie können wir diese Konsequenzen minimieren?

Zweitens. Wie können wir sie realisieren?

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Frau Schnoor.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Bartels, es ist immer noch meine Aufgabe, hier das Wort zu erteilen.

**Dr. Gerhard Bartels,** PDS: Ich habe nur gesagt, ich warte.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Kritisiert bloß nicht den Präsidenten!)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das ist nett, daß Sie warten.

So, Frau Schnoor, Sie haben das Wort.

**Steffie Schnoor,** CDU: Danke schön.

Herr Dr. Bartels, geben Sie mir recht, daß das Landeshochschulgesetz Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Hochschulhaushalte eröffnete, die in der Umsetzung vom Finanzministerium blockiert wurden und sich seit Inkrafttreten des Landeshochschulgesetzes durch die aktuelle HRG-Debatte neue Möglichkeiten zur Hochschulautonomie eröffnen?

**Dr. Gerhard Bartels,** PDS: Frau Kollegin Schnoor, ich gebe Ihnen insofern recht, daß im LHG gewisse Möglichkeiten aufgezeigt sind, daß die Praxis aber bewiesen hat, daß diese Möglichkeiten offensichtlich nicht ausreichen, sonst wäre mensch einen Schritt weiter.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Eine Schuldebatte würde ich an dieser Stelle nicht gerne mit Ihnen führen.

**Steffie Schnoor,** CDU: Vielen Dank.

**Dr. Gerhard Bartels,** PDS: Bitte.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Um das Wort hat gebeten der Bildungsminister Professor Kauffold. Bitte sehr, Herr Minister.

**Minister Dr. Peter Kauffold:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung ist neu – immer noch.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Nee, nee!)

Doch, doch, Herr Seite, bezogen auf langfristige Prozesse.

Die Situation bei den Ressourcen unseres Landes ist dieselbe wie früher. Vielleicht hat sie sich noch verschärft. Wir möchten eine neue Wissenschaftspolitik machen.

(Andreas Bluhm, PDS: Ja.)

Und wenn wir gestalten wollen unter den Bedingungen knapper Ressourcen, dann müssen wir uns konzentrieren auf Gesichtspunkte der Schwerpunktbildung, der Kooperation, der Komplementarität.

Aus diesem Grunde bin ich sehr zufrieden mit dieser Diskussion, weil sie die außerordentlich hohe Sensibilität aller Fraktionen des Landtages zeigt, mit dieser Materie umzugehen, und die Bereitschaft, im Rahmen der Behandlung dieser Volksinitiative in den Ausschüssen auch die Problematik der Wissenschaftsstrukturen, der Hochschulautonomie, der Hochschulfinanzierung zu behandeln. Das hat sich in den Beiträgen aller Fraktionen gezeigt.

Wir werden diese Sensibilität brauchen, um Entscheidungen zu treffen, die den Möglichkeiten des Landes, der langfristigen Perspektive der Einrichtungen, der Machbarkeit von Entscheidungen und Entwicklungen und letzten Endes der Zukunft unseres Landes dienen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratung der Volksinitiative in den Ausschüssen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Während der Debatte wurde beantragt, den Antrag der Volksinitiative auf Drucksache 3/138 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Finanzausschuß sowie an den Sozialausschuß zu überweisen. Wer stimmt für

diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist damit einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Qualifizierungsangebote für Erziehungsberechtigte, Drucksache 3/183.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:  
Qualifizierungsangebote für  
Erziehungsberechtigte  
– Drucksache 3/183 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Seemann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Seemann.

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bereits im Dezember letzten Jahres hatte ich in der Debatte zum Landeserziehungsgeld angekündigt, daß die Koalitionsfraktionen mit dem Ziel einer besseren beruflichen Wiedereingliederung nach dem Erziehungsurlaub aktiv werden. Heute liegt Ihnen nun ein Antrag vor, und ich bin sehr optimistisch, daß auch die CDU-Opposition dem Antrag nicht die Zustimmung versagen wird.

(Peter Ritter, PDS: Na, na, na!)

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Auch mit einer jüngst in der wohl nicht in Verdacht von SPD-Nähe stehenden „Wirtschaftswoche“ erfolgten Veröffentlichung wurden wir bestätigt, die Zielstellung unseres Antrages schnellstmöglich umzusetzen. Untertitelt wird der Bericht mit folgenden Worten: „Für viele Frauen entpuppt sich der dreijährige Erziehungsurlaub als Falle“, denn wer – so die Personalplanerin bei der Deutschen Schell AG – „längere Zeit aussteigt, verliert Know-how und den Kontakt zu wichtigen Seilschaften.“ Allerdings – und das sollte hier nicht unerwähnt bleiben – geht die Deutsche Schell AG auch einen Weg, der langfristig positive Wirkung zeigen wird. Sie propagiert ganz offen die Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub auch durch Männer. Und wer hier so Vorbild ist, kann sich kaum bei Kündigungen nach der Erziehungspause hervortun.

Wie sieht es aber allgemein in der Realität des Erziehungsurlaubs aus? Nur 55 Prozent der zu 98 Prozent weiblichen Erziehungsurlauberinnen kehren nach Auskunft des Bundesfamilienministeriums an ihren alten Arbeitsplatz zurück. Und von diesen wurden noch einmal 28 Prozent nach kurzer Zeit arbeitslos, im übrigen vor allem in Ostdeutschland. Zwar ist die Aussage möglicherweise richtig, daß auch von Seiten der Frauen zu wenig Bemühungen um Kontakte zum Unternehmen gezeigt würden, jedoch ergibt sich nach einer Befragung von 1995, daß die ostdeutschen Frauen im Erziehungsurlaub nur halb so gute Möglichkeiten zum Kontakthalten besitzen wie ihre westdeutschen Kolleginnen.

(Harry Glawe, CDU: Sag bloß!)

Das gilt gleichermaßen, ob noch stundenweise gearbeitet wird oder nicht.

Zusammenfassend heißt es in einem Bericht des IAB: „Insbesondere wegen weiter bestehender familialer Verpflichtungen und unzureichender sozialer Infrastruktur konnten Frauen im Erziehungsurlaub ... zum Teil Kontakt zum Betrieb aufrechterhalten oder durch Weiterbildung auf dem laufenden bleiben.“ Die damit einhergehende

Gefahr, den beruflichen Anschluß zu verlieren, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß das geltende Arbeitsförderungsrecht bereits einjährige Arbeitslosigkeit als Langzeitarbeitslosigkeit definiert und die Personen in die Rubrik „schwer vermittelbar“ einstuft. Bereits bei der Einführung des dreijährigen Erziehungsurlaubs zum 1. Januar 1992 wurde von Seiten der Arbeitgeber auf die Problematik für die Frauen hingewiesen, da sie durch die notwendige Doppelstrategie – einerseits verantwortlich für Familie, weil dazu im Erziehungsurlaub, und andererseits verantwortlich für Qualifikationssicherung zum Wiedereinstieg ins Berufsleben – überfordert werden. Der Berufsforscher Engelbrech spricht in diesem Zusammenhang gar von Humankapitalentwertung.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Unter dem Gesichtspunkt, berufliche Dequalifikation zu vermeiden, wäre die Lösung noch besser, die im Dezember 1996 von der SPD im Bundestag eingebracht und von der damaligen Koalition abgelehnt wurde. Nach dieser soll Teilzeitarbeit über 19 Wochenstunden in Form eines 60-Stunden-Arbeitszeitkontos für beide Eltern im Erziehungsurlaub möglich werden. Ich hoffe, daß dies jetzt wieder auf den Tisch kommt, und ich bin diesbezüglich auch guter Dinge, da Bundesfamilienministerin Bergmann jüngst in einem Interview betont hatte, daß sie erstens den Erziehungsurlaub zum Elternurlaub umwandeln und zweitens die Teilzeitmöglichkeiten im Erziehungsurlaub ausweiten will.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Statt wie die CDU/FDP-Bundesregierung 16 Jahre lang Frauen- und Familienpolitik mit Aussitzen und verbalen Huldigungen betrieb, was jüngst durch das Karlsruher BVG-Urteil höchststrichtrichlerlich bestätigt wurde,

(Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

wird die neue SPD-geführte Bundesregierung wirkliche Verbesserungen herbeiführen, die allerdings eben wegen des Familienurteils gründlich überlegt werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ungeachtet dessen bleibt es eine Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, wahrscheinlich nicht passende Wahrheit, daß es eine der ersten Aktionen der neuen Bundesregierung war, unser Wahlversprechen zum Kindergeld umzusetzen.

Der Ihnen vorliegende Antrag betrifft das Land und dient der Überbrückung, bis bundeseitige Änderungen in Kraft treten. Das geplante Landesprogramm im Rahmen des AQMV paßt sich unserer Meinung nach gut in die Zielrichtung des vom Bund geplanten Aktionsprogramms „Frau und Beruf“ ein.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Dort findet neben der Planung eines Bundesgleichstellungsgesetzes auch die Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an einer aktiven Arbeitsmarkt- und Arbeitsförderungs politik und der Schaffung eines Elternurlaubs ihre Widerspiegelung.

(Harry Glawe, CDU:

Das müssen wir noch besprechen.)

Im übrigen will ich, um eventuelle Kritiker gleich zu beruhigen, darauf hinweisen, daß diese „Qualifizierung im Erziehungsurlaub“ bereits ausführlich durch ein Modellprojekt der Gesellschaft für Informationstechnologie und

Pädagogik (GIB) als Teil des Instituts für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Eingliederung (IMBSE) im Rahmen der Förderung durch das Land NRW sowie des Europäischen Sozialfonds getestet wurde.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS)

Die Ergebnisse liegen als umfangreicher Bericht vor, den wir Ihnen gerne zur Kenntnis geben können, vor allem Ihnen, meine Herren von der CDU.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Das IMBSE hat auch in Schwerin eine Dependance, die dieses Modellprojekt bereits für insgesamt 264 Teilnehmerinnen in 53 Kursen erfolgreich durchführte. Eine gelernte 28jährige Bankkauffrau konstatierte: „Es hilft, wenn man bereits im Erziehungsurlaub den Kontakt zum Arbeitsleben wieder knüpfen kann.“

(Harry Glawe, CDU: Das können sie doch heute schon machen. Da spricht nichts dagegen.)

Und auch der kaufmännische Leiter der Gosewehr Maschinenbau GmbH Schwerin bestätigt die positive Wirkung bei der Rückkehr der Mütter in den Betrieb.

Die Kursthemen setzen sich dabei aus 52 Prozent EDV, jeweils 18 Prozent BWL und Sprachen sowie aus 12 Prozent Persönlichkeitstraining zusammen. Besonders das Präsentationstraining dürfte nicht nur für den Wiedereinstieg, sondern insgesamt für die berufliche Chancengleichheit der Frauen im Arbeitsleben von Bedeutung sein. Da aber Modellprojekte nicht nur irgendwann auslaufen, sondern den Zweck haben, die Qualität einer Projektidee für die Nachnutzung zu testen, sind wir nun in der Pflicht, etwas, das für gut befunden wurde, auch so zu befördern, daß möglichst viele davon profitieren können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aus diesem Grunde wollen wir die Landesregierung auffordern, im Rahmen des AQMV eine spezielle Förderung der Qualifizierung im Erziehungsurlaub auszuweisen.

(Harry Glawe, CDU: Oi, oi, oi!)

Bei der verwaltungsseitigen Umsetzung ist dann zu prüfen, ob wir mit etwa 100 Teilnehmern beginnen können, da der Bedarf sich erst schrittweise entsprechend der öffentlichen Resonanz, vor allem auch bei den davon positiv betroffenen Unternehmen, einstellen wird. Auch die Frage nach der Zahl der Standorte solcher Maßnahmen wäre noch weiter zu vertiefen, da die Anfahrten in unserem Flächenland ein nicht unwichtiger Faktor für die Annahme der Angebote sind.

Abschließend noch einmal der bereits zitierte Berufsforscher und Spezialist für das Thema Gerhard Engelbrech vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg, der zum Modellprojekt „Qualifizierung im Erziehungsurlaub“ resümierte: Es „hat durchaus gute Chancen, auf entsprechende Akzeptanz bei Betrieben zu stoßen. Da aber die Interessen und Präferenzen der Betriebe hinsichtlich der Art der externen Hilfestellungen, die sie positiv bewerten, je nach Branche, Betriebsgröße und regionaler Eingebundenheit sehr unterschiedlich sind ... empfiehlt es sich, vor Ausarbeitung des Konzeptes eine entsprechende Analyse zu machen, um das Angebot paßgenau zu machen.“

Da dies wie auch die Finanzierung über das AQMV gesichert ist, bitte ich um Zustimmung zum Antrag der Fraktionen von SPD und PDS. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kleedehn von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kleedehn.

**Bärbel Kleedehn, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Dr. Seemann, da Sie die Erhöhung des Kindergeldes so lobpreisen, empfehle ich Ihnen ganz dezidiert: Rechnen Sie sich mal aus, welche „Segnungen“ ab dem 01.04.1999 in Form der Steuerreform letztlich auf die Familien mit Kindern zukommen – beim ÖPNV, bei den Nebenkosten, bei Erhaltung ihrer Mobilität und so weiter.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU – Heinz Müller, SPD: Bei der Rentenversicherung. – Reinhard Dankert, SPD: Bei der Krankenversicherung.)

Da sind gerade Familien mit mehreren Kindern in höherem Maße betroffen. Sie sollten mal nachrechnen,

(Reinhard Dankert, SPD: Beim Kündigungsschutz.)

was dann unterm Strich noch übrigbleibt, und dann werden Sie zu ganz erstaunlichen Ergebnissen kommen.

(Reinhard Dankert, SPD: In der Gesundheitsstrukturreform und so weiter.)

Meine Damen und Herren, ich komme nicht umhin festzustellen, daß ich mir beim Durchlesen dieses vorliegenden Antrages mehrfach verwundert die Augen gerieben habe. Doch auch nach wiederholtem Durcharbeiten konnte ich meinen ersten Eindruck, der ja bekanntlich immer der beste sein soll, nicht revidieren.

(Reinhard Dankert, SPD: Da war Ihr erster Eindruck falsch.)

Der vorliegende Antrag ist erstens ein Armutszeugnis für die amtierende Landesregierung, zweitens Ausdruck von Orientierungslosigkeit in der Familienpolitik der Koalitionsfraktionen und drittens der Versuch, in diesem Land den Eltern Sand in die Augen zu streuen, um es einmal vorsichtig zu sagen.

Lassen Sie mich dieses auch kurz begründen:

Erstens. Die Anträge der Regierungskoalition in diesem Hohen Hause sind – dies zeigen die Plenarsitzungen seit Dezember – ein beredter Beitrag für den Handlungsstillstand. Die Regierung hat seit Monaten nichts Besseres zu tun, als das großartige Regierungsklima zu preisen. Dafür wird jedoch keine Landesregierung gewählt, und wenn gewählt, sollte sie vielleicht doch nicht dafür bezahlt werden.

(Volker Schlotmann, SPD: Damit können Sie ja wohl nichts anfangen. Das ist wohl klar.)

Wenn das Klima tatsächlich so gut ist, dann frage ich mich, warum es nicht zu fruchtbaren Ergebnissen führt. Und die Anträge, die die Regierungsfaktionen hier stän-

dig stellen, zeigen, daß ihre eigenen Fraktionen es unter Umständen genauso sehen.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie haben nie begriffen, wie eine funktionierende Koalition arbeitet. – Heidemarie Beyer, SPD: So ist es.)

Monat für Monat, meine Damen und Herren, werden Konzepte eingefordert: ein Konzept für Qualitätssicherung an den Schulen,

(Andreas Bluhm, PDS: Das hat Frau Schnoor gestern noch gelobt.)

ein Konzept für verbessertes Marketing im Tourismus und heute – auch wenn es nicht Konzept heißt – die Aufforderung an die Landesregierung, im Rahmen des AQMV Qualifizierungsangebote für Erziehungsberechtigte im dritten Lebensjahr des Kindes zu ermöglichen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ist das falsch, Frau Kleedehn? – Volker Schlotmann, SPD: Sie möchten gerne Kochtöpfe verteilen. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Frau Gramkow, ich komme noch dazu.

Für mich ist dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber bei Ihnen muß es immer gleich eine Riesenschlagzeile sein beziehungsweise eine schillernde Verpackung haben.

(Heidemarie Beyer, SPD: Sind Sie neidisch?)

Nach den Rahmenvorgaben des Parlamentes aber muß die Landesregierung mit Eigeninitiative tätig werden. Die rot/rote Landesregierung muß dagegen zum Handeln ständig getragen werden, und ich warte auf den Tag, wo die Regierungsfaktionen unter Umständen den Antrag stellen, das Kabinett soll einmal die Woche tagen. Nicht Verpackung, meine Damen und Herren, es muß auch etwas drin sein in der Tüte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Neid der Besitzlosen. – Dr. Margret Seemann, SPD: Schade, daß Sie nicht mehr dazugehören.)

Zweitens. Von diesem formalen Aspekt einmal abgesehen zeigt der Antrag, daß die Regierungskoalition in guter Laune zwar, aber dennoch hoffnungslos überfordert und inhaltlich konzeptionslos agiert.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das AQMV, meine Damen und Herren, wird immer mehr zur plakativen Wunderwaffe von Rot/Rot, und nachdem das AQMV als Feigenblatt für den öffentlichen Beschäftigungssektor herhalten muß, soll nun das AQMV die Auswirkungen einer verfehlten Familienpolitik abfedern helfen. Ich bin gespannt, welche Wohltaten Sie, meine Damen und Herren von PDS und SPD,

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist Förderung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das haben Sie bloß nicht kapiert. Direkte Förderung der Unternehmen ist das.)

in der Landtagsitzung im April den Bürgern in unserem Land aus dem AQMV versprechen wollen. Wenn es darum geht, Versprechungen und Ankündigungen abzugeben, meine Damen und Herren, beweisen Sie erstaunlich viel Phantasie.

(Volker Schlotmann, SPD: Da werden Sie Ihren Rang nie streitig machen können.)

Wenn Sie nur halbsoviel Phantasie zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufbringen würden, wäre den Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern ein großes Stück weitergeholfen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nee, nee, das müssen Sie doch nicht sagen.)

Herr Dr. Schoenenburg, reden Sie nicht immer dazwischen!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ...

(Volker Schlotmann, SPD: Das Niveau ist unterm Teppich.)

Wir haben gestern hier über Gleichstellung gesprochen, Herr Dr. Schoenenburg.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich habe gerade zum ersten Mal mein zartes Stimmchen erhoben und jetzt zum zweiten Mal.)

Ich habe gelernt, daß es zu den ersten guten Benimmregeln gehört, daß man zumindest Damen beim Reden nicht unterbrechen sollte.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wissen ...

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Herr Dr. Schoenenburg, wollen wir das ernsthaft diskutieren?

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß wir von der CDU-Fraktion ein, nennen wir es mal, gespaltenes Verhältnis zur Ausgestaltung des AQMV haben. Daraus machen wir auch keinen Hehl. Die Mittel dieses Programms wären aus unserer Sicht häufig besser eingesetzt, wenn es mehr darauf abzielte, den Weg zum ersten Arbeitsmarkt zu ebnen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Wechseln Sie mal die Referentin, die Ihnen die Reden schreibt.)

Davon einmal abgesehen, sollten Sie nicht versuchen, das AQMV gänzlich zur Reparaturwerkstatt Ihrer verfehlten Wirtschafts-, Sozial- und Familienpolitik zu machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Ihrer meinen Sie wohl.)

Und wenn Sie einerseits für etwa 95 Prozent der bisher Berechtigten den Anspruch auf das Landeserziehungsgeld im dritten Jahr kappen, dann sollten Sie sich nicht andererseits hinstellen und mit einem Almosen über das AQMV versuchen, Punkte zu machen und ein Trostpflaster für die meist weiblichen Erziehungsberechtigten zu verkaufen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das erzählen Sie mal den Frauen, die jetzt schon in den Modellprojekten sind! – Barbara Borchardt, PDS: Die Erziehungsberechtigten meine ich. – Dr. Margret Seemann, SPD: Genau die.)

Das nenne ich drittens eine systematische Verdummung der Wählerinnen und Wähler. Meine gute Erziehung verbietet mir einfach, einen näherliegenden Begriff zu verwenden.

(Volker Schlotmann, SPD: Wir werden Ihre Rede mal verteilen, damit die Frauen sie sich mal zu Gemüte führen können.)

Dieser Antrag wäre vollständig überflüssig, wenn Sie darauf verzichten würden, am Erziehungsgeld herumzuwerkeln.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Der Antrag zeigt, daß Sie in der Finanz- und Sozialpolitik ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist er nicht. Es geht um Qualifizierung und damit um die Möglichkeit, auf dem ersten Arbeitsmarkt Qualität zu erreichen.)

Frau Gramkow, wer schreit, hat Unrecht. Das war schon gestern zu hören.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich sage das nur wegen dem Protokoll. Es geht um das Protokoll, Frau Kleedehn. – Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

In Ihrem Versuch, finanzpolitische Kompetenz darzustellen, haben Sie ein Hauruckverfahren für die Vorlage des Haushaltsentwurfs vorgelegt, der optisch natürlich geschönt und mit großem Brimborium darlegt, wie das Ausgabevolumen erstmalig unter 14 Milliarden DM gedrückt wird. Daß dabei die falschen Prioritäten gesetzt wurden, bekommen die Menschen in unserem Land heute zu spüren: Abschaffung des Erziehungsgeldes im dritten Jahr und dafür ein Almosen über AQMV. Morgen werden Sie uns dann vielleicht sagen, wer statt dessen aus dem AQMV keine Förderung mehr erhält.

Meine Damen und Herren, der hier vorliegende Antrag ist auch aus einem anderen Grund völlig überflüssig. Wie mir bekannt ist, gibt es bereits heute – und es ist auch Ihnen bekannt – die Möglichkeit für Erziehungsberechtigte, die noch im Erziehungsurlaub sind, sich auf den Wiedereinstieg in das Berufsleben vorzubereiten. Das Arbeitsamt zahlt bereits für die Teilnehmer an solchen Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen die Fahrtkosten und erstattet darüber hinaus dem Träger der Maßnahmen die gesamten Kosten für die Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

(Heidemarie Beyer, SPD: Aber leider nicht für alle. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Die Teilnehmer erhalten neben der Erstattung der Fahrtkosten vom Arbeitsamt aus dem Europäischen Sozialfonds einen Zuschuß von 1.050 DM. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren von PDS und SPD, sagen Sie mir, wo Sie mit dem AQMV ansetzen wollen. Wollen Sie den Zuschuß pro Teilnehmer, der aus dem ESF bezahlt wird, aufstocken? Welche Wirkungen erhoffen Sie sich davon?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Das sagen sie der Landesregierung. Die haben davon noch nie was gehört.)

Das alles sind Fragen, die Sie in den nächsten Gesprächsrunden beantworten müssen.

Meine Damen und Herren, um es noch mal in aller Deutlichkeit zu sagen: Ihr Antrag ist lediglich der Versuch, die Kürzung oder besser de facto die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes zu vertuschen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig, genauso ist es. – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Diese Salomitaktik – das kann ich Ihnen hier versichern – wird allerdings nicht aufgehen. Die Menschen – dies zeigen die aktuellen Umfragen sehr deutlich – sind nicht so dumm, wie Sie meinen. Nach und nach bricht Ihr Kartenhaus zusammen, das Sie sich mühsam aufgebaut haben. Und es ist schlicht unmöglich, gleichzeitig mit dem Füllhorn durch das Land zu reisen und die Staatsfinanzen zu sichern.

(Volker Schlotmann, SPD: Ihr Kartenhaus ist im September zusammengebrochen.)

Ach, Herr Schlotmann, wenn Sie uns immer vorhalten, wir wären in der Opposition noch nicht richtig angekommen, sage ich Ihnen: Wir haben uns längst daran gewöhnt,

(Volker Schlotmann, SPD: Ihre Trotskopfrede ist unter allem Niveau.)

aber Sie müssen sich an den Tenor unserer Oppositionsrolle gewöhnen.

(Volker Schlotmann, SPD: Der Tenor sollte konstruktiv sein.)

Ja, dann hätten wir ...

(Volker Schlotmann, SPD: Sie stehen in der Ecke wie ein Trotskopf und trampeln auf.)

Lassen Sie mal! Wir werden wieder konstruktiv sein, wenn Sie mit Ihrem Latein am Ende sind.

(Unruhe bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Eigentlich ist sie intelligent.)

Es ist schlicht unmöglich, gleichzeitig mit dem Füllhorn durch das Land zu reisen und die Staatsfinanzen zu sichern.

(Volker Schlotmann, SPD: Das könnte der Leitantrag für den nächsten Parteitag sein.)

Es gehört schon ein wenig Geschicklichkeit und Kompetenz dazu, seriöse Haushaltspolitik – die ich meiner früheren Kollegin Frau Keler an dieser Stelle nicht abspreche – und vernünftige Familien- und Sozialpolitik unter einen Hut zu bringen. Dieser Antrag zeigt, daß Sie dazu nicht in der Lage sind,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und deshalb lehnt die CDU-Fraktion diesen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Kleinlichkeit läßt grüßen!)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplín.

**Torsten Koplín,** PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Angesichts des letzten Redebeitrages komme ich nicht umhin,

(Reinhard Dankert, SPD:  
Laß mal lieber, es lohnt sich nicht.)

mich ebenfalls in gewisser Polemik zu üben. Sie, Frau Kleedehn, haben sich die Augen gerieben. Ich wollte meinen Ohren nicht so recht trauen. Sie haben die Arbeit der Regierung und der Fraktionen der SPD und der PDS sehr viel mit Prädikaten belegt, aber in der Substanz das Thema verfehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Im übrigen meine ich zu erkennen, daß Ihre politische Argumentation, verglichen auch mit dem gestrigen Tage, eine gewisse Doppelbödigkeit aufweist. In einem Zwischenruf gestern hatte Herr Rehberg erklärt, diese Regierung stelle ungedeckte Schecks aus. Das war ja ein Vorwurf. Und jetzt werfen Sie vor, daß diese verantwortungsvolle und finanzpolitisch seriöse Politik der Regierung wiederum aus Ihrer Sicht unseriös sei. Ich denke, das ist durch die Bank doppelbödig und zweifelhaft.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist hervorhebenswert, daß im Artikel 17 unserer Landesverfassung fixiert wurde, daß in Mecklenburg-Vorpommern das Land zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt und die Fürsorge dem Ziel dient, das Leben gleichberechtigt und eigenverantwortlich zu gestalten. Mit der Drucksache 3/183 „Qualifizierungsangebote für Erziehungsberechtigte“ geht es um den konkreten Punkt, verfassungsrechtliche Aussagen im Leben zu verwirklichen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Gespräche im Rahmen meiner Wahlkreisarbeit in Neubrandenburg und Uecker-Randow lassen erkennen, daß Arbeitgeber zwar der Pflicht entsprechen, nach den in Anspruch genommenen Erziehungsjahren

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit wem  
haben Sie gesprochen? Mit Igor?)

die Erziehungsberechtigten weiterzubeschäftigen, es jedoch nicht selten Realität ist, daß den betreffenden Personen unmittelbar nach der Rückkehr an den Arbeitsplatz gekündigt wird.

(Die Abgeordneten der Fraktion der CDU  
verlassen den Plenarsaal. –  
Andreas Bluhm, PDS: Wer rausgeht,  
muß auch wieder reinkommen.)

Dafür gibt es zwar verschiedene Gründe, diese lassen sich jedoch darauf fokussieren, daß das Versiegen des Know-how der wegen der Erziehung der Kleinstkinder Abwesenden sowie Fertigkeiten der zwischenzeitlich auf den jeweiligen Arbeitsplätzen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Hintergrund für eine Entlassung bildeten.

Der Antrag „Qualifizierungsangebote für Erziehungsberechtigte“ ist ganz im Sinne der in der Verfassung verankerten Fürsorge für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung. Um diese Aussage zu untermauern, möchte ich fünf marktwirtschaftliche Trends benennen, die belegen, daß ein komprimiertes und modulares Lernen und Qualifizieren in kurzen Zeitabschnitten unumgänglich ist:

Erstens. Wir erleben den Trend zur kommunikativen Wirtschaft. In einem dramatischen Tempo verändern sich

körperliche und geistige Arbeitstätigkeiten. Informations- und Kommunikationssysteme werden global vernetzt. Die Anzahl hochanspruchsvoller Telearbeitsplätze nimmt rasant zu.

Zweitens. Wir erleben den Trend zu globalen Märkten. Die Internationalisierung der Absatz- und Beschaffungsmärkte schreitet voran. Das wirkt auch auf den Arbeitsmarkt, somit auch auf das Anforderungsprofil der Beschäftigten, was zum Beispiel in Sachen Sprachkenntnisse und Mobilität Ausdruck findet.

Drittens. Wir erleben den Trend zum forcierten Wandel. Das Profil der Arbeitsplätze unterliegt in nahezu allen Branchen und in allen Parametern einer ungeheuren Dynamik, hervorgerufen durch immer neue Produkte, immer neue Methoden und Verfahren sowie immer neue Systemlösungen.

Viertens. Wir erleben den Trend zur flexiblen Arbeitsorganisation. Auch dieser Trend hat personalpolitische Konsequenzen. Immer ausgeprägter wird eine spezifische Geschäftskompetenz. Je stärker diese selbst einem Wandel unterliegt, desto dringender ist ihre permanente Weiterbildung.

Fünftens. Wir erleben den Trend zur individuellen Arbeitsflexibilität. Wechselnde Arbeitsaufgaben, überdurchschnittliche Qualifikationsanforderungen erfordern ein lebenslanges Lernen.

All diese Trends wirken erwiesenermaßen nicht nur auf ausgewählte Berufsbilder im EDV-Bereich, sondern ebenso auf Pharmazie, Ingenieurinnen und Ingenieure, Lehrerinnen und Lehrer, Krankenschwestern und Krankenpfleger.

Gerade weil die jungen Muttis und Vatis für ihre Kinder und somit für die gesamte Gesellschaft eine so immens wichtige Erziehungsarbeit leisten, ist es ein politisches Gebot, landesseitig für sie zu sorgen,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Qualifizierungsangebote zu ermöglichen, um den besagten und unausweichlich wirkenden Trends zu entsprechen und den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu erleichtern.

An dieser Stelle sei auch darauf verwiesen, daß die Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf seitens der Männer in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit geraten sollte. Der Anteil der Männer, die eines oder mehrere Erziehungsjahre nutzen, beträgt bundesweit nicht einmal zwei Prozent. Dieser geringe Anteil von Männern an der Inanspruchnahme des Erziehungsjahres wird oft mit finanziellen Gesichtspunkten wegen höherer Einkommensverluste, Widerstände der Arbeitgeber und hoher Identifikation mit der Berufsrolle begründet. Ich sage jedoch: Das Recht von Frauen auf Chancengleichheit im Erwerbsleben läßt sich aber nur in dem Maße verwirklichen, wie die Männer gleichberechtigt teilhaben an der Hausarbeit und der Kinderbetreuung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, daß die Richtlinien 2 und 3 des AQMV – einmal die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt durch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in Vollzeitform und zum anderen die Förderung der Verbesserung der Vermittlungsaussichten von Beschäftigung durch berufliche Weiterbildung – den Rahmen für Qualifizierungsangebote bilden können.

Als eine erste positive Resonanz auf das Anliegen der Antragsteller, Qualifizierungsangebote für Erziehungsberechtigte im 3. Erziehungsjahr des Kindes ermöglichen zu wollen, werte ich eine Überlegung des Versorgungsamtes Neubrandenburg, das zumindest mir gegenüber anbot, mit der Versendung der Vordrucke zum Landeserziehungsgeld im 21. Lebensmonat des Kindes zugleich in einem Merkblatt auf die Qualifizierungsangebote während des 3. Erziehungsjahres des Kindes hinweisen zu wollen.

Auch ich bitte Sie, wie Frau Dr. Seemann, um die Zustimmung zu diesem Antrag. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich bitte, zumindest wieder Bescheid zu sagen, daß die Kolleginnen und Kollegen von der CDU den Raum wieder betreten können. Ich würde nur empfehlen, die Rede von Herrn Körner gestern und von Herrn Schoenburg sich noch mal durchzulesen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Koplín.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Staszak von der Fraktion der SPD.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:  
Oh, Herr Jäger ist schon da. –

Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Na sehn Sie mal, wer rausgeht, kommt auch wieder rein. –

Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Da haben Sie ja viel Übung drin, ne? – Dr. Arnold Schoenburg, PDS:  
Wir wissen das schon.)

**Karla Staszak, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich anders beginnen, aber ich muß jetzt doch auf die gehaltenen Beiträge noch einmal eingehen. Es tut mir furchtbar leid, daß eine Frau dieses Landtages noch nicht begriffen hat, nämlich Frau Kleedehn, den Unterschied zwischen Frauen- und Familienpolitik.

(Beifall bei SPD und PDS)

Aber ich kann Ihnen hier bestätigen, daß das immer meine Erfahrungen waren, sehr viele Herren der CDU-Fraktion verstehen es besser als Frau Kleedehn.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ich habe mich immer mit Frau Kleedehn über verschiedene frauenpolitische Ansätze im vergangenen Kabinett auseinandersetzen müssen, und ich habe mich sehr häufig geärgert, daß gerade eine Frau mir immer in den Rücken gefallen ist. Ich freue mich natürlich, wenn Männer etwas davon verstehen, weil wir ja nur gemeinsam eine partnerschaftliche Gesellschaft aufbauen können. Aber wenn denn Frauen einen in den Rücken fallen, ist es um so peinlicher, das muß ich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und so kann ich Ihnen hier sagen, daß Frau Kleedehn das Ziel dieses Antrages überhaupt nicht verstanden hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Volker Schlotmann, SPD: Nicht will, nicht will.)

Ich sage es so, wie ich es wahrgenommen habe. Ich kann ja hier bestätigen, daß unsere Fraktion natürlich auch alles für Familien tun will. Ich finde, man kann Familien nicht genug unterstützen. Das ist hier gar nicht das Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Aber es gibt, und das habe ich ja gestern versucht zu erklären, immer noch eine Gruppe bei den beiden Geschlechtern, nämlich die Frauen, die Benachteiligungen erfahren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und genau so einer Benachteiligung wollen wir mit diesem Antrag entgegenwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und gestatten Sie mir, daß ich für alle, die das eben nicht verstanden haben, es hier noch einmal erkläre. Ich bin auch bereit, das sehr differenziert zu machen, weil ich denke, wir können sonst keine Abhilfe schaffen. Also, warum ist so ein Antrag überhaupt notwendig, Qualifizierungsangebote für Frauen im dritten Erziehungsjahr anzubieten?

(Reinhard Dankert, SPD: Auch für Männer!)

Grundsätzlich ist es so, daß Personen, die Erziehungsurlaub nach dem Erziehungsgeldgesetz für sich in Anspruch nehmen, Kündigungsschutz ja genießen. Das heißt, ihre Wiedereingliederung in den Beruf müßte eigentlich unproblematisch vonstatten gehen. Sie sollten auf ihrem alten Arbeitsplatz weiterarbeiten können, sobald sie aus dem Erziehungsurlaub zurückgekehrt sind. Das ist allerdings leider nicht so. Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß im Osten genauso wie im Westen Deutschlands der Erziehungsurlaub zu einer Sackgasse für die Frauen werden kann, denn viele verlieren während oder direkt nach dem Erziehungsurlaub den Arbeitsplatz. Diese Feststellung stammt nicht von mir, sondern das wird von der Bundesanstalt für Arbeit so bestätigt. Und darüber gibt es auch Zahlen, und die sind nicht unbeträglich.

Grundsätzlich sollen Frauen natürlich selbst entscheiden können, ob sie mit ihren Kindern zu Hause bleiben wollen oder wie lange sie das tun wollen. Das ist für mich völlig klar. Wir müssen allerdings immer wieder darauf hinweisen, daß das Risiko besteht, den Arbeitsplatz während oder direkt nach dem Erziehungsurlaub zu verlieren. Natürlich kann dies so nicht sein. Das habe ich gestern auch gesagt. Eine Frau darf deshalb keine Nachteile erfahren, weil sie sich um ihre Kinder kümmert oder weil sie biologisch die Kinder bekommen muß. Es kann nicht angehen, daß ständig Frauen dadurch Nachteile haben. Das ist unser Anliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich spreche hier bewußt von Frauen, meine Damen und Herren, weil in 98 Prozent der Fälle – Herr Koplín hat es auch schon bestätigt – natürlich die Mütter den Erziehungsurlaub nehmen. Es sind also ungefähr zwei Prozent Männer, wie man sich ausrechnen kann. Damit ist es vorrangig ein Problem von Frauen. Das habe ich gestern ver-

sucht Ihnen zu erklären. Wenn 98 Prozent Frauen betroffen sind, ist es ein Frauenproblem, und deshalb müssen wir die Benachteiligungen, die Frauen dadurch erfahren, ich sage es immer wieder, versuchen zu beseitigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Der vorliegende Antrag soll also sicherstellen, daß Frauen die Möglichkeit bekommen, sich während des dritten Jahres des Erziehungsurlaubes weiterzuqualifizieren. Damit soll den Arbeitgebern, jetzt komme ich noch auf einen zusätzlichen Punkt, der Wind aus den Segeln genommen werden, die behaupten, daß Frauen nach dem Erziehungsurlaub weit weg vom beruflichen Alltag seien und den Wiedereinstieg nur schwer finden können. Durch die Umsetzung des im Antrag geforderten Programms kann diesen Arbeitgebern entgegengehalten werden, daß Frauen während ihres Erziehungsurlaubs nicht etwa dequalifiziert werden, sondern an Qualifikationen dazugewinnen.

Ich habe hier ein Beispiel vom Frauen-Technik-Zentrum in Rostock, die eine frauenspezifische EDV-Weiterbildung zur Förderung der Rückkehr ins Berufsleben für Frauen mit kaufmännischen Berufen durchgeführt haben. In diesen Kursen, meine Damen und Herren, war es möglich, in Teilzeit- oder in Vollzeitweiterbildung fachspezifisches Wissen und das Beherrschen der Kommunikations- und Informationstechniken zu erlangen beziehungsweise auszubauen. Das erworbene Wissen wurde in betreuten Praktika unter Praxisbedingungen angewendet und erweitert. Von den bisher 60 Teilnehmerinnen haben einige schon während des Lehrgangs oder direkt danach eine neue Arbeitsstelle gefunden. Aber das Frauen-Technik-Zentrum mußte auch feststellen, und das möchte ich auch nicht verheimlichen hier, daß besonders Frauen mit kleinen Kindern Schwierigkeiten hatten, nach dem Erziehungsurlaub wieder im Berufsleben Fuß zu fassen. Das kann nicht auf mangelnde Qualifikation zurückgeführt werden, denn sie haben sich ja qualifiziert, die Frauen haben wirklich große Qualifikation erlangt, aber sie hatten kleine Kinder.

Und es ist leider so, daß Arbeitgeber auch heute noch das Risiko scheuen, Mütter mit kleinen Kindern einzustellen. Und dieses wäre der Punkt, wo Frau Kleedehn sich einsetzen könnte, nämlich bei den Arbeitgebern ein gesellschaftliches Umdenken zu erwirken, daß Frauen auch mit Kindern eine Arbeit haben müssen oder haben möchten. Das wäre für mich der Ansatz gewesen, wo Sie sehen können, wo Sie etwas für Frauen tun könnten.

Ich würde Sie also darum bitten, dem Antrag zuzustimmen, damit wir gemeinsam ausschalten, daß Frauen benachteiligt werden durch Kindererziehung, und damit unsere Gesellschaft endlich begreift, daß die Leistung der Kindererziehung nicht als Hemmschuh für das Berufsleben gilt, sondern daß diese Zeiten auch eine Zusatzqualifikation sind. Aus diesem Grund bitte ich Sie also zuzustimmen. Und, Frau Kleedehn, ich würde Ihnen doch noch mal empfehlen, sich ein bißchen ausgiebiger mit Frauenpolitik zu beschäftigen, damit wir endlich auch mal Unterstützung von Ihnen hier erfahren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holzmagel:** Danke, Frau Staszak.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

**Harry Glawe,** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Entschuldigung, Frau Präsidentin!

(Heiterkeit bei SPD und PDS)

Meine Damen und Herren! Ja, es war nett, daß Sie so viele Beifallskundgebungen hier abgeben.

(Siegfried Frieese, SPD: Das war kein Beifall.)

Es geht ja nun mal um Qualifizierungsangebote für Erziehungsberechtigte. Und, Frau Staszak, ich muß mich schon wundern, wie Sie das jetzt interpretieren, indem Sie sagen, es geht nur um Frauen. Ich denke, Frauen, Kinder und Männer gehören zu einer Familie, und damit ist der Familienbezug eigentlich relativ deutlich.

(Angelika Gramkow, PDS: Manchmal gehören auch nur Frauen, Männer oder Kinder zur Familie. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren, einiges, was hier von Ihnen gesagt wird, das ist ja teilweise hanebüchen,

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

denn Sie tun ja so, als wenn heute die Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Mecklenburg-Vorpommern begonnen hat. Die Wahrheit ist doch eigentlich, Sie schaffen das Landeserziehungsgeld ab und suchen jetzt Begründungen, wie man das nun den Frauen beibringen kann, daß sie sich jetzt qualifizieren oder eine Weiterbildung machen sollen. Das ist doch eigentlich die Wahrheit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Wenn Sie sich das mal allein ansehen, was beim Landeserziehungsgeld passiert – 39 Prozent aller Anspruchsberechtigten sind Hausfrauen und Sozialhilfeempfängerinnen, Frau Staszak. Um diesen Personenkreis müssen Sie sich kümmern.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Und hier bei Ihnen läuft immer nur die Frage Modellprojekt, und Holter soll es machen, AQMV soll es machen. Das geht ja noch viel weiter.

(Karla Staszak, SPD: Das Grundproblem ist, daß keine Arbeitsplätze da sind.)

Sie haben ja auch einen netten Satz gesagt, nämlich: Kinderkrippen-, Hort- und Kindergartenplätze sind bereit-zustellen. Da würde ich Ihnen mal sagen, dann müssen Sie auch die Haushaltsansätze in diese Richtung ändern. Denn wenn Sie dort was tun wollen, dann müssen Sie den Landesanteil bedenken, der immerhin 30 Prozent von den Regelkosten ist. Das muß hinein. Damit bringen Sie eigentlich die Ersparnisse, die Sie beim Landeserziehungsgeld erzielen wollen für den Landeshaushalt. Auf der anderen Seite müssen Sie bei den Kitas wieder zusteuern. Das ist die Wahrheit.

(Dr. Margret Seemann, SPD:

Warum haben Sie in Ihrer Regierungsverantwortung 1994 das denn abgelehnt?)

Sie belasten auch jetzt mit diesen Maßnahmen wieder die Kommunen und sagen, na bitte schön, machen wir mal, die Kommunen sollen mal schön zahlen. Das sind ja

auch Dinge, die hier eigentlich noch nicht gesagt worden sind. Und im übrigen wollen Sie ja ab dem nächsten Jahr nur noch Schülerinnen ab 14 Jahren, die ein Kind bekommen, Azubis und Studenten das Landeserziehungsgeld gewähren. Den Rest kappen Sie, und deswegen müssen Sie jetzt Hilfskrücken erfinden, wie Sie das im Land sozusagen den Leuten beibringen, den Frauen und den Familien beibringen müssen.

(Karla Staszak, SPD: Sie wollen die Frauen vom Arbeitsmarkt weg haben.)

Und deswegen sagen Sie Qualifizierungsangebote. Qualifizierungsangebote sind heute jederzeit schon möglich. Darauf hat Frau Kleedehn hingewiesen. Es gibt ESF-Angebote, es gibt Qualifizierungsmaßnahmen vom Arbeitsamt. Die Frauen brauchen das nur zu wollen, und jedes Arbeitsamt macht davon dann auch regen Gebrauch, meine Damen und Herren. Daß Ihnen das vielleicht nicht alles bekannt ist, mag ja sein. Sie fangen ja jetzt erst an zu regieren, und das wird dann auch alles noch kommen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Fakt ist noch, wenn Frauen arbeitslos werden, dann heißt es nicht, daß drei Jahre rückwirkend geschaut wird, sondern bei Frauen wird fünf Jahre rückwirkend geschaut, so daß sie also in gewisser Weise nicht gleich in ein Loch fallen, obwohl ich natürlich diese Problematik nicht schönreden will. Aber auch hier hat der Gesetzgeber Vorsorge für Frauen geleistet.

(Annegrit Koburger, PDS: Ach ja?)

Im übrigen müßten wir noch mal insgesamt überlegen, wie wir die Dinge im BSHG in Abstimmung mit den Landkreisen nutzen müssen, um hier vernünftige Systeme zu entwickeln. Aber jetzt nur zu rufen, Qualifizierungsangebote für Erziehungsberechtigte, meine Damen und Herren, das gibt es alles schon.

Eins will ich vielleicht sagen: DSF-Programme müßten etwas kofinanziert werden, um den Frauen, wenn dann die Dinge nicht in eine Arbeitsstelle münden, die Gelegenheit zu geben, nicht gleich wieder in Sozialhilfe zu fallen, sondern dann wirklich Arbeitslosengeld beziehen zu können. Das wäre eine wichtige Aufgabe, und da könnte Herr Holter mit dem AQMV sicherlich helfen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Glawe.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/183. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/183 ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** a) Beratung des Antrages der Abgeordneten Peter Ritter und Monty Schädel, Fraktion der PDS – Härtefallkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/185, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Keine „Härtefallkommission“ im Anschluß an rechtskräftig abgeschlossene Asylverfahren und rechts-

kräftig abgeschlossene Verfahren der Aufenthaltsbeendigung, Drucksache 3/188. Verteilt wird noch ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/226.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schön wär's, wenn wir das etwas früher bekommen hätten.)

**Antrag der Abgeordneten Peter Ritter und Monty Schädel, Fraktion der PDS: Härtefallkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/185 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS – Drucksache 3/226 –**

**Antrag der Fraktion der CDU: Keine „Härtefallkommission“ im Anschluß an rechtskräftig abgeschlossene Asylverfahren und rechtskräftig abgeschlossene Verfahren der Aufenthaltsbeendigung – Drucksache 3/188 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Abgeordneten Peter Ritter und Monty Schädel, Fraktion der PDS, hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

**Peter Ritter,** PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, wenn Sie in Ihrer Logik konsequent wären, würden Sie jetzt wieder rausgehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber offensichtlich wissen Sie nicht so richtig, was Sie machen sollen.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Sei es drum, meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag hat das Ziel, eine Kommission des Landes einzusetzen, die vor Abschiebungen von Flüchtlingen personenbezogene Fälle berät,

(Harry Glawe, CDU: Wiedergutmachungskurs. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

die in bezug auf deren Abschiebung eine besondere Härte erwarten lassen, sei es, daß diese Menschen nach ihrer zwanghaften Rückführung erneuter Gefahr für Leib, Seele und Leben ausgesetzt sein könnten, sei es, daß zum Beispiel eine hier lebende Familie auseinandergerissen, eine Ausbildung oder Heilbehandlung abgebrochen werden würde. Nach gründlicher Prüfung wird diese Härtefallkommission der zuständigen Ausländerbehörde eine Empfehlung zur Aussetzung, Durchführung oder Verzögerung der Abschiebung geben. Letztlich entscheiden wird diese Behörde selbst.

Wir greifen damit Erfahrungen westlicher Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen auf, aber auch der Hauptstadt Berlin, wo der jetzige Landtagsabgeordnete Dr. Jäger, wie uns versichert wurde, konstruktiv in solch einem Gremium zugunsten von Flüchtlingsschicksalen mitgewirkt hatte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dazu sage ich nachher noch was.)

Bevor mein Kollege, der Abgeordnete Monty Schädel, zu Fragen der Arbeit einer Härtefallkommission Aussagen machen wird, lassen Sie mich auf einige Hintergründe und Zusammenhänge verweisen. Damit will ich vermeiden helfen, daß das Einsetzen der Kommission und die Arbeit der künftigen Mitglieder als eine Formsache, als bloße Behördenangelegenheit oder gar als ein überflüssiges Arbeitsgremium betrachtet wird, wie es der CDU-Antrag suggerieren will. Denn wo immer über den Umgang mit Flüchtlingen gesprochen und beraten wird, setzt das voraus, daß es Menschen gibt, die auf der Flucht sind und anderswo Zuflucht suchen – auch in Mecklenburg-Vorpommern. Und Fluchtgründe nehmen in ihrer ernstzunehmenden Vielfalt eher zu, als daß sie verringert würden. Darauf verweisen zahlreiche Untersuchungen und Berichte, wie der von Amnesty International im Dezember des vergangenen Jahres.

Folter und Mißhandlungen gibt es in zwei Dritteln aller Staaten, in einem Viertel sogar systematisch mit Todesfolgen, wie auch in der Türkei gegen Angehörige des kurdischen Volkes. Es gibt in jedem zweiten Staat politische Gefangene, in jedem dritten staatliche Morde und verschwundene Menschen.

Lassen Sie mich Bertolt Brecht zitieren. Sein „Me-ti, Buch der Wendungen“ ist erschreckend aktuell geblieben. „Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stecken, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in einen Krieg führen und so weiter.“

Meine Damen und Herren, wir haben heute zusätzlich als neue Tendenz zerfallende Staaten, wo sich politische Gruppen gegenüberstehen, die sich einen Dreck um die Bevölkerung scheren. Große Fluchtbewegungen sind die Folge. Allein in der Region der Großen Seen Afrikas ist nach wie vor das Schicksal von über 100.000 Menschen ungeklärt.

Nach Erkenntnissen der Arbeitsgemeinschaft Kriegursachenforschung der Universität Hamburg wurden 1998 weltweit 29 Kriege und 19 bewaffnete Konflikte geführt. Mit fünf neuen Kriegen ist erstmals wieder eine Zunahme der schweren bewaffneten Auseinandersetzungen zu verzeichnen. Anhaltend groß ist das Ausmaß politischer Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung geht von einem Sockel von 30 bis 40 langwierigen gewaltsamen Konflikten weltweit aus, die wegen ihrer Kompliziertheit keine baldige Lösung erwarten lassen. Ich nenne hier nur wenige davon: Kongo, Guinea-Bissau, Eritrea und Äthiopien, Georgien, Kosovo.

(Harry Glawe, CDU: Mal zum Thema ein bißchen mehr reden.)

Menschen aus diesen Ländern gelangen nach zumeist entbehrungsreichen Fluchtwegen auch in unser Bundesland. Die allermeisten wurden und werden jedoch wieder abgeschoben. Und da auch unbegleitete Kinder, also Flüchtlingskinder in Mecklenburg-Vorpommern leben, will ich noch darauf verweisen, daß allein in den vergangenen zehn Jahren mehr als zwei Millionen Kinder durch Kriegshandlungen getötet, weitere sechs Millionen schwer verletzt oder verkrüppelt wurden. Über zehn Millionen Jungen und Mädchen werden aufgrund ihrer Kriegserfahrungen für ihr gesamtes Leben psychisch gestört bleiben.

Vergleichbare Tatsachen und Entwicklungen gab es auch 1993, als die Bundestags-Zweidrittelmehrheit den Asylrechtsartikel des Grundgesetzes änderte. Und sie wußte sehr genau, daß der Asylrechtsartikel 14 der Universalen Menschenrechtserklärung von 1948 jedem Menschen das Recht zubilligte, „in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“.

Während pro Jahr, meine sehr verehrten Damen und Herren, 780 Milliarden US-Dollar für Rüstung, 400 Milliarden für Rauschgift und allein in Europa 105 Milliarden für alkoholische Getränke ausgegeben werden, stehen nicht einmal 6 Milliarden Dollar zur Verfügung, mit denen sich in den Entwicklungsländern Grundbildung für alle organisieren ließe. Für eine einzige Milliarde mehr ließen sich die Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen für alle Menschen in den Entwicklungsländern schaffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Kommen Sie mal zum Thema!)

Damit will ich darauf verweisen, daß es nicht mehr ausreicht, nur für den Frieden und die Sicherheit in aller Welt zu sorgen, und erst recht nicht mit Bomben auf den Irak oder Bodentruppen im Kosovo. Zur selben Zeit müssen die wirtschaftlichen und sozialen Krisen gemeistert werden, muß die Ungerechtigkeit in der globalen Wirtschaft beseitigt werden. Ohne dem ist politische Sicherheit nicht zu erreichen und muß mit einer Zunahme von Konflikten gerechnet werden.

Allein in Somalia sind 300.000 Menschen vom Hungertod bedroht. Mehr als ein Siebtel der Erdbevölkerung, das sind rund 828 Millionen Menschen, sind chronisch unterernährt. Rund zwei Milliarden Menschen leiden unter Vitamin-A-, an Eisen- und Jodmangel. Zwischen den Industriestaaten wie der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern der Dritten Welt klafft weiterhin ein gewaltiges Kaloriengefälle bei der Pro-Kopf-Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Warum nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese vielen Zahlen und Tatsachen? Weil Menschen aus diesen Lebensumständen, Herr Dr. Jäger, wie ich vorhin schon sagte, auch nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, Asylanträge stellen, die abgelehnt werden, und ihnen Abschiebung in schlimme Lebensverhältnisse droht. Ihnen durch Prüfung ihres „Falles“ in der Härtefallkommission wenigstens eine weitere Chance zu eröffnen, hier zumindest länger bleiben zu können, ist schon lohnend. Grenzen ziehen natürlich die geltenden Gesetze. Oder Grenzen werden durch Regierungspolitiker gezogen, wenn Menschenrechte, wie das auf Leben oder auskömmliches Essen, verengt werden auf die Frage der politischen Verfassung oder der ökonomischen Standorteffizienz. Janusköpfigkeit ist auch bei denen anzutreffen, die einerseits gegen Staatsfolterer sind, andererseits zugleich gegen Einwanderinnen und Einwanderer.

Erleben wir nicht, meine Damen und Herren, gegenwärtig selbst heftige Ausgrenzungsversuche gegen Immigrantinnen und Immigranten in Deutschland, die in diesem Land schon 10, 15 oder 30 Jahre leben, die hier geboren wurden, ihren Lebensmittelpunkt haben und fest verwurzelt sind? Es wird mit einer Unterschriftenaktion ein Ausgrenzungseifer an den Tag gelegt, es wird damit nicht aufgeklärt, sondern verunsichert – alles unter dem Deckmantel der Integration.

Es ist unübersehbar, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo das Töten erlaubt ist, etwa ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Die ist Ihnen wohl ein Dorn im Auge, die Unterschriftenaktion.)

Es ist unübersehbar, Herr Riemann, wo das Töten erlaubt ist, etwa im Krieg wird getötet, wo das Ausgrenzen erlaubt ist, etwa gegenüber Schwulen und Transsexuellen, wird ausgegrenzt, wo es zur Normalität gehört, Ausländerinnen und Ausländer oder Behinderte zu diskriminieren, werden sie diskriminiert, wo Opfer zu Tätern umdefiniert werden, etwa dadurch, daß Immigrantinnen und Immigranten mit Doppelpaß den Deutschen mit nur einem Ausweis gegenüber im Vorteil seien und zugleich eine Gefahr für das „Normale“ darstellen, werden auch Verfolgte zu Verfolgerinnen und Verfolgern.

Nein, meine Damen und Herren, nichts spricht dafür, daß sich die Einstellung vieler Deutscher zu ihrer Geschichte verändert hat. Aber manche Ansicht, die noch bis vor kurzem gesellschaftlich nicht akzeptiert wurde, kann heute und gerade an CDU-Unterschriftenständen ohne Gefahr der Stigmatisierung geäußert werden.

Es trägt Verantwortung, meine Damen und Herren, wer Einfluß nimmt ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Woher wissen Sie das? Waren Sie schon mal an einem Informationsstand? – Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Es trägt Verantwortung, meine Damen und Herren, wer Einfluß nimmt auf gesellschaftliche Akzeptanz oder Nichtakzeptanz.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und wenn allein schon durch die Existenz und Arbeit einer Härtefallkommission, wie sie im Antrag skizziert wird, mehr noch aber durch Öffentlichkeitsarbeit öfter als bisher Einzelschicksale von Flüchtlingen bekanntwerden, wenn hoffentlich viele Abschiebungen verhindert werden können, dann ist das schon ein beachtlicher Beitrag für Akzeptanz, der nachdenken läßt über den Umgang mit Fremden, über menschliche Schicksale in Beziehungen zum eigenen Leben.

Es ist also höchste Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, solche Signale in das Land auszusenden, in dem populistische Unverantwortlichkeit gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in unheilvoller Weise umgeht und politische Verantwortung heuchelt. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, Sie haben neben Ihren Unterschriftenlisten keinen Aufruf liegen, Ausländerinnen und Ausländer zu jagen. Nein, Sie knüpfen nur an die seit beinahe zehn Jahren unverdeckt propagierte Brunnenvergiftung gegen Ausländerinnen und Ausländer an,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und das, das muß ich zugestehen, leider sehr erfolgreich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist eine Frechheit, was Sie da äußern.)

Ja, bleiben Sie mal ganz ruhig, Herr Riemann.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist Realität. – Wolfgang Riemann, CDU: Nein, das ist Ihre Realität! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ihre Art, Herr Riemann, ja zu sagen zu Integration und bloß nein zum Doppelpaß, ist, ich zitiere Hessens DGB-Chef Dieter Hooge, „geistiger Bürgerkrieg“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nein, meine Damen und Herren, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Das liegt Ihnen schwer im Magen, nicht?)

Nein, meine Damen und Herren von der CDU, nicht durch die Straßen ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben 40 Jahre Bürgerkrieg veranstaltet.)

Sicher, ich werde dieses Jahr erst 40 Jahre, ich habe 40 Jahre lang Bürgerkrieg veranstaltet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Nein, meine Damen und Herren von der CDU,

(Harry Glawe, CDU: Sie waren 40 Jahre auf Friedenswacht.)

hören Sie bitte genau zu, nicht durch die Straßen von Schwerin, Pasewalk oder Güstrow ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Tiefflieger! – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben 40 Jahre selbst gestaltet und stellt sich hier hin und hält solche Reden!)

Ich wiederhole noch mal, weil mir das wichtig erscheint, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nicht durch die Straßen von Schwerin, Pasewalk oder Güstrow wurde der 28jährige Omar nen Noui gehetzt, bis er jämmerlich verblutete, sondern bloß weit weg in Guben, und zwar durch Neonazis. Dafür kann die CDU nichts. Sie hat mit Rechtsextremen, wie sie selbst beteuert – und ich nehme ihr das ab –, nichts am Hut.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Mit Linksextremen auch nichts.)

Und wenn Republikaner oder DVUler gleich neben den CDU-Tischen ebenfalls Unterschriften gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft sammeln,

(Der Abgeordnete Jürgen Seidel bittet um das Wort für eine Anfrage.)

können Sie sich das wahrscheinlich ebensowenig erklären wie einen Brief der Republikaner vom 2. Februar 1999 an die Herren Stoiber und Schäuble. In ihm bringen die Republikaner die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Zeit für gemeinsames Handeln gekommen sei. Man dürfe jetzt nicht bei Unterschriftenaktionen stehenbleiben.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter Seidel, bei der Einbringung sind Fragen nicht zulässig, sondern erst im Rahmen der Diskussion.

**Peter Ritter,** PDS: Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Tod des jungen algerischen Asylbewerbers war nicht nur ein schwerwiegender Einzelfall, wie aus der Potsdamer Landesregierung zu hören war. Wer eine ganze Bevölkerungsgruppe pauschal kriminalisiert und die Parole „Deutschland den Deutschen“ pflegt, hat nicht das Recht, sich auf sogenanntes „gesundes Volksempfinden“ zu berufen, sondern der bedient übelste Stammtischparolen und schürt Überfremdungsängste,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Da ist ja schon mal Unheil rausge-  
kommen aus dem Volksempfinden.)

der treibt ein völkisches Spiel mit dem Feuer der Fremdenfurcht. Wie wäre es statt dessen, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Forderung: Gebt den Kurdinnen und Kurden Autonomie in den vorwiegend von ihnen bewohnten Regionen?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wissen Sie, woran mich Ihr „Wer in Deutschland leben will, der muß auch ganz Deutscher werden wollen“ erinnert? An ein Modell unseliger deutscher Geschichte. Das verlangte rigoros: Werde wie wir, gleiche dich uns an! Versuche es zumindest, wenngleich du eh immer als Fremder zu erkennen und als Fremdkörper zu behandeln sein wirst! In der Folge wurden Juden ermordet, weil ihre fremde Eigenart nicht in der Gleichheit der ArierInnen aufging. Zuvor hatten nicht wenige versucht, ihr Judentum auszulöschen, die Brücken ihrer Herkunft abzubauen.

So etwas können wir heute, auch nicht im übertragenen Sinne, auch bezogen auf andere Menschengruppen, nicht wollen und dulden. Das ist durchaus kein unbilliger Vergleich.

Was ist zum Beispiel über den 28jährigen Algerier bekannt? Zum einen fand er, als er im August wegen politischer Verfolgung in seinem Heimatland nach Deutschland kam, sehr schnell Kontakt sowohl zu den aus vielen Ländern kommenden Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern als auch zu Inländern. Er war auffallend wißbegierig, hilfsbereit und deshalb beliebt. Zum anderen belegte er freiwillig einen Deutschkurs und finanzierte selbst einen Elektronikurs. All das kommt doch den Bedingungen sehr nahe, die von CDU-Seite für eine Integration von Nichtdeutschen gestellt werden. Nur die rechts-extremen Menschenjäger scherte das überhaupt nicht.

Was wir wollen, ist, Nichtdeutsche in unsere Mitte zu nehmen, sie symbolisch auch durch den konkreten zweiten Paß anzuerkennen. Das ist humanes Verhalten trotz aller widrigen Umstände. Was wir wollen, ist Toleranz, Toleranz verstanden als Respekt, Akzeptanz und Anerkennung der Gleichzeitigkeit von unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen an einem Ort. Das in der Praxis zu erreichen wäre eine erstrebenswerte Kulturleistung, auch in Mecklenburg-Vorpommern, ein ethischer Wert- und Handlungsmaßstab.

Integration bedeutet eine Form des gleichberechtigten Zusammenlebens. Das wird uns nur gelingen, wenn Menschen nicht zur Selbstaufgabe ihrer Integrität gezwungen werden, sondern frei bleiben, frei in der Wahl ihrer Überzeugungen, und wenn sie so soziale und politische Prozesse als Teil der Gesellschaft mitgestalten können.

Nur eine Härtefallkommission, meine sehr verehrten Damen und Herren, die vielleicht gar nicht so viel ausrichten kann? Ich sage Ihnen, jeder Schritt zählt, und sei er auch klein, und zwar hin zu einem selbsttragenden Prozeß, mit dem sich die Mehrheit der Menschen, auch Mecklenburg-Vorpommerns, permanent über den Stellenwert der Toleranz im klaren ist, für unser aller Leben. Ich bin gewiß, daß das auch CDU-Mitglieder wollen.

Lassen Sie mich daher zum Schluß den wohl allen bekannten Michel Friedmann, Mitglied des Bundestages,

einst im CDU-Bundesvorstand und noch immer im Zentralrat der Juden Deutschlands, zitieren. Er antwortete der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. Februar 1999 auf die Frage, ob es aus Sicht der SPD nicht klüger sei, „die ganze Aktion ‚Doppelte Staatsbürgerschaft‘ abzublasen“, wie folgt: „Die Frage geht doch weit über die doppelte Staatsbürgerschaft hinaus: Wollen wir in Zukunft eine moderne deutsche Gesellschaft in Europa sein? Wollen wir das, was man Gesellschaft und Gemeinschaft nennt, neu definieren? Dann müssen wir Kindern, die hier geboren werden, die Chance geben, deutsche Staatsbürger zu sein. Dann müssen wir endlich diesen Kreislauf von ‚Wir‘ und ‚Ihr‘ durchbrechen. Dann müssen wir jungen Generationen die Chance der Identität geben. Wir müssen Kinder, die hier geboren sind, zu Deutschen machen und die Einbürgerung zum Rechtsanspruch. Wir müssen weg vom Blutsrecht kommen, hin zum ‚ius soli‘, weg vom ‚Um Gottes willen, da kommt noch einer‘ zum ‚Happy Welcome‘. Diese Gesellschaft formiert sich aus mehr als 52 Millionen Deutschen der alten Bundesrepublik, aus fast 20 Millionen, die im Laufe der Jahre und nach der Wiedervereinigung aus der DDR kamen – und aus sieben bis acht Millionen Ausländern, die legal in diesem Land leben. Alle drei Säulen machen diese Gemeinschaft aus.“

(Unruhe bei Jürgen Seidel, CDU)

„Und das ist die Zukunft dieser Gemeinschaft.“ – Danke schön.

(Beifall bei der PDS und  
einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznapel:** Danke, Herr Ritter.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Dr. Jäger.

**Dr. Armin Jäger, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Abgeordneter Ritter, also wenn Sie mir bescheinigen, ich hätte da in Berlin konstruktiv gearbeitet, könnte der eine oder andere mißtrauisch werden. Das war nur aus Spaß. Aber ernsthaft, das, was Sie hier vorgetragen haben, hat mit Ihrem Antrag überhaupt nichts zu tun.

(Harry Glawe, CDU: Das ist wohl wahr.)

Es geht in dem Antrag und der Ankündigung dieser Koalition um die Bildung einer Härtefallkommission. Das heißt, es geht nicht darum, was Sie hier vorgetragen haben, daß die 95 Prozent der Armutsflüchtlinge, die wir wie Sie bedauern, hier in der Bundesrepublik bleiben sollen, sondern es geht darum, ob bei Entscheidungen über die derzeit fünf Prozent von Flüchtlingen, die tatsächlich aus Asylgründen hierherkommen, möglicherweise eine Härtefallkommission besser arbeiten würde als die dafür zuständigen Behörden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und da sage ich Ihnen aus meiner Erfahrung mit einer Härtefallkommission, daß die dazu gar nichts beitragen kann. Das ist bedauerlicherweise so. Konstruktiv war die Zusammenarbeit nur insofern, als es mir gelungen ist, der Härtefallkommission in Berlin – und wenn Sie da so gute Kontakte haben, sollten Sie noch einmal nachfragen – klarzumachen, daß sie keine rechtswidrigen Empfehlungen geben darf. Genau das haben Sie aber vor!

Das zweite ist:

(Peter Ritter, PDS: Das hab' ich hier ja auch eine Viertelstunde erzählt, daß sie rechtswidrig arbeiten soll, ja?)

Sie haben keine Ahnung vom Ausländerrecht, das wurde hier sehr deutlich.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Peter Ritter, PDS: Ich weiß, daß Sie der Klügste sind. Das ist immer so.)

Na ja, wissen Sie, wenn jemand 20 Jahre Ausländerrecht tatsächlich praktiziert,

(Monty Schädel, PDS: Dann hat er die Weisheit gepachtet.)

muß er über so manche Ihrer Äußerungen doch ein bißchen lächeln. Wirklich.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber was ich Ihnen wirklich einmal sagen will, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Seien Sie mal nicht ganz so arrogant, Herr Jäger!)

Lassen Sie mich doch mal ausreden, Sie sind doch noch mal dran!

(Peter Ritter, PDS: Dann hören Sie doch nachher wieder nicht zu bei der Rede von Herrn Schädel. Da gehen Sie doch wieder raus.)

... ich finde es ganz, ganz schlimm, daß Sie in einem Rundumschlag den Bürgern dieses Landes eine Ohrfeige verpassen, weil Sie mit den Plänen der Bonner Regierung nicht einverstanden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Sie können sich Ihr Wahlvolk nun mal nicht aussuchen!

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und ich sage Ihnen mal ganz deutlich meinen sehr persönlichen Eindruck:

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie konnten sich Ihr Wahlvolk auch nicht aussuchen, Herr Dr. Jäger.)

An den Ständen der CDU wurde sehr stark diskutiert. Und wissen Sie, was mir sehr oft gesagt worden ist? „Ach, wissen Sie, in der Landtagswahl habe ich wie immer die PDS gewählt, aber das hier, das will ich nicht mitmachen, diesen Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, PDS: Was heißt das? Was heißt das?)

Das sind die normalen Bürger. Mit denen kann man diskutieren.

(Peter Ritter, PDS: Haben Sie den Leuten erläutert, daß das kein Ausverkauf ist?)

Also hören Sie auf, Ihre Wähler zu beschimpfen, und gehen Sie zur Sachlichkeit über!

(Peter Ritter, PDS: Haben Sie den Leuten das erläutert, daß das kein Ausverkauf ist?)

Lassen Sie mich zur Sache ...

(Peter Ritter, PDS: Das haben Sie nicht gemacht!)

Ach, natürlich habe ich das gemacht.

Wissen Sie, Sie erzählen immer so Sachen, von denen Sie keine Ahnung haben, und unterstellen Leuten,

(Peter Ritter, PDS: Ja, das haben Sie nun mindestens schon zum zweiten Mal gesagt.)

die damit zu tun haben, daß sie das nicht tun. Wo kommen Sie denn her?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Kommen Sie, Herr Jäger, Sie sind nicht der einzige, der Ahnung hat.)

Nein, das bin ich sicher nicht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der ist mit dem Düsenjäger durchs Ausland gerast. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

aber zumindest habe ich mal praktisch in dem Bereich gearbeitet. Und da werden Sie mir sicher ...

(Angelika Gramkow, PDS: Dann wüßten Sie, daß Sie mit dieser Unterschriftenaktion mehr Schlechtes tun, als Sie Gutes tun.)

Ach, erzählen Sie doch nichts! Das können Sie nicht beurteilen, das wollen Sie einfach nicht sehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, auch das können wir nicht beurteilen. – Monty Schädel, PDS: Aber Sie ja wohl.)

Meine Damen und Herren, Ihre Koalitionsvereinbarung ...

(Monty Schädel, PDS: In welche Position stellen Sie sich denn, daß Sie immer recht haben?!)

Herr Schädel, Sie sind noch dran. Nun bleiben Sie doch mal ein bißchen ruhig!

(Monty Schädel, PDS: Das war ja nur eine Frage.)

... sieht die Einrichtung dieser Härtefallkommission vor. Und da hat der Innenminister kürzlich angekündigt, er wolle auch eine solche bilden.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Und um das zu verhindern, haben wir unseren Antrag gestellt.

(Peter Ritter, PDS: Das wird Ihnen aber nicht gelingen, Herr Jäger. – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Das mag sein. Das ist ja genau das, was ich gestern auch erfahren habe: Mehrheit ist Mehrheit,

(Heinz Müller, SPD: Genau.)

und Diskussion ist für Sie Schall und Rauch.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Sie wollen doch gar nicht sachlich diskutieren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Peter Ritter, PDS – Gerd Böttger, PDS: Sie wissen doch, daß Mehrheit Mehrheit ist. – Heinz Müller, SPD: Die neue Einsamkeit der CDU.)

Der Herr Innenminister hat sicher auch den Antrag der beiden PDS-Abgeordneten, die sich hier zu Wort gemeldet haben, gelesen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

In Ihrem Antrag wird die Empfehlung ausgesprochen, daß die Kommission den Ausländerbehörden vor Abschiebungen entsprechende Hinweise und Empfehlungen geben soll. Das klingt ja gar nicht so schlecht, aber der Innenminister läßt die Katze dann doch aus dem Sack, wenn er in einem Interview verkündet, daß die Kommission im Fall drohender Abschiebung ... Und jetzt kommen wir erstmals zu dem Fakt. Alles, was Sie gesagt haben, Herr Ritter, hat mit der Frage ausreisepflichtiger Ausländer überhaupt nichts zu tun!

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Es geht in der Härtefallkommission, wie Sie sie ja auch beantragt haben, ausschließlich darum, daß im Falle drohender Abschiebung, also wenn rechtskräftig die Ausreisepflicht durch ein Gericht oder in einem gerichtlichen Verfahrenszug bis zum Bundesverwaltungsgericht festgestellt worden ist, Ermessensspielräume genutzt werden sollen, um humanitäre Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen.

(Peter Ritter, PDS: Und letztendlich entscheidet wieder die Behörde selbst.)

Klingt gut, ist nur leider falsch. Wir dürfen doch eigentlich beruhigt feststellen, Herr Innenminister, wenn Sie mir Ihr Ohr leihen würden, daß Sie wissen, daß es in diesen Fällen nahezu kein Ermessen gibt. Denn das ist eigentlich klar, wenn ein Gericht rechtskräftig entschieden hat, ist bei Gewaltenteilung die Verwaltung verpflichtet, diese Entscheidung zu beachten. Da gibt es kein Ermessen!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja, aber das versteht die PDS nicht.)

Also ist das, was Sie da sagen, gar nicht die Ermächtigungsgrundlage für Ihre Konstruktion.

(Peter Ritter, PDS: Letztlich entscheiden wird die Behörde selbst. – Reinhardt Thomas, CDU: Ach!)

Wenn das Gericht festgestellt hat, ein Ausländer ist ausreisepflichtig, ...

(Reinhardt Thomas, CDU: Die folgt doch immer der Anregung.)

Gucken Sie mal in Paragraph 51 folgende des Ausländergesetzes hinein, wenn Sie so einen Text haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Er hat ja nichts anderes gesagt.)

Ich kann es Ihnen gerne erläutern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Na, wie soll denn da Gewaltenteilung verwirklicht werden? – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Natürlich weiß das der Innenminister. Diese Regelungen zum Beispiel über die Duldung aus humanitären Gründen, wenn zum Beispiel für den Ausländer erhebliche konkrete Gefahren für Leib und Leben,

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

für seine persönliche Freiheit bestehen, sind zwingende Regelungen des Bundesrechts. Da gibt es kein Ermessen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Tja.)

Wenn die Gerichte entschieden haben, welche Empfehlung soll dann eigentlich die Kommission geben? Wenn sie jetzt empfiehlt, nicht abzuschieben, ja, dann ist die Empfehlung rechtswidrig. Wollen Sie also eine Kommission einrichten, deren Haupttätigkeitsfeld es ist, rechtswidrige Empfehlungen an die Ausländerbehörden zu geben? Stellen Sie sich das doch einmal vor: Da gibt die Kommission eine rechtswidrige Empfehlung.

(Angelika Gramkow, PDS: Der wiederholt sich. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eine Aufforderung zum Rechtsbruch.)

Teilt nun der Innenminister der zuständigen Ausländerbehörde mit, was die Kommission empfohlen hat, und sagt zugleich, das ist aber rechtswidrig. Können Sie sich das wirklich vorstellen,

(Gerd Böttger, PDS: Ja.)

einen solchen gespaltenen Innenminister? Wollen Sie das Herrn Timm antun?

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Da müssen wir ihn schon ein bißchen in Schutz nehmen.

(Gerd Böttger, PDS: Das passiert doch bei der Rechtsaufsicht überall und immer.)

Nein, bei der Rechtsaufsicht ...

(Gerd Böttger, PDS: Das wissen Sie doch.)

Sehen Sie, Sie haben es wieder nicht begriffen!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und PDS – Gerd Böttger, PDS: Natürlich! Sie haben es nicht begriffen. Das passiert doch allenthalben.)

Herr Böttger, ich stelle meine Bemühungen ein.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Böttger, mit der Gewaltenteilung, das haben Sie heute noch nicht begriffen. Das ist wie zu SED-Zeiten.)

Herr Böttger, ...

(Gerd Böttger, PDS: Hören Sie doch auf! – Barbara Borchardt, PDS: Reden Sie doch nicht so! – Reinhardt Thomas, CDU: O Gott, o Gott!)

Herr Böttger, ich glaube, meine Bemühungen, Ihnen etwas beizubringen, die waren nicht erfolglos.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Geben Sie sich mal nicht so viel Mühe!)

Nein! Genau! Er bringt's nicht. Sie haben recht.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Reden Sie mal weiter!)

Wenn das der eigene Geschäftsführer der Fraktion sagt, kann ich dem nicht widersprechen.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Erzählen Sie mal ein bißchen weiter! – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Herr Innenminister, Sie haben auch darauf hingewiesen, in Berlin hätte es eine solche Härtefallkommission

gegeben, und den Vorsitz hatte der damalige Staatssekretär in der Innenverwaltung. Das war tatsächlich ich. Aber Sie hätten sich besser informieren sollen! Es stimmt, die Zusammenarbeit war konstruktiv, aber das war deswegen so, weil diese Härtefallkommission von ihrem Auftrag her gerade den Bereich nicht hatte, den Sie jetzt wollen. Nämlich dann, wenn ein Gericht rechtskräftig entschieden hat, wären wir in Berlin nicht auf die Idee gekommen, hier an den Entscheidungen der Richter Korrekturen vorzunehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich frage mich eigentlich: Was soll das? Haben Sie kein Vertrauen zu Ihrem Justizminister?

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Haben Sie kein Vertrauen zu den Richtern, so daß eine Kommission tätig werden muß, um Gerichtsentscheidungen zu überprüfen? Das kann doch nicht sein.

Sie berufen sich so gerne auf das Beispiel der Härtefallkommission in Schleswig-Holstein. Genau das Beispiel müssen Sie sich mal genau ansehen. Das zeigt nämlich folgendes. Da werden Sie sehen, was wirklich passiert. Auf die Empfehlung dieser Härtefallkommission werden Duldungen ausgesprochen. Der an sich ausreisepflichtige Ausländer verbleibt im Inland. Später wird dann eine Altfallregelung nachgeschoben, wenn man genügend solcher Fälle geschaffen hat. Das ist die wahre Praxis über die vielen Jahre hinweg.

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Und die sollten Sie sich mal ansehen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber, Herr Innenminister, Sie können Ihren Kollegen gerne fragen, und der wird Ihnen das, so hoffe ich, bestätigen. Aber Sie sind da immer etwas voreilender gewesen. Sie haben ja schon entschieden, daß niemand ausreisen muß – auch wörtliches Zitat, das ich nachgelesen habe –, „der unter die vom Bundesinnenminister Schily geplante Bleiberechtsregelung fallen wird“. Das heißt, im voreilenden Gehorsam haben Sie schon entschieden, daß Sie die Rechtsordnung, die derzeit gilt, nicht beachten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr beachtlich.)

Ich würde mich mal wirklich dafür interessieren – Sie haben erklärt, Sie hätten Vorsorge dafür getroffen: Auf welche Rechtsgrundlage stützen Sie eigentlich solche Erlasse? Wollen Sie wirklich die Ausländerbehörde in ihrem rechtmäßigen Handeln aushebeln? Oder was ist hier eigentlich los?

(Minister Dr. Gottfried Timm: Da kann ich Sie sehr gern drüber informieren, Herr Jäger.)

Das ist prima.

(Angelika Gramkow, PDS: Belehren ist besser. –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Der Minister hat nicht zu belehren, Frau Gramkow. –  
Minister Dr. Gottfried Timm:  
Belehren, ja. Ich bin kein Jurist.)

Meine Damen und Herren, ich habe von Altfallregelungen gesprochen. Ich habe von den Ergebnissen von Härtefallkommissionen zum Beispiel in Schleswig-Holstein gesprochen. Und jetzt sage ich etwas, was Sie wieder

aufregen wird: Ein großer Teil dieser Altfallregelungen hat dazu geführt, daß die Gewalttäter – und ich meine hier tatsächlich die PKK-Extremisten – in der Bundesrepublik bleiben konnten und ihre Gewalttaten wie kürzlich ausüben dürfen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Treiben Sie mal offizielle Hetzel)

Das ist das Ergebnis früherer Altfallregelungen in SPD- und SPD/Grün-regierten Ländern. So ist es gewesen, meine Damen und Herren, und das sollten Sie auch sehen!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Es ist schon traurig, welches Bild Sie von der Wirklichkeit haben.)

Wann wird denn eigentlich deutlich, wann wird Ihnen denn deutlich, Herr Schoenenburg, daß in einem Rechtsstaat niemand, der Gewalttaten begeht, ein Bleiberecht bekommen kann? Das kann nicht sein! Diese Rechtsordnung bedarf des Schutzes. Und es ist schon bezeichnend, wenn das Mitglied der PDS-Fraktion,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Diese Rechtsordnung sollte sich mal um das kümmern, was in der Türkei vor sich geht.)

Herr Schädel, der im Augenblick noch im trauten Gespräch mit seinem Mit Antragsteller ist, der für die Einsetzung der Härtefallkommission

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Was Sie regelmäßig ausblenden.)

einen Antrag stellt, erklärt hat, daß er Verständnis für diese Gewalttäter hat.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, haben Sie eigentlich gemerkt, haben Sie wirklich gemerkt, in welcher politischen Gesellschaft Sie sich mittlerweile befinden?

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Nee, das merken die nicht.)

Also das ist schon harter Tobak. Und was sagt eigentlich unser Justizminister dazu?

(Reinhardt Thomas, CDU:  
Nichts, der ist nicht da. –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Was sagt er dazu, daß eine Kommission eingesetzt werden soll, die den Ausländerbehörden rechtswidrige Empfehlungen geben soll?

Es handelt sich, wie ich schon sagte, um rechtskräftige Entscheidungen. Deswegen, meine Damen und Herren, weil wir nicht wollen, daß dieser Rechtsstaat über Kommissionen, die niemandem verantwortlich sind, aus den Angeln gehoben wird,

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

sind wir gegen Ihre Vorstellungen. Wir wollen keine Härtefallkommission!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich als letzte Überlegung eines anfügen, was mir wirklich große Sorgen macht: Haben Sie sich eigentlich wirklich einmal Gedanken gemacht über die Wirkung auf die Mitarbeiter der Ausländerbehörden in den Kreisverwaltungen und in den Verwaltungen der kreisfreien Städte?

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Welches Zeugnis Sie ihnen hier ausstellen? Haben Sie sich da wirklich mal einen Kopf gemacht?

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Wie sollen denn diese Mitarbeiter die Aussage des Innenministers, der oberste Fachaufsicht in diesem Bereich ist, werten? „Die Härtefallkommission“, so sagt er, „sollte etwas über den persönlichen Hintergrund des Einzelfalls herausarbeiten.“ Das, Herr Innenminister, ist ein klares Mißtrauensvotum gegenüber der fachlichen Arbeit der Mitarbeiter in den Ihnen ressortmäßig unterstellten Verwaltungen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

So, Herr Innenminister, darf man Mitarbeitern in der Verwaltung nicht in den Rücken fallen, wenn man eine konsequente Rechtsanwendung in diesem Lande will. Deswegen bitte ich Sie, sich das noch einmal zu überlegen und diesen Unsinn zu lassen, diese unsinnige Vorstellung, daß anders als diejenigen, die von Amts wegen dies zu beurteilen haben, als die Gerichte in unserem Land mit unabhängigen Richtern eine Kommission Entscheidungen treffen darf, die rechtswidrig sind, und dieses dann Mitarbeitern von ihrem obersten Dienstherrn vorgegeben wird. Herr Innenminister, tun Sie sich das nicht an! Helfen Sie uns, diesen Antrag der beiden Abgeordneten der PDS-Fraktion abzulehnen, und lassen Sie dieses Unterfangen im Tisch! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Dr. Jäger.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn die Opposition nein sagt, die Härtefallkommission kommt!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Aha. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und ich füge hinzu, meine Damen und Herren von der CDU, daß ich Ihre Unterschriftensammlung unverantwortlich finde, ausländerfeindlich und spaltend.

(Beifall bei SPD und PDS – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Schlimm ist, meine Damen und Herren, daß es Bürgerinnen und Bürger gibt, die zu Ihrem Stand gehen – das liest man ja inzwischen sogar in den Zeitungen – und fragen: „Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben?“

(Lutz Brauer, CDU: Quatsch! Quatsch!)

Das halte ich für infam.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Jürgen Seidel, CDU: Quatsch, das habe ich nicht einmal gehört! – Lutz Brauer, CDU: Wenn das der Minister sagt!)

Ich freue mich allerdings darüber – das sage ich auch ganz offen –, daß ...

(Unruhe bei der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das haben Ihnen die falschen IMs mitgeteilt. – Wolfgang Riemann, CDU: So würden Sie es gerne dargestellt haben, Herr Timm. Genau so. – Monty Schädel, PDS: So steht es doch aber in der Presse! Sie beziehen sich doch ständig drauf. – Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie mal, wieviel stasibelastete Mitarbeiter Sie haben! Das steht da auch.)

Frau Präsidentin, können Sie mir das Wort zurückgeben?

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren, lassen Sie Herrn Timm jetzt seine Ausführungen hierzu machen!

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Ich freue mich allerdings darüber – das will ich auch deutlich sagen –, daß der Altbundespräsident Richard von Weizsäcker zur Frage, die eine Grundfrage des deutschen Staatsverständnisses berührt, nämlich die wir jetzt in der Bonner Koalition unter dem Gesichtspunkt der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes diskutieren, sagt, daß dies keine Frage sei, die auf ein einfaches Ja-Nein-Schema zu reduzieren ist.

(Martin Brick, CDU: Wer macht denn das?)

Lothar Späth sagt zum Beispiel – auch der ist, soweit ich weiß, immer noch CDU-Mitglied –, daß mit dieser Unterschriftensammlung die Gefahr einer dumpfen Diskussion heraufbeschworen wird, die Trittbrettfahrer von rechts ermutigt. „Das muß eine Volkspartei verhindern“, so Lothar Späth im „Spiegel“. Finde ich sehr gut.

(Heinz Müller, SPD: Kluge Leute.)

Zu mir kam ein Mitglied Ihrer Partei, der sagte zu mir: „Herr Minister, wir sind für die harte Linie, aber meinen Achmed, den lassen Sie mir doch.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und da frage ich mich, was eigentlich in Ihrer Partei, die ein C im Namen hat, durch diese Unterschriftensammlung angerichtet wird. Ich habe den Eindruck, daß viele Mitglieder aus Ihrer Partei und viele andere Leute durch Sie in einen inneren Gewissenskonflikt geraten.

(Lutz Brauer, CDU: Oje! – Jürgen Seidel, CDU: Ja, ja.)

Jedenfalls entnehme ich das diesen Gesprächen. Ich kann nur davor warnen, auf diese Tour weiterzumachen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und was hat das nun mit der Kommission zu tun?)

weil in einer ganz wichtigen und zum Teil – da gebe ich vielen recht, die das auch so sehen – komplizierten Fragestellung

(Martin Brick, CDU: Herr Minister, zum Thema!)

dieses nicht auf ein einfaches Ja-Nein-Schema zu reduzieren ist. Und deswegen bleiben wir dabei, daß das Staatsangehörigkeitsrecht modernisiert, europäisiert werden muß. Das allerdings ist nicht das heutige Thema.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja eben. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das merken Sie aber sehr früh.)

Deswegen will ich deutlich sagen,

(Jürgen Seidel, CDU: Wollen Sie dabei bleiben?)

daß es unter dieser Stimmung,

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Nutzen Sie Ihr Rederecht! –  
Zuruf von Martin Brick, CDU)

die durch Ihre Unterschriftensammlung entstanden ist, um so notwendiger ist, eine Härtefallkommission einzurichten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist  
doch wohl Unsinn, ist doch das.)

Was will die Härtefallkommission in Mecklenburg-Vorpommern erreichen? Wir wissen, daß es notwendig ist, auf der Ausreisepflicht von Ausländern zu bestehen. Aber diese Ausreisepflicht kann nach rechtsstaatlichen Kriterien ausgesetzt werden, und zwar dann, wenn die zu vollziehende Ausreise in Notlagen führt. Das sind Härtefälle.

(Lutz Brauer, CDU: Und wer beurteilt das?)

Wir wollen dort, wo aus gesundheitlichen, sozialen oder karitativen Aspekten heraus eine Hilfestellung erforderlich ist, diese Hilfestellung mit der Härtefallkommission geben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Härtefallkommission ist keine Gnadeninstanz, sie ist kein neues oder drittes Entscheidungsgremium, sie soll auch nicht die Gewaltenteilung vermischen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, doch.)

sie handelt nicht jenseits der Gesetze oder gegen die Gesetze, sondern sie füllt einen – zugegebenermaßen – kleinen Spielraum aus, den das Ausländerrecht aber ausdrücklich einräumt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Für die  
Behörden, Herr Innenminister!)

Andere Bundesländer haben uns dieses vorgemacht.

Herr Dr. Jäger, und jetzt komme ich zu Berlin 1992. Sie haben – und das habe ich in den Protokollen, die ja dazu angefertigt worden sind, als sehr hilfreich empfunden – dort Ausführungen gemacht, die wir übernommen haben in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Prima. Gerne.)

Und ich glaube, oder – das ist keine Glaubensfrage – ich bin mir sicher, daß Sie selbst und damals auch die Arbeit in Berlin die Gesetze nicht verletzt haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Sie haben mich nicht verstanden.)

sondern das Ausländerrecht ausgeschöpft haben. Darum geht es!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Diese Kommission  
hatte nicht die Rechte, die Sie haben wollen.)

Sie haben – und ich würde das nicht sagen, wenn es nicht stimmte, ich habe die Protokolle gelesen – sogar behauptet, daß in Einzelfällen die Härtefallkommission – ich spreche von der Berliner 1992 –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

auch nach gerichtlichen Entscheidungen einbezogen werden soll. Eben haben Sie gesagt, daß Sie das nicht gesagt hätten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich halte das für gefährlich, nach Gerichts- und Behördenentscheidungen den Eindruck zu erwecken, als könne man noch etwas tun.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Martin Brick, CDU: Aber vor der Rechtskraft. –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vorher soll die Kommission tätig werden und nicht nachher. Deswegen sage ich ganz deutlich, so weit, wie Sie in Berlin gegangen sind, daß nach Gerichtsentscheidungen ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Sie haben es nicht verstanden.)

Ich habe es nachgelesen, Herr Dr. Jäger, wir können gerne eine Wette abschließen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Mit Ihnen wette ich nicht.)

So weit, wie Sie in Berlin gegangen sind,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Haben Sie  
schon mal was von Rechtskraft gehört?)

werden wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht gehen.

(Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger  
meldet sich für eine Anfrage.)

**Vizepräsidentin Renate Holznapel:** Herr Innenminister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Zum Schluß meiner Ausführungen sehr gern.

(Der Abgeordnete Jürgen Seidel  
meldet sich für eine Anfrage.)

Wir wollen das im Rahmen des vom Ausländerrecht zur Verfügung gestellten Spielraums tun und nicht darüber hinaus.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das tun schon  
die Gerichte und die Ausländerbehörden.)

Sie haben mich vorhin in Ihrem Beitrag gefragt, auf welcher Rechtsgrundlage denn die Bleiberechtsregelung basiert, die ich in einem Interview für Mecklenburg-Vorpommern angekündigt haben soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich weiß nicht ganz genau, was Sie meinen. Wahrscheinlich meinen Sie die Stelle, wo ich gesagt habe, daß wir dort keine Abschiebungen vornehmen, wo nach einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts einzubürgern- de Ausländer unter diese neue Rechtslage fallen. Das basiert auf Paragraph 55 Ausländergesetz.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Falls Sie die Altfallregelung meinen sollten, da sage ich Ihnen, die Altfallregelung ist eine Regelung, die im Einvernehmen des Bundes und der Länder geregelt werden soll. Dies allerdings ist im Moment in der Innenministerkonferenz immer noch in der Diskussion. Ich hoffe sehr, daß wir zu einer neuen Altfallregelung kommen. Im Sommer tagt die Konferenz erneut, und ich nehme an, daß wir dann auch ein Ergebnis erzielen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich werde jetzt nicht auf die Zahlen eingehen, die Sie in Ihrem Antrag vorgelegt haben. Die amtlichen Zahlen über Asylbewerber, die abgeschoben werden oder einen Abschiebungsschutz genießen, sind höher und sind andere. Diese liegen in Mecklenburg-Vorpommern bei bis zu 17 Prozent. Und auch im Bundesgebiet liegen sie höher.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Das kann man alles nachlesen, Herr Dr. Jäger.

Aber auf eines will ich doch eingehen: Sie behaupten in Ihrer Begründung, daß derjenige, der kein Asylrecht zuerkannt bekomme, nicht politisch verfolgt wird. Das ist falsch!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Aha.)

Der ganze Begründungszusammenhang in Ihrer Begründung des Antrages ist deshalb falsch,

(Reinhardt Thomas, CDU: Er hat ein neues Ausländerrecht hier. Grundgesetzänderung ist jetzt dran.)

denn nach Paragraph 51 des Ausländergesetzes gibt es auch das „Kleine Asylverfahren“. Und das ermöglicht einen Weg, der selbstverständlich von allen, die die Gesetze des Bundes und der Länder beachten, auch eingehalten wird – auch von mir. Deswegen sage ich Ihnen, Ihre Begründung ist viel zu kurz und deswegen auch nicht richtig!

Welchen Stand haben wir derzeit bei der Vorbereitung für die Errichtung einer Härtefallkommission in Mecklenburg-Vorpommern? Ich habe Beratungen mit Vertretern der Flüchtlingsorganisationen, mit Vertretern aller Kirchen im Land, mit Vertretern der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände, mit Ausländerbeauftragten durchgeführt und von allen Seiten – anders, als Sie es vielleicht vermuten, Herr Dr. Jäger –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das kann sein.)

für die ehrenamtliche Mitarbeit in einer Härtefallkommission des Landes Zustimmung erhalten.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Die Härtefallkommission hat den Auftrag und keinen anderen, als mehr Einzelfallgerechtigkeit in den anstehenden Fragen in Mecklenburg-Vorpommern herzustellen. Sie bekommt kein darüber hinausgehendes politisches Mandat. Das ist auch gar nicht gewollt. Von keinem, mit dem ich gesprochen habe, ist das gewollt. Es ist eine Kommission, die Einzelfallgerechtigkeit herstellen soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha.)

Die Zahlen in unserem Nachbarland Schleswig-Holstein, die sicherlich nicht vergleichbar sind mit der Startphase, die wir demnächst haben werden – ich will sie trotzdem nennen –, sind folgende: In Schleswig-Holstein lagen im Jahr 1998 250 Anträge bei der dortigen Härtefallkommission vor. Davon wurden die Hälfte, also 50 Prozent, abgelehnt. 30 Prozent wurden teilweise abgelehnt, teilweise umgeändert, teilweise angenommen. Da wurden also Einzelfälle aufgearbeitet. 20 Prozent der 250, das sind also 50 Einzelfälle, wurden mit einer Empfehlung im positiven Sinne versehen und den Ausländerbehörden überreicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und was kommt dabei raus? – Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

Die Landräte und Oberbürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern – und das ist vergleichbar mit den Landräten und Oberbürgermeistern in Schleswig-Holstein – sind in der Anfangsphase dieser Arbeit skeptisch. Ich habe mit den Landräten und Oberbürgermeistern über dieses Vorhaben gesprochen,

(Reinhardt Thomas, CDU: Die bezahlen das ja auch Monat für Monat.)

aber es zeigt sich in allen Bundesländern, daß im Zuge der Arbeit ein sehr konstruktives Klima entsteht, daß das gute Miteinander zwischen der Härtefallkommission, ihren Empfehlungen und den Ausländerbehörden dazu führt, daß die Arbeit der Kommission Anerkennung und Achtung bei den Behörden gewinnt und den Behörden die Entscheidung erleichtert.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

Das ist unser Ziel, und ich gebe Ihnen die Garantie,

(Harry Glawe, CDU: Welche Entscheidungen sind denn nun getroffen worden?)

daß es auch in Mecklenburg-Vorpommern nach der Einführung der Kommission und dem Beginn der Arbeit der Fall sein wird. Ich meine, daß die Kommission in Mecklenburg-Vorpommern den inneren Frieden des Landes stärkt. Und wenn ich mir die junge Geschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern ansehe, dann halte ich dies für sehr notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Selbstverständlich – ich will es noch mal betonen – ist die Härtefallkommission an das geltende Ausländerrecht gebunden. In diesem Bereich entscheiden Ausländerbehörden – das sind hier kommunale Behörden, und ich habe die Fachaufsicht, das haben Sie richtig gesagt –, und es entscheidet das Bundesamt zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge.

Ich will mal kurz in einem vereinfachten Schema darstellen, wo die unterschiedlichen Kompetenzen in diesem Bereich liegen: Alles, was den Zielstaat bei Abschiebungen berührt, ist der Zuständigkeit der Ausländerbehörde entzogen. Hier entscheidet das Bundesamt. Alles, was den Aufenthalt des Ausländers im Inland betrifft, hat die Ausländerbehörde zu entscheiden. Hier entscheiden wir in Mecklenburg-Vorpommern selbst.

Ich will Ihnen das an Beispielen erläutern, dann wird es vielleicht plastischer.

Beispiel 1: Der Asylantrag eines Kurden wurde abgelehnt. Die Abschiebung steht bevor. Der Kurde macht geltend, sein Asylantrag sei zu Unrecht abgelehnt worden. Die Verhältnisse seien nicht so, wie vom Bundesamt oder vom Gericht unterstellt.

Beispiel 2: Ein Algerier macht im Rahmen des Asylverfahrens ohne Erfolg geltend, er sei vom Militär mit dem Tode bedroht worden.

Das Ergebnis in diesen Modellfällen wäre, die Ausländerbehörde ist an die Entscheidung des Bundesamtes gebunden, an die des Gerichtes – Herr Dr. Jäger, ich sage es ausdrücklich noch einmal – sowieso. Hier hilft ein Vortrag vor der Härtefallkommission nichts. Hier kann nicht geholfen werden.

Beispiel 3: Der Asylantrag eines Armeniers wird abgelehnt. Der Armenier leidet allerdings an einer schweren Krankheit, die seine Reisefähigkeit beeinträchtigt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das Ergebnis wäre hier, daß geholfen werden kann. Die mangelnde Reisefähigkeit besteht im Inland, seine Abschiebung wäre aus tatsächlichen Gründen unmöglich. Es könnte bis zum Eintritt der Reisefähigkeit eine Duldung erteilt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Geholfen werden kann, wenn ein Schulabschluß kurz bevorsteht, wenn die Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen ist, bei gesundheitlichen Fragestellungen, bei sozialen und familiären Problemen. Da kann im Inland durch die Ausländerbehörde geholfen werden. Die Härtefallkommission soll – und nichts anderes tut sie auch – hierzu die Ablehnungsentscheidung der Ausländerbehörde erweitern. Das ist ihre Aufgabe.

Und nun komme ich zum weiteren Verfahren. Ich sage noch einmal: Auch wenn die CDU ihre Attacken und ihre aus meiner Sicht ausländerfeindlichen und unverantwortlichen Unterschriftensammlungen fortführt,

(Harry Glawe, CDU: Das ist unerhört!  
Das ist unerhört, was Sie sagen.)

die Härtefallkommission wird eingerichtet. Wir arbeiten an einer Kabinettsvorlage.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die Härtefallkommission soll als unabhängiges Gremium eingerichtet werden. Sie bekommt eine eigene Satzung, eine eigene Geschäftsstelle, die – und das will ich deutlich sagen – die Aufgabe hat, die Beratungen in diesem Gremium vor- und nachzubereiten und im wesentlichen auf die rechtlichen Aspekte bei der Arbeit dieses Gremiums hinzuweisen. Ich gehe davon aus, daß wir in den nächsten Wochen die Arbeit in der Härtefallkommission beginnen werden.

Ich komme zum Schluß.

Ich meine, daß unser Land allen Grund hat, eine humane, an sozialen, gesundheitlichen und karitativen Werten orientierte Ausländerpolitik dort, wo es möglich ist, zu unterstützen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, daß die Kirchen, daß die Wohlfahrtsverbände und andere zur ehrenamtlichen Mitarbeit in dieser Kommission bereit sind. Ich bin fest davon überzeugt, daß diese Arbeit den inneren Frieden in Mecklenburg-Vorpommern stärkt. Integration – von der wir ja alle reden, und inzwischen ist dieses Wort ja schon unglaublich verflacht – kann gelingen, und ich hoffe, daß sie zunehmend auch mehr gelingt, wenn die Partei mit dem C in ihrem Namen dazu Beiträge leistet,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wenn einige Voraussetzungen erfüllt werden.

Voraussetzung Nummer 1 ist, wir brauchen eine strikte Zuzugsbegrenzung für den Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine wesentliche Voraussetzung.

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Das sagen Sie mal Herrn Ritter!)

Voraussetzung Nummer 2 heißt,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:  
Das sagen Sie mal dem Düsenjägerflieger.)

die Gesetze des Bundes und der Länder müssen eingehalten werden, und zwar von allen.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Das sieht die PDS aber ganz anders.)

Voraussetzung Nummer 3 lautet – auch das sage ich ganz klar, damit keine Mißverständnisse entstehen –, die Gerichtsentscheidungen müssen beachtet werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Das ist ja was ganz Neues.)

Ich bitte darum, meine Damen und Herren, daß Sie den Antrag der Abgeordneten Ritter und Schädel in noch zu ändernder Form annehmen

(Reinhardt Thomas, CDU: Ich frage mich,  
wie Sie diesen Eiertanz durchkriegen wollen.)

und den Antrag der CDU ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Innenminister.

Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger? (Zustimmung)

Bitte, Herr Dr. Jäger.

**Dr. Armin Jäger, CDU:** Herr Innenminister, ich bedanke mich zunächst mal, daß Sie erst am Ende antworten wollen, denn da hat sich noch etwas bei mir ergeben, was mich richtig umtreibt, was Sie da gesagt haben.

Sie haben darauf hingewiesen, daß eine Kommission auch – und Sie haben aus Protokollen zitiert, daß ich das gesagt hätte – bei gerichtlichen Verfahren tätig werden kann. Ich gliedere meine Frage in zwei Teile:

Erstens. Ist Ihnen der Unterschied zwischen laufenden und rechtskräftig abgeschlossenen gerichtlichen Verfahren bekannt?

(Siegfried Friese, SPD:  
Bitte keine Seminare hier!)

Herr Vorsitzender des Innenausschusses, das ist wichtig. Sie werden nämlich darüber noch beraten müssen, ob unser Innenminister den Unterschied eigentlich verinnerlicht hat.

(Siegfried Friese, SPD: Das werden  
wir dann klären, aber nicht hier.)

Zweitens. Sind Sie ernsthaft als Innenminister der Auffassung, daß eine Kommission besser geeignet ist, die Reisefähigkeit eines Ausländers zu beurteilen, als die dafür fachlich zuständigen Behörden, wie Sie hier vorgebracht haben, wie das Gesundheitsamt, der Amtsarzt?

(Peter Ritter, PDS:  
Reisefähigkeit, Reisefähigkeit!)

Denn Sie haben gesagt, Herr Innenminister – nur damit Sie meine Frage verstehen –, daß die Kommission in diesem Fall hier, den haben Sie als Beispielfall gebildet, sehr hilfreiche Arbeit leisten werde. Da frage ich Sie: Was meinen Sie eigentlich? Sind die Mitarbeiter denn dumm nach Ihrer Auffassung? Ist die ganze Gesundheitsverwaltung dazu nicht in der Lage?

(Reinhard Dankert, SPD: Er soll eine Frage stellen! – Volker Schlotmann, SPD: Das ist doch keine Frage, das ist eine Rede hier. Was soll denn das?)

Können das nur Kommissionen? Dann müssen Sie den ganzen Staat umfunktionieren.

Das waren die beiden Fragen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wo war da eine Frage? – Volker Schlotmann, SPD: Ja, das frage ich mich auch.)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Herr Dr. Jäger, daß die Mitarbeiter doof sind, haben Sie gesagt, und nicht ich.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Ich vermute, daß Sie das glauben.

(Volker Schlotmann, SPD: Jetzt reicht's aber langsam.)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Zur Antwort auf Ihre erste Frage: Ich weiß sehr wohl, was ich hier gesagt habe im Hinblick auf die Protokolle, die mir aus Ihrer Tätigkeit in Berlin vorliegen. Sie haben gesagt, daß nach abgeschlossenen Gerichtsverfahren die Kommission mit Härtefällen befaßt werden soll. Ich halte es für falsch.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Sie zitieren falsch.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Und wenn Sie nicht glauben, was ich Ihnen jetzt hier wiedergebe, dann bin ich bereit, Ihnen das vorzulegen, ...

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Haben Sie meine Frage nicht verstanden?

**Minister Dr. Gottfried Timm:** ... auch im Innenausschuß, wenn es denn sein soll.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Herr Innenminister, sind Sie so nett und beantworten meine Frage.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Ob die Urteilsfähigkeit des Gremiums, Herr Dr. Jäger, das wir noch einrichten wollen, höher liegt als die Urteilsfähigkeit einzelner Mitarbeiter in den Ausländerbehörden, das war ja Ihre Frage, ...

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Sie haben die Reisefähigkeit gemeint.

(Volker Schlotmann, SPD: Wir werden uns mal im Ältestenrat über das Benehmen von Herrn Jäger unterhalten müssen.)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Ja, und die Reisefähigkeit von abzuschubenden Ausländern ist ja ein Beispiel ...

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Ja, das war Ihr Beispiel.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** ... dafür, daß es viele andere Punkte gibt, über die man Urteile zu fällen hat.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Ja, die Frage habe ich gestellt.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Das ist eine humane Entscheidung, die hier getroffen werden soll. Ich gehe davon aus, daß nach einiger Zeit – ich will hier keine Prognose abgeben, aber nach einiger Zeit – die Empfehlungen der Härtefallkommission zu sehr viel erleichternden Entscheidungen in den Ausländerbehörden führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das zeigen hier alle anderen Bundesländer, auch Berlin, die das machen. Und demzufolge schätze ich sie hoch ein, sonst hätte ich sie auch nicht angeschoben.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Es hilft nichts.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Seidel, Herr Innenminister?

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Ja.

**Jürgen Seidel,** CDU: Herr Minister Timm, ich will da doch noch mal anschließen, weil ich zugestehen muß, daß mir die Logik Ihres Vortrages nicht ganz klargeworden ist. Sie haben, wenn ich das richtig verstanden habe, sinngemäß formuliert, Sie wollen bei notwendigen Entscheidungen aus humanitären Gründen entsprechend dem Ausländerrecht Ermessensspielräume nutzen. Und dann habe ich noch gehört, die Kommission soll die Einzelfallgerechtigkeit herstellen – so ungefähr –, und Sie haben auch den Krankheitsfall, den mein Vorredner eben schon erwähnt hatte, hier besonders ausgeführt. Nun frage ich Sie: Sind das Punkte, die Ihrer Meinung nach in den zuständigen Behörden oder in den Gerichten nicht in ausreichendem Maße gewürdigt werden können?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das genau ist das Problem.)

Und ich will auch fragen: Trauen Sie das den Behörden und den Gerichten nicht zu, daß sie hier in verantwortungsbewußter Weise entscheiden?

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Ob die Kommission die Einzelfallgerechtigkeit herstellt, sei mal dahingestellt. Ich gehe so weit und sage, sie soll die Einzelfallgerechtigkeit verbessern. Aber das ist vielleicht fast schon eine philosophische Frage. Von den Behörden selbst, das heißt von den Ausländerbeauftragten der Kommunen, bin ich ja ausdrücklich gebeten worden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind nicht die Ausländerbehörden, das haben Sie immer noch nicht gelernt.)

diese Kommission einzurichten. Demzufolge setze ich voraus, daß dort, wo ...

**Jürgen Seidel,** CDU: Also, ich meine natürlich die zuständige Behörde für die Entscheidung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Zuständige Behörde ist die Ausländerbehörde.)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** ... die Sach- und Fachentscheidungen getroffen werden, die Arbeit der Kommission auf offene Ohren stößt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das wird so sein, auf jeden Fall.)

Ich sage Ihnen auch, daß die Landräte und Oberbürgermeister hier eine höhere Skepsis hatten. Wir sprechen uns in einiger Zeit wieder, wenn diese Arbeit sich einschleifen hat, und dann beantwortet sich Ihre Frage von selbst.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Da haben Sie aber was zusammengestottert, Herr Timm.)

**Jürgen Seidel,** CDU: Dann darf ich noch mal nachfragen. Nein, nein, Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Sie können sie mit ja oder nein beantworten.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, ...

**Jürgen Seidel**, CDU: Die Frage war: Trauen Sie diese Dinge, die Sie jetzt hier erwähnt haben, also Einzelfallgerechtigkeit beachten, wenn schon nicht herstellen – ich weiß selbst, das ist sehr schwer, aber das wenigstens hinreichend, wie man das rechtlich formuliert, beachten –, oder Ermessensspielräume nutzen, trauen Sie das den zuständigen Ausländerbehörden und den Gerichten nicht zu?

(Monty Schädel, PDS:  
Auch die können mal Fehler machen.)

**Minister Dr. Gottfried Timm**: Herr Seidel, ich traue der Kommission, in der acht Mitglieder und acht stellvertretende Mitglieder tätig werden, zu, daß sie einen ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Er beantwortet die Frage nicht. –  
Harry Glawe, CDU: Würden Sie  
nicht lieber die Frage beantworten?)

**Jürgen Seidel**, CDU: Das war nicht die Frage, Herr Timm.

**Minister Dr. Gottfried Timm**: ... ausgewogeneren Beitrag über eine konkrete Einzelfallentscheidung liefert als eine einzelne Behörde.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Das traue ich der Kommission zu. Und wie gesagt, die Arbeit dieser Kommission, die können wir dann nach Ablauf einer bestimmten Frist gemeinsam bewerten. Dazu bin ich gerne bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Jürgen Seidel**, CDU: Also die Frage ist immer noch nicht beantwortet.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel**: Danke, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schädel von der Fraktion der PDS.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Peter Ritter, PDS: Herr Schädel spricht. –  
Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja,  
wir gehen gleich, wir gehen gleich.)

**Monty Schädel**, PDS: Ja, vielleicht bleiben Sie noch einen Moment da, dann kann ich die Frage, die gerade an den Innenminister gestellt worden ist,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:  
Er beantwortet die jetzt.)

möglicherweise ein bißchen deutlicher beantworten.

(Reinhardt Thomas, CDU:  
Ist das etwa der neue Innenminister?)

Ich denke, auch in den Ämtern, in den Gerichten, sitzen Menschen, auch diese machen Fehler. Wer von Ihnen kann für sich in Anspruch nehmen, daß er unfehlbar ist?

(Reinhard Dankert, SPD: Ihr müßt jetzt  
gehen. – Reinhardt Thomas, CDU:  
Nee, das gefällt mir richtig.)

Um das zu verdeutlichen, ein Beispiel aus der Presse dieser Woche: Aufgrund der Besonderheit des Falles hat die Ludwigshafener Kreisverwaltung im Einvernehmen mit dem rheinland-pfälzischen Innenministerium beschlossen, die Abschiebewirkung zu befristen. Es geht hierbei

um einen Kurden, der abgeschoben worden ist, nachdem das Neustädter Verwaltungsgericht gesagt hat, er kann abgeschoben werden, gegen ihn wird in der Türkei nicht ermittelt. Er ist in Izmir sofort auf dem Flughafen verhaftet worden, ist in Polizeigewahrsam genommen worden und nachweislich gefoltert worden.

(Lutz Brauer, CDU: Oh!)

Jetzt sagen die deutschen Verwaltungen, er darf wieder zurück. Und da sage ich, das hätte vielleicht vermieden werden können,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

wenn wir uns vorher ausführlicher damit beschäftigt hätten, wenn wir auch mehr Leute damit betraut hätten nachzuforschen, was in der Türkei oder in anderen Staaten passiert ist. Es geht ja nicht nur um Kurden und um die Türkei, es geht ja auch um andere Länder, in denen – das hat der Kollege Ritter schon ausgeführt –

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

gefoltert wird und Verfolgungen stattfinden.

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Vor kurzem verabschiedete das Europäische Parlament eine Bilanz zur Asylpolitik in Europa. In der mit großer Mehrheit gefaßten Entschließung kommt sehr viel Kritik zum Ausdruck. Ich will sie hier nicht im einzelnen wiedergeben, zumal sich vieles mit dem deckt, was die PDS-Fraktion vorhin durch den Abgeordneten Peter Ritter schon deutlich machte und in den letzten Jahren auch wiederholt vorgetragen hat.

Es scheint mir aber wichtig, im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag wenigstens zwei Aussagen wiederzugeben. Die erste ist die grundsätzliche und klar formulierte Feststellung, daß ein Asylbegehren „die Wahrnehmung eines Grundrechts“ bedeutet, die zweite ist die Forderung, den Status von AsylbewerberInnen durch Schutzmaßnahmen zu verbessern.

Leider muß festgestellt werden, daß die erhoffte große Kehrtwende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik nach dem Regierungswechsel in Bonn bisher ausgeblieben ist. Bedauerlich, daß das Erbe der Vorgängerregierung noch immer weitgehend unverändert wirkt, etwa in der Hinsicht, daß Flüchtlinge weiterhin als kostspielige humanitäre Rudimente oder Risiken betrachtet werden oder daß es ihnen verwehrt bleibt, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Viele Ausgaben werden hinterfragt und in Frage gestellt, aber niemand gibt Auskunft, wie teuer die Abschottungspolitik an der deutschen Ostgrenze,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

auch die unseres Bundeslandes zu Polen, und der Betrieb von Abschiebeeinrichtungen sind,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Reinhardt Thomas, CDU: Herr Innenminister,  
bitte notieren: Das muß abgeschafft werden.)

ganz zu schweigen davon, was es kostet, ...

Sie können auch nachher noch reden.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

... Qualifikationen und schöpferische Fähigkeiten vieler

Menschen per Gesetz brachliegen zu lassen. Hier tut sich ein weites und spannendes Feld auf, nicht nur für Asylsuchende. Auf ihm wird sich zeigen, ob sich eine neue Form eines demokratischen Miteinanders herausbilden kann. Es ist eben keine Erfolgsmeldung, wenn vermeldet wird, daß 1998 zum ersten Mal seit zehn Jahren weniger als 100.000 AsylbewerberInnen nach Deutschland gelangt sind, wo doch jeder weiß oder wissen sollte, daß die Fluchtursachen und Fluchtländer zunehmen. In Mecklenburg-Vorpommern leben noch etwa 5.700 Asylsuchende. Es ist erst recht kein Erfolg, wenn die bundesweite Anerkennungsquote der im vergangenen Jahr abgeschlossenen Asylanträge auf vier Prozent – das sind etwa 6.000 Menschen – gesunken ist. 1997 betrug sie noch rund sechs Prozent.

Wenn Pro Asyl ein tiefgreifendes Umdenken über einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen für erforderlich hält, dann auch in bezug auf die wenigen Leute, die über Wohl und Wehe von ins Land gekommenen Frauen, Kindern und Männern entscheiden. Den wenigen wollen wir Unterstützung geben. Das sind die Einzelentscheider in den Außenstellen des Bundesamtes für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, wie in Horst. Sie lehnen circa 95 Prozent der Asylanträge ab. Sie treffen ihr Urteil gottähnlich und allein. Eine Verhandlung findet nicht statt, der Einzelentscheider ist beides in einer Person: Staatsanwalt, der unberechtigte Asylansprüche abzuwehren hat, und Richter, der Pro und Kontra abwägt und zu einem gerechten Urteil kommen soll.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das alles will der Herr Dr. Jäger und die CDU.)

Ein Verteidiger, der seinem Mandanten hilft, seine Verfolgungsgeschichte überzeugend vorzutragen, ein Rechtsbeistand für den Asylantragsteller oder die -antragstellerin ist während der Anhörung nicht vorgesehen. Und so sind die Ergebnisse des vorgeschriebenen Verfahrens wie dargestellt.

Der Einzelentscheider ist ja, wie es im Asylverfahrensgesetz heißt, nicht an Weisungen seiner Vorgesetzten gebunden, sondern handelt nach bestem Wissen und Gewissen und natürlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und höchstrichterlichen Rechtsprechung. Kontrolliert und Einfluß genommen wird entgegen den Beteuerungen und dem gesetzlichen Verbot allerdings durchaus, und zwar von der Behörde selbst, nicht nur um die Qualität der Entscheidung zu sichern, sondern auch um die Entscheidungsrichtung der unabhängigen Einzelentscheider zu beeinflussen. Auf Belege dazu will und kann ich in diesem Rahmen nicht eingehen.

Deshalb und aufgrund der Tatsache, daß zuständige Richter bis zu 50mal am Tag ihre Unterschriften unter Beschlüsse auf Abschiebehaft setzen, ist nicht zu erwarten, daß die Sachverhalte für eine Abschiebung in jedem Fall ausreichend geprüft werden können. Hinzu kommt, daß die für die Abschiebehaft zuständigen Amtsgerichte mit der Asylgesetzgebung selbst nicht ausreichend vertraut sind,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn das Asylverfahren liegt in der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte.

Hier ging es um die Abschiebehaft.

Nehmen wir einige wenige Fälle aus unserem Bundesland auch mit Blick auf eine erste Antwort von mir auf den CDU-Antrag:

(Harry Glawe, CDU: Wo ist denn der Justizminister? Der muß jetzt mal geholt werden.)

Dem Nigerianer Akabuo, einem der Aktivisten der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen,

(Harry Glawe, CDU:  
Wo ist der Justizminister hin?)

die letzten Sommer auch durch unsere Landeshauptstadt zog,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Justizminister ist ohnehin nicht vorhanden, egal, ob er hier im Raum ist, oder nicht.)

drohte die Ausweisung, wohlgermerkt nach Nigeria, wo er politisch verfolgt wird und um sein Leben bangen muß. Er kam in Schwerin in Abschiebehaft. Die für Mitte Oktober geplante Abschiebung konnten der Internationale Menschenrechtsverein in Bremen und das Rostocker Antirassistische Dokumentationszentrum mit Hilfe von Anwälten in letzter Minute verhindern.

Ein zweiter Fall: Auf Initiative eines evangelischen Theologen – das Beispiel brachte der Innenminister vorhin auch schon, ich möchte es jetzt ein bißchen weiter ausführen, um es Ihnen deutlicher zu machen – konnte die für den 09.08.1996 vorgesehene Abschiebung eines armenischen Asylbewerbers,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

eines Rollstuhlfahrers, um es genauer zu machen, als der Innenminister das sagte, aus dem Krankenhaus Bützow verhindert werden. Die Ausweisung wurde per richterlichen Bescheid ausgesetzt. Nur dadurch war es möglich, daß der Mann die dringend benötigte medizinische Versorgung erhielt. Mit Hilfe einer Spendenaktion kam genug Geld zusammen, um zwei Operationen in der Rostocker Universitätsklinik zu ermöglichen. Es war wieder von außerhalb Hilfe nötig, damit das Gericht auch so entscheiden konnte. Auch das ist Ziel der Härtefallkommission. Sie soll den Entscheidern Hilfe von Rechts wegen leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Wenn allerdings, um zu dem Beispiel zurückzukommen, sein Gesundheitszustand nicht mehr als lebensbedrohlich eingestuft wird, hat er bisher wenig Chancen, einer Abschiebung zu entgehen. Nach seinen eigenen Angaben muß er in seinem Herkunftsland um sein Leben fürchten, als politisch Verfolgter sowieso – deshalb hat er hier den Antrag gestellt –, als Behinderter ist er im Krisengebiet, wie Sie sicherlich nachvollziehen können, natürlich noch weiteren Gefahren ausgesetzt.

Anfang Dezember machte ein weiterer Fall Schlagzeilen. Die Fünfte Kammer des Greifswalder Verwaltungsgerichts beschied einem Ehepaar aus Bosnien-Herzegowina – er 87jährig, sie 75jährig –, sie hätten keinen Anspruch auf Asyl und müßten ausreisen. Die Frau war ein Kind deutscher Eltern und war nach dem Zweiten Weltkrieg als Deutsche Repressalien ausgesetzt. Er ist Moslem und erlebte bereits viele Anfeindungen. 1991, nach der Besetzung ihrer Heimat durch die Serben, wurde das Haus des Ehepaares zerstört und die Familie vertrieben. Nach der Flucht erhielten sie ein zeitweiliges Bleiberecht in der Bundesrepublik. Nach einem im März 1998 gefaßten Beschluß der Innenminister aber besteht für bosnische Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland weder die Gefahr der

politischen Verfolgung noch eine Gefahr für Leib und Leben – eine, wie ich meine, sehr zynische Begründung, wenn man bedenkt, daß ihre Heimat jetzt zu Serbien gehört.

Eine Neuansiedlung in den bosnischen Gebieten wäre zwar möglich, ist aber wohl – ich hoffe, auch für die CDU-Fraktion nachvollziehbar – bei den doch recht betagten Menschen nicht mehr verkraftbar, zumal sie dort in einem Flüchtlingslager leben müßten. Diese sind überfüllt und selbst mit lebensnotwendigen medizinischen Mitteln absolut unterversorgt. Die letztliche Entscheidung muß auch in diesem Fall die Ausländerbehörde des Landkreises Ostvorpommern treffen. Allerdings, die Härtefallkommission kann dort unterstützend wirken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja.)

Alle drei Beispiele wären Aufgaben für eine Härtefallkommission des Landes, wenn sich die Betroffenen oder von ihnen Bevollmächtigte an sie gewendet hätten, denn es geht hier um Menschen, ja um Menschenleben, und nicht um irgendwelche Zahlen in den Statistiken.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Verwaltungsvorgänge.)

Diese Kommission soll ein behördenunabhängiges Beratungsgremium sein – das hat der Innenminister vorhin auch schon alles mit ausgeführt –, das in den jeweiligen ganz konkreten Einzelfällen überprüfen soll, ob Menschen, die von Ausweisungen oder Abschiebungen bedroht sind, bei Vorliegen einer Härte geholfen werden kann. Diese Härte kann neben politischen Gründen natürlich auch soziale Gründe haben. Das können sein: Abschließen einer Ausbildung, Qualifizierungslehrgang, eine medizinische Heilbehandlung, wenn die Familie auseinandergerissen werden soll und wenn gerade auch die Bedingungen in der Abschiebehafte Suizidgefahr für den Antragsteller bedeuten oder wenn Paare, deren Hochzeit bislang an fehlenden Papieren aus dem Herkunftsland gescheitert ist, eine Trennung durch eine Ausreise verhindern wollen oder wenn ein hier aufgewachsener ausländischer Straftäter mit einer guten Sozialprognose ein Bleiberecht beantragt.

Anträge sind an die Geschäftsstelle der Kommission zu richten, die beim Innenministerium angesiedelt sein kann. Dort werden sie eingehend gesichtet, ob es überhaupt nach den Bestimmungen ein Fall für die Härtefallkommission sein kann. In manchen Fällen wird es aufgrund der eingereichten Unterlagen notwendig sein, bestimmte Kontakte aufzunehmen zu einem Anwalt oder zu Betroffenen oder zur Ausländerbehörde. Einen typischen Härtefall an sich wird es nicht geben, so daß differenziert und sorgfältig gearbeitet werden muß.

Eine komprimierte Fassung des Sachverhaltes ergänzt durch notwendige Papiere und Belege sowie eine Beschlussempfehlung wird dann den Mitgliedern der Härtefallkommission eine Woche vor der Beratung zugestellt, die ihrerseits noch weitere Auskünfte einholen kann. In der Beratung selbst wird zum jeweiligen Einzelfall der Beschluß gefaßt oder aber die Geschäftsstelle beauftragt, neue oder noch weitergehende Informationen, über neue Entwicklungen zum Beispiel, einzuholen.

Wird nach eingehender Diskussion ein Beschluß gefaßt, kann er sich für einen Verbleib des Antragstellers

in Deutschland aussprechen oder für eine Abschiebung. Dieser Beschluß hat gegenüber der Ausländerbehörde, die letztlich entscheidet, empfehlenden Charakter. Erfahrungen aus Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Berlin besagen, daß sich die anfängliche Skepsis der Ausländerbehörde gegenüber der Kommission nach einer gewissen Zeit in eine gute Zusammenarbeit gewandelt hat. Auch ich habe die Hoffnung, daß das in Mecklenburg-Vorpommern so sein wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Einzelfälle werden miteinander besprochen, Empfehlungen der Härtefallkommission werden in den anderen Ländern zunehmend akzeptiert, was auch heißt, daß es nicht immer zum Konsens kommt. Die Ausländerbehörden betrachten die Kommissionen als ein willkommenes Instrument, gerade solche Fälle anzugehen und zu lösen, für die die Behörden durch die Vielzahl von Fällen und täglichen Streßsituationen gar nicht die Zeit oder das Personal haben.

Die Härtefallkommission ist natürlich an geltendes Recht und Gesetz gebunden. Sie muß also mit der gegenwärtigen Gesetzeslage arbeiten. Und wer die kennt, weiß, daß in vielen Einzelfällen trotz erdrückender Einzelschicksale nicht geholfen werden kann, wo geholfen werden müßte.

Die Mitglieder der Kommission, die sich aus VertreterInnen aus Flüchtlingsrat, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sozialgruppen, Menschenrechtsorganisationen sowie dem Innen- und Sozialministerium zusammensetzen könnten oder sollten, vielleicht unter Einschluß der Frauenbeauftragten wie in Berlin, sind in der Mehrzahl in der praktischen Flüchtlingsarbeit erfahrene Leute. Auch das ist ein Vorteil gegenüber der Ausländerbehörde, die ja ihre Verwaltungsakten studiert und danach entscheidet. Sie können natürlich auch Vorschläge zur Gesetzesnovellierung machen, zumal das Ausländergesetz ja nicht starr, sondern auch ein wenig flexibel ist.

Abschließend ein zweites Wort zum CDU-Antrag: Richtig ist, daß, wenn rechtskräftig über die Zulässigkeit einer Abschiebung entschieden ist, es aufgrund der Regelungen im Paragraphen 55 Ausländergesetz kaum noch Spielräume für humanitäre Lösungen gibt. Deshalb gibt es ja auch die Forderung nach Einführung einer Härtefallklausel genau an dieser Stelle des Gesetzestextes und eben nicht im Paragraphen 30.

Ich empfehle die Annahme des Antrages, ansonsten hätte ich ihn nicht gestellt. Und vielleicht der CDU zum Nachdenken: Es geht hier um Menschen, nicht um Verwaltungsakten oder Verwaltungsvorgänge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Schädel.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

**Reinhardt Thomas, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Dr. Timm, ich finde, auch in dieses Parlament gehören harte Auseinandersetzungen. Aber ich finde es schlimm, daß Sie eine Partei, die schon immer auf dem Boden des Grundgesetzes stand und steht, hier so verleumden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Gewissenskonflikte müßten Sie kommen bei diesem Partner und bei dem, was der sagt. Wir nicht!

(Peter Ritter, PDS: Sie erzählen sowieso jedesmal das gleiche.)

Und nun zu der praktischen Geschichte: Die Arbeit dieser Kommission hat praktisch aufschiebende Wirkung, um den unberechtigten Aufenthalt zu verlängern. In Nordrhein-Westfalen gibt es natürlich ein gutes Miteinander. Laut „Frankfurter Rundschau“ folgt die Ausländerbehörde meist den Empfehlungen. Und ich denke, da sind wir schon beim Thema.

Auf die grundsätzlichen rechtlichen Probleme des Antrages hat Herr Dr. Jäger aus meiner Sicht schon klar hingewiesen. Für erwähnenswert halte ich allerdings das Interview von unserem Innenminister, in dem er zur Begründung seiner Härtefallkommission versucht, sich hinter seinen Vorgängern zu verstecken. Der Antrag Härtefallkommission kommt von der PDS. Wer sich die 100-Tage-Bilanz des Innenministeriums durchliest, der weiß, wer in dieser Koalition sagt, wo es langgeht. Neues fällt der SPD offenbar in diesem Bereich nicht ein, geht auch nicht, weil wir die erfolgreichen Präventionsprojekte, die Saisonbeiräte und die Bekämpfung des Extremismus und Rechtsextremismus intensiviert und vorangetrieben haben, auf die sich Dr. Timm dort beruft.

(Monty Schädel, PDS: Sagen Sie lieber was zum Thema! Zum Thema!)

Ich komme zum Thema, keine Bange!

Offenbar lautet die Devise: Wer wenig anpackt, macht auch wenig Fehler. Dafür aber packt sie, die PDS, an im Innenministerium.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nach dem Kommunalwahlrecht nun die Härtefallkommission.

(Monty Schädel, PDS: Wenn das mal gehen würde! – Peter Ritter, PDS: Ich bin nicht im Innenministerium.)

Ich finde das nicht zum Lachen, jedenfalls auch nicht für die SPD.

(Präsident Hinrich Kuessner übernimmt den Vorsitz.)

Daß auch der Zeitpunkt kein Zufall ist, dürfte jedem hier im Hause klar sein. Die rot-rote Härtefallkommission ist der spezifische Beitrag dieser Regierung zur rot-grünen Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts in Bonn. Mit der Vorgabe zu prüfen, ob es besondere Härtegründe gibt, die einer bereits rechtskräftig entschiedenen Ausreisepflicht entgegenstehen, soll die alte rot-grüne Politik des Bleiberechtes für alle Zuwanderer auch in Mecklenburg-Vorpommern politisch durchgesetzt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Die dem Asylrecht widersprechende Altfallregelung in Schilys Entwurf reicht Ringstorffs Koalitionspartner offenbar noch nicht. Ihr Antrag Härtefallkommission hat aus meiner Sicht rein ideologische Hintergründe.

(Monty Schädel, PDS: Das haben Sie alles schon verstanden.)

Menschlich ist vieles verständlich. Mit angeblich humanitären Gründen stellen Sie nicht nur das rechtsstaatliche Handeln der Exekutive und der Judikative in Frage. Grundgesetz und Ausländerrecht werden letztlich damit ignoriert und ausgehebelt. Sie vermitteln doch mit Ihrem Antrag ganz gezielt und vorsätzlich den Eindruck, daß unser Grundrecht auf Asyl und unser Ausländerrecht so inhuman sind,

(Peter Ritter, PDS: Darauf habe ich die letzten Jahre schon hingewiesen, daß das ...)

daß ausgerechnet Sie mit Ihrer Härtefallkommission eingreifen müssen.

Na, ausgerechnet Sie! Darauf komme ich noch.

Aus diesem Grunde sind einige grundsätzliche Klarstellungen aus unserer Sicht notwendig.

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land.

(Annegrit Koburger, PDS: Ha, ha, ha!)

Nur unser Land gewährt ein so weitgehendes Grundrecht auf Asyl und hat damit die Lehren aus der NS-Vergangenheit gezogen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dann blenden Sie doch mal die Ausländerfeindlichkeit aus, ne?)

im Gegensatz zu Ihnen, Herr Dr. Schoenenburg.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Nur in Deutschland können abgelehnte Asylbewerber gerichtlich gegen die Ablehnung des Asylantrages klagen.

Nur in Deutschland erhalten Asylbewerber und geduldete Ausländer Sozialhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sind damit unseren Sozialhilfeempfängern gleichgestellt.

(Monty Schädel, PDS: Das zeichnet die Bundesrepublik als Rechtsstaat aus. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das zeichnet sie wirklich aus als humanitäres Land.

Für drei Millionen Ausländer wurden im übrigen noch Arbeitsplätze geschaffen. Sie kritisieren das ja auch.

(Peter Ritter, PDS: Das ist ja nun ganz verkehrt, was Sie hier erzählt haben.)

Nur unser Land gewährt einen vorübergehenden Aufenthalt zum Zwecke einer kostenfreien gesundheitlichen Behandlung.

(Peter Ritter, PDS: Denken Sie mal an Ihre Wahlplakate, die in Rostock hängen!)

Der Rechtsschutz vor Ausweisung in Länder, in denen politische Verfolgung droht, ist auch einmalig.

Wenn Sie dann noch zur Kenntnis nehmen würden, was anderswo gilt, dann wüßten Sie, wie überflüssig Ihr Antrag ist. In den klassischen Einwanderungsländern, wie zum Beispiel USA, Kanada oder Australien, haben Wirtschaftsflüchtlinge keine Aussicht auf Erfolg. Nicht einwandern darf dort, wer der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen wird. Das sind genau die 95 Prozent der Emigranten, über die wir heute reden und die nach Deutschland kommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Fähigkeit oder der Beruf des Antragstellers muß dem Wohl des Einwanderungslandes dienen. Die Hürden, die Einwanderungsländer haben, wie perfekte Sprache, berufliche Fähigkeiten, die im Land benötigt werden, bis hin zu einem Punktesystem und einem Examen, sind sehr hoch. Wenn das in Deutschland jemand verlangen würde, wären Sie doch die ersten, die rufen würden: „Das ist ausländerfeindlich!“. Chancenlos sind dort natürlich Straftäter und Mitglieder extremistischer Organisationen.

Ich darf auch daran erinnern, daß die Schweiz 1997 das Asylrecht verschärft hat. Wer keine Papiere vorweisen kann oder illegal eingereist ist, darf keinen Asylantrag mehr stellen. Selbst straffällige Kosovo-Flüchtlinge werden abgeschoben.

Nicht zuletzt muß erwähnt werden, daß Israel die schärfsten Einwanderungsgesetze der westlichen Welt hat. Das israelische Staatsangehörigkeitsrecht beruht auf dem Abstammungsprinzip, was Sie so verdammen bei uns.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das muß über Generationen nachgewiesen werden.

Ausgerechnet in dem Land, wo Flüchtlinge und Asylsuchende so großzügig behandelt werden, wollen PDS und SPD noch weitere Härtefallkommissionen einführen und damit rechtsstaatliche Entscheidungen der Behörden und Gerichte aushebeln, so, wie das auch in NRW geschieht.

Die Regelungen im Ausländergesetz und im Asylverfahrensgesetz garantieren selbst den Ausländern, die abgeschoben werden müßten, eine Duldung beziehungsweise Aussetzung der Abschiebung, wenn ihnen Gefahren in ihrem Heimatland drohen. Daß im Gegensatz dazu die Hürden für Abschiebungen zu hoch sind und verändert werden müßten, das ist für Sie natürlich kein Thema. Die Initiativen der Union dazu wurden seit Jahren im Bundesrat blockiert. Jüngst erst tönte Schily, die Grenze der Belastbarkeit durch Zuwanderung sei bereits überschritten. Schröder sagte nach den Kurdenkrawallen: Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus, und zwar schnell. Das sind Sprüche,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

wie wir wissen, weil die Taten bisher das Gegenteil beweisen. Und ich fürchte, auch hier wird es nicht anders sein.

In Niedersachsen sind in Schröders Amtszeit von 200.000 ausländischen Straftätern vier abgeschoben worden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hört, hört!)

Schilys Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts sind ein Signal zur Zuwanderung nach Deutschland.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Die rot-grüne Altfallregelung ist die Fortsetzung von Schröders Politik in Niedersachsen, der 1990 30.000 abgelehnten Asylbewerbern ein dem Grundgesetz widersprechendes Bleiberecht einräumte. Während Schily mit aller Härte gegen die kurdischen Gewalttäter vorgehen will, wird den PKK-Aktivisten im immer noch rot-grün regierten Hessen Straffreiheit signalisiert.

Schily sollte doch vor solchen Sprüchen erst klären, ob Berichte zutreffen, nach denen der grüne Europaabgeordnete und Ex-APO-Straßenkämpfer Cohn Bendit den

Besetzern des griechischen Generalkonsulates in Frankfurt nicht nur freien Abzug, sondern auch Straffreiheit zugesichert habe. Die PKK-Kämpfer hatten bei den Aktionen acht Polizisten verletzt und mehrere Geiseln stundenlang in ihrer Gewalt.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Einbürgern! Dann werden sie ruhig.)

Ein Unterzeichner des heutigen Antrages zur Härtefallkommission ist der PDS-Abgeordnete Monty Schädel – friedens- und europapolitischer Sprecher.

(Monty Schädel, PDS: Oh, jetzt kommen Sie zu mir. – Peter Ritter, PDS:  
Muß er jetzt aufstehen?)

Für ihn, für die PDS, ist nach der Presseerklärung vom 18. Februar 1999 der PKK-Terror in Deutschland nachvollziehbar und verständlich.

(Monty Schädel, PDS: Das „und“  
haben Sie aber reingezetzt!)

Es ist im übrigen ein Skandal, daß vom Justizminister Ringstorff dazu noch nichts gesagt wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Peter Ritter, PDS: Lesen Sie bitte weiter,  
was er zu zweitens gesagt hat.)

Zur Erinnerung: Das Ziel der PKK ...

(Peter Ritter, PDS: Lesen Sie bitte weiter!)

Ich kann gut lesen.

(Peter Ritter, PDS: Dann lesen Sie  
bitte die ganze Pressemitteilung vor!)

... war und ist die Errichtung eines selbständigen kurdischen Staates nach kommunistischem Muster, auch mit den Mitteln von Gewalt und Terror.

(Monty Schädel, PDS: Dann sind aber  
Ihre Informationen sehr überaltert. –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Informationen sind im Gegensatz zu Ihren sehr gut.

Solche Bestrebungen, mit welchen Mitteln auch immer,

(Peter Ritter, PDS: Lesen Sie die ganze  
Pressemitteilung von Herrn Schädel vor,  
nicht nur die Überschrift aus der Zeitung!)

selbst mit Mord und Terror, fanden schon immer die Unterstützung von SED/PDS.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Erwähnenswert ist aus meiner Sicht noch, daß sich auch Honecker und Mielke als friedenspolitische Sprecher verstanden haben.

(Peter Ritter, PDS: Vor allem haben wir  
die NVA-Panzer in die Türkei geliefert.)

Nach der ersten Welle der Gewalt im Sommer 1993 wurde die PKK im November 1993 in Deutschland verboten. Bilder brennender Polizisten auf den Autobahnen, verwüstete Botschaften und massenhafter Landfriedensbruch sind noch nicht vergessen.

(Der Abgeordnete Reinhard Dankert  
meldet sich für eine Anfrage.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, ...

**Reinhardt Thomas, CDU:** Der Justizminister muß die Frage beantworten, was da eigentlich auf unser Land zukommen soll, wenn sein Koalitionspartner, der Antragsteller des Antrages Härtefallkommission, Verständnis für Straftäter und Extremisten zeigt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der kommt doch seinen Amtspflichten gar nicht nach. – Monty Schädel, PDS: Sie sollen doch bitte ordentlich zitieren.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter Thomas, ...

**Reinhardt Thomas, CDU:** Soll die Härtefallkommission ...

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, Entschuldigung, ...

**Reinhardt Thomas, CDU:** Bitte nach meiner Rede.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Gut, danke.

(Reinhard Dankert, SPD: Gut.)

**Reinhardt Thomas, CDU:** ... dazu dienen, Straftätern und Extremisten einen Heiligenschein zu verpassen und ihnen lebenslanges Bleiberecht einzuräumen? In Nordrhein-Westfalen gibt es diese Bestrebungen, auch Straftätern sehr gezielt über diese Härtefallkommission zu helfen.

Erinnern wir uns noch einmal: am 17. Februar Antrag Härtefallkommission, am 18. Februar Verständnis für den PKK-Terror in Deutschland durch eine PDS-Presseerklärung. Wir werden es Ihnen auf keinen Fall durchgehen lassen, den Antrag und diese Presseerklärung voneinander zu trennen.

(Peter Ritter, PDS: Da müssen Sie die Presseerklärung ganz vorlesen und nicht nur die Überschrift, Herr Thomas. Ich sage es Ihnen noch mal. Mein Gott!)

Aus meiner Sicht wird hier die Spitze einer rein ideologischen Definition von Ausländerpolitik sichtbar. Nur Ideologen können Verständnis für 32 Brandanschläge,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie sind doch der größte Ideologe. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

10 gewalttätige Aktionen gegen ausländische Vertretungen, 7 Besetzungen von Parteibüros, 6 gewaltsam verlaufende Massendemonstrationen,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

mehrfache Geiselnahme und 51 verletzte Polizisten haben.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Es lohnt nicht.)

Laut „Welt“ vom 3. März 1999 ruft die PDS jetzt im Internet zur Teilnahme an einer Demo für die verbotene PKK in Erfurt auf.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Sympathie und das Verständnis des Antragstellers für den PKK-Terror müßte für jeden Demokraten Grund genug sein, hier und heute in diesem Parlament diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Man muß sich doch wirklich fragen: Was sind das für Koalitionen in Bonn und Schwerin? In Bonn muß die Regierung jetzt von der Türkei Rechtsstaatlichkeit und rechtsstaatliches Handeln gegenüber den Kurden und einen rechtsstaatlichen Prozeß gegen Öcalan verlangen.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Wie aber will Schröder das den Türken erklären, wenn er einem in Deutschland wegen Mord Gesuchten durch Nichtinanspruchnahme der Auslieferung und damit durch Rechtsbruch zur Freiheit verhalf?

Und wie sieht es bei uns aus? In Schwerin und im Land läßt der Innenminister gefährdete Einrichtungen und SPD-Büros schützen. Das ist gut, und das ist richtig so. Sein Koalitionspartner aber stellt sich auf die Seite von Gewalttätern, die SPD-Geschäftsstellen in Deutschland stürmten und einen Geschäftsführer als Geisel nahmen. Ich frage mich nur: Was hat sich der Genosse Ringstorff da für einen Partner ausgesucht?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Tja.)

Aus meiner Sicht und vor allem vor dem Hintergrund der großzügigen Regelung im Artikel 16 Grundgesetz, im Ausländerrecht und im Asylverfahrensgesetz geht der Antrag der PDS, der im Zusammenhang mit den rot-grünen Plänen zum Ausländerrecht zu sehen ist, in die völlig falsche Richtung. Man fragt sich wirklich, ob die in Bonn und in Schwerin keine anderen Probleme haben. Das hat ja auch schon der Herr Schröder erkannt.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Wir stehen klar für alle Regelungen für Flüchtlinge und politisch Verfolgte und für die Integration ausländischer Mitbürger in Deutschland, die einen rechtlichen Status besitzen.

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Die deutsche Bevölkerung hat eine von aller Welt anerkannte gewaltige Integrationsleistung vollbracht. Seit Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre aber stehen wir an einem Wendepunkt, weil die Integrationsbereitschaft durch den Zuwanderungsdruck von Wirtschaftsflüchtlingen, nicht integrationswilligen Ausländern, Straftätern und Extremisten eben auch überfordert wird. Und das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Wir brauchen also keine Härtefallkommission, die das großzügige Recht noch einmal im Sinne von nicht antragsberechtigten Antragstellern beugt. Wir brauchen statt dessen eine Änderung des Ausländerrechtes. Änderungen im Ausländerrecht müssen sich an den Realitäten und schon gar nicht an Ihren Ideologien orientieren.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, ja. – Monty Schädel, PDS: Etwa an Ihren?!)

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist eine wehrhafte Demokratie. Die PDS hat mit der Presseerklärung vom 18. Februar 1999,

(Peter Ritter, PDS: Die Sie immer noch nicht ganz vorgelesen haben.)

aber auch mit ihrem Antrag bewiesen, daß sie keinesfalls geltendes Recht akzeptieren wird. Ihr Koalitionspartner – er ist immer noch nicht im Hause, der Herr Dr. Ringstorff –

(Monty Schädel, PDS: Der ist außerhalb. Er hat sich entschuldigt. –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Der Justizminister nimmt seine Aufgaben sowieso nicht wahr.)

steht auf der Seite von Gewalttätern, die die Innere Sicherheit in Deutschland und in Europa gefährden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

niemals auf der Seite des Rechts, und Sie treten schon gar nicht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein.

(Monty Schädel, PDS: Hört, hört!)

Der Justizminister sollte so schnell wie möglich klären, welches Recht er eigentlich in diesem Lande vertritt und wo er steht.

Daß der Zuzug von Emigranten drastisch reduziert werden muß und die Personen, die unser Gastrecht für Straftaten mißbrauchen, Deutschland verlassen müssen, hören wir nun auch von der SPD. Wir hatten das auch von unserem Innenminister gehört.

Damit das nicht nur wieder Sprüche bleiben, sagen wir Ihnen, was statt unsinniger und rechtlich höchst zweifelhafter Härtefallkommission in diesem Land und in Deutschland notwendig ist. Neben dem Verzicht auf die Pläne zur Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit muß vor allem auf die sogenannte Regelung von Altfällen, die dem geltenden Asylrecht widersprechen, verzichtet werden.

(Peter Ritter, PDS: Alle raus!)

Die jüngsten Ereignisse zeigen, daß wir im Bereich des Ausländerrechtes mehr denn je eine Koalition der Vernunft in unserem Lande brauchen.

(Peter Ritter, PDS: Da bin ich aber gespannt.)

Was wir nicht brauchen, sind Anträge zur Härtefallkommission und die Verharmlosung von gewalttätigem Extremismus. Statt über Härtefallkommissionen nachzudenken, sollten Sie mit uns die wirklichen Probleme im Ausländerrecht anpacken. Das wären derzeit folgende Punkte:

Die Einstufung der PKK als terroristische Vereinigung ist überfällig.

(Monty Schädel, PDS: Sie sollen sich doch nur an Gesetze halten. Es ist doch schon so.)

Alle Demokraten müssen sich klar von jeder Verharmlosung des Extremismus und der PKK distanzieren, natürlich auch von Ihnen, von denen, die gleichzeitig und zeitgleich mit Ihrem Antrag Verständnis für Gewalttäter haben. Es ist ein Skandal,

(Monty Schädel, PDS: Sie haben es jetzt wieder nicht richtig gelesen! –  
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

aber so etwas geht unter Ihre Mütze natürlich nicht.

(Monty Schädel, PDS: Sie haben es wieder nicht richtig gelesen. –  
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Hürden für eine Ausweisung sind so hoch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Paragraph 47, 58 und 51 Ausländerrecht müssen geändert werden in unser aller Interesse.

Notwendig sind völkerrechtliche Vereinbarungen mit der Türkei und eine rechtsstaatliche Garantie für abgeschobene PKK-Aktivisten. Die deutsche Ratspräsidentschaft in der EU muß auch zum europaweiten Verbot der PKK genutzt werden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Peter Ritter, PDS: Notwendig sind ordentliche Lebensverhältnisse für die Kurden in ihren Gebieten.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter Thomas, Ihre Zeit ist schon länger überschritten.

**Reinhardt Thomas, CDU:** Einen Moment noch bitte.

Straffreiheit unter Umgehung des Rechts ist ein Schlag in das Rechtsbewußtsein unserer Bürger.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen, Herr Abgeordneter.

**Reinhardt Thomas, CDU:** Wir brauchen Integration auf der Basis des bewährten Ausländerrechtes.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter Thomas, ich habe Sie aufgefordert, zum Schluß zu kommen. Ich bitte, das auch zu tun.

**Reinhardt Thomas, CDU:** Einen Moment bitte.

Dieser Antrag schafft eine vom Grundgesetz nicht gedeckte weitere Gewalt im Bereich des Asyl- und Ausländerrechtes. In die Bewertung des Antrages muß natürlich auch die Presseerklärung der PDS mit einbezogen werden.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Kommen Sie bitte zum Schluß, Herr Abgeordneter! Ich habe Sie jetzt mehrmals aufgefordert, und ich bitte, auf mein Wort zu hören!

(Erhard Bräunig, SPD: Hören Sie doch auf mit dem Schwachsinn, mensch!)

**Reinhardt Thomas, CDU:** Ich bitte Sie aus diesem Grunde, unserem Antrag zu folgen. Den Änderungsantrag lehnen wir auch ab, weil er Kosmetik ist aus unserer Sicht und insofern nicht zustimmungsmöglich. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Erhard Bräunig, SPD:  
Beschämend, beschämend! –  
Der Abgeordnete Monty Schädel bittet um das Wort für eine Anfrage.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, die Frage des Abgeordneten Dankert zu beantworten?

**Reinhardt Thomas, CDU:** Ich bin bereit, von jedem in diesem Hause eine Frage zu beantworten,

(Erhard Bräunig, SPD:  
Das war ein Skandal, diese Rede!)

aber nicht von jemandem, der Verständnis für Extremisten zeigt.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter, Sie brauchen dazu keine Erklärung zu geben. Sie sind nicht bereit, auf die Frage des Abgeordneten Dankert zu antworten.

(Unruhe bei den Abgeordneten –  
Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Herr Abgeordneter Dankert, bitte sehr.

(Annegrit Koburger, PDS: So was, nee! Das ist  
doch nicht zu fassen! So redet ein Faschist!)

**Reinhard Dankert**, SPD: Ich versuche eine sachliche  
Frage zu stellen.

(Unruhe bei der CDU –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Warum tun Sie denn das?)

Sie hatten vorhin, wie auf der Seite 3 Ihres Manuskrip-  
tes ausgewiesen,

(Zuruf von der CDU: Das sind  
Faschisten, hat sie gesagt!)

von einer Unterstützung von der SED/PDS gesprochen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sind  
Faschisten, hat sie gesagt! Sie haben  
ihn als Faschist bezeichnet!)

Ziehen Sie da eine zeitliche Grenze, oder behaupten Sie  
etwa,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Geh vor! Das müssen  
wir uns nicht gefallen lassen! – Peter Ritter, PDS:  
Ja, gehen Sie vor! Gehen Sie vor!)

daß die PDS eine verbotene Vereinigung unterstützt?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das müssen  
wir uns nicht gefallen lassen! Nicht  
von Ihnen! Nicht von Ihnen! –  
Peter Ritter, PDS: Denken Sie mal zurück!)

**Präsident Hinrich Kuessner**: Also, entschuldigen Sie,  
meine Damen und Herren, ich bitte jetzt um Ruhe. Es sind  
hier Ausdrücke gefallen, sowohl vom Abgeordneten Tho-  
mas als auch vom Abgeordneten Schädel, die ich zurück-  
weise. Ich ermahne Sie für dieses Verhalten.

(Peter Ritter, PDS: Herr Schädel hat gar  
nichts gesagt. – Wolfgang Riemann, CDU:  
Ein Abgeordneter dieses Hauses ist als Faschist  
bezeichnet worden. Das müssen Sie unterbinden!)

Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.  
Hier bestimme ich noch immer vom Präsidium, was  
gesagt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Wolfgang Riemann, CDU: Ich kann  
auch noch einen zweiten kriegern.)

Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Ich weise ausdrücklich diesen Ausdruck zurück, wenn  
er gefallen ist. Ich habe ihn so nicht gehört, aber ich werde  
das im Protokoll prüfen, und ich werde mich dazu am  
Nachmittag äußern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Koburger  
war das. Da haben Sie gleich den Namen.)

**Reinhardt Thomas**, CDU: Ich denke, ich hatte zum  
Anfang gesagt, daß es auch in diesem Parlament mal  
harte Auseinandersetzungen geben muß. Aber ich denke,  
wir kommen jetzt wieder etwas zur Ruhe.

Ich habe die Frage jetzt nicht ganz verstanden, Ent-  
schuldigung.

**Reinhard Dankert**, SPD: Herr Präsident, darf ich die  
Frage wiederholen?

**Präsident Hinrich Kuessner**: Ja.

**Reinhard Dankert**, SPD: Ich wiederhole die Frage  
noch mal: Sie hatten vorhin in der Rede gesprochen von  
der Unterstützung der SED/PDS, wie es in Ihrem Manu-  
skript steht. Ziehen Sie da eine zeitliche Grenze, oder  
behaupten Sie, daß die PDS eine verbotene Vereinigung  
unterstützt?

**Reinhardt Thomas**, CDU: Also, eine zeitliche Grenze  
insofern scheint ja übergangslos zu sein. Die Unterstüt-  
zung der PKK durch die ehemalige SED war klar. Und wie  
wir aus der Presseerklärung hören, ist es heute auch so.  
Und wenn im Internet, wie in Thüringen, zu einer Demon-  
stration seitens der PDS für eine verbotene Organisation  
aufgerufen wird, dann hat sich diese Frage eigentlich  
damit erledigt, denke ich. Das ist eindeutig. Ich denke, die  
Frage sollten Sie sich als Koalitionspartner mehr stellen,  
als sie uns zu stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner**: Danke sehr, Herr Abge-  
ordneter.

Ich schließe die Aussprache.

(Heidmarie Beyer, SPD: Nein, nein!)

Entschuldigung, das ist richtig. Die vierte Rednerin  
habe ich leider eben übersehen. Die Diskussion wird fort-  
gesetzt.

Die Abgeordnete Frau Beyer von der SPD-Fraktion hat  
das Wort. Bitte sehr, Frau Beyer.

**Heidmarie Beyer**, SPD: Herr Präsident! Meine Damen  
und Herren! Ich denke, es ist jetzt ein bißchen schwierig,  
aber ich möchte doch gerne Ihre Aufmerksamkeit wieder  
auf die beiden vorliegenden Anträge – Härtefallkommissi-  
on beziehungsweise keine Härtefallkommission – zurück-  
führen.

Die Regierungsfractionen haben im Koalitionsvertrag  
vereinbart, eine Härtefallkommission einzusetzen, die bei  
Abschiebung in Härtefällen beratend wirkt und in Auslän-  
derbehörden Empfehlungen gibt. Die Umsetzung dieses  
unscheinbaren Vertragspunktes provoziert einen Auf-  
schrei. Das hat auch die Diskussion eben deutlich  
gemacht. „Die geltenden Rechtsvorschriften und gesetz-  
lichen Verfahren werden ausgehebelt“, „falsches politi-  
sches Signal“, „dramatische Fehleinschätzung“, „rechts-  
widriger Druck auf Ausländerbehörden“ heißt es da in  
Presseverlautbarungen der Opposition.

Ich frage mich: Wer kann eigentlich etwas dagegen  
haben, daß bei der Beurteilung von Gründen für eine  
Abschiebung neben rechtlichen Gründen auch humanitä-  
re, soziale und karitative Aspekte hinzugezogen werden?  
Wer kann eigentlich ernsthaft etwas dagegen haben, daß  
den Ausländerbehörden der Rücken gestärkt wird und in  
schwierigen Fällen im Konsens mit Kirchen, Verbänden,  
Organisationen ...

**Präsident Hinrich Kuessner**: Frau Abgeordnete, einen  
Moment bitte.

Ich bitte Sie, sich hinzusetzen und zuzuhören, was hier in der Debatte diskutiert wird. Wenn Sie etwas zu beraten haben, gehen Sie bitte raus.

Herr Glawe, darf ich Sie noch einmal bitten. Ich höre mir das jetzt nicht mehr lange an, daß hier völlig andere Diskussionen geführt werden.

(Siegfried Friese, SPD:  
Das ist in der CDU so üblich.)

Wenn Sie etwas anderes zu besprechen haben, dann gehen Sie bitte in die Nebenräume. Dazu haben wir die Nebenräume.

**Heidmarie Beyer**, SPD: Wer kann eigentlich etwas dagegen haben, daß den Ausländerbehörden der Rücken gestärkt wird und in schwierigen Fällen im Konsens mit Kirchen, Verbänden, Organisationen und Interessenvertretern Lösungen gefunden werden, die dann auch gemeinsam getragen werden? Das Austragen solcher Konflikte hilft nicht den Betroffenen und mit Sicherheit nicht dem Ansehen der Entscheider in den Behörden, um die Sie sich ja so sehr sorgen, meine Herren und Damen von der CDU.

Wir haben in der Vergangenheit verschiedene solcher Beispiele gehabt, die weder den Betroffenen noch den daran beteiligten Behörden hilfreich gewesen sind. Ist es nicht vielmehr so, daß sich das Thema aus Ihrer Sicht, meine Damen und Herren von der CDU, hervorragend eignet, Ängste zu schüren, um daraus politisches Kapital zu schlagen?

(Heike Lorenz, PDS: Ja, leider ist das so.)

Ich habe in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht, daß sich Ausländerpolitik nicht zu politischen Profilierungen eignet.

(Beifall bei einzelnen  
Abgeordneten der SPD und PDS –  
Abgeordnete der Fraktion der CDU  
verlassen den Plenarsaal.)

Eine Polarisierung geht immer zu Lasten der Mitmenschen ausländischer Herkunft, aus welchem Grunde sie hier auch leben, und sie geht zu Lasten der Mitmenschen, die mit ihnen zusammenleben wollen. Ein Beispiel, welche Dimensionen bei der Entscheidung über eine Abschiebung berücksichtigt werden müssen, machte am Montag ein Bericht des Politmagazins „Report“ sehr deutlich.

In diesem Bericht war die Rede von der Abschiebung eines türkischen jungen Mannes, der hier Arbeit hatte, in seinem Sportverein anerkannt und in seinem Lebensumfeld beliebt war. Der junge Mann stammte aus einer türkischen Gastarbeiterfamilie, ist in Deutschland geboren und mit neun Monaten in eine deutsche Pflegefamilie gekommen. Dort wurde er von den Pflegeeltern als einziges Kind großgezogen. Die spätere Adoption konnte nicht verhindern, daß der junge Mann zu seinen leiblichen Eltern, die inzwischen in der Türkei leben, abgeschoben wurde und dort als Fremder ohne soziale Bezüge leben muß.

Hätte man hier nicht auch im Interesse seiner deutschen Eltern eine humanitäre Lösung finden können? Haben diese Eltern nicht auch Rechte, die bei einer Entscheidung über eine Abschiebung leider nicht zur Diskussion stehen?

Ich habe in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht, daß da, wo Gespräche auch über Parteigrenzen

hinaus möglich waren, menschliche Verbesserungen und die Lösung von Problemen möglich waren – auch mit Ihnen, Herr Dr. Jäger, auch wenn Sie jetzt nicht mehr hier im Raum sind. Sie sprachen es selbst an, daß eben auf diesem Wege im Konsens mit Vertretern der Kirche, Interessenvertretern, Ausländerbeauftragten und Verbänden die Härtefallkommission in Berlin 1992 mit Ihrer Beteiligung ins Leben gerufen wurde.

Ein Gremium, das Entscheidungshilfe geben soll und das sich in anderen Ländern seit Jahren bewährt hat, kann so falsch doch nicht sein. Und es ist ja auch nicht falsch, im Gegenteil. Die Einrichtung einer Härtefallkommission dient der Verständigung und Akzeptanz zwischen Behörden, Interessenvertretern und Betroffenen. Aber darum geht es Ihnen ja leider nicht. Es geht Ihnen, meine Damen und Herren, darum, Ängste zu schüren und zu verunsichern. Sie geben einfache Antworten auf komplizierte Fragen, Sie polarisieren, wo ein Dialog dringend notwendig wäre. Das Ergebnis von Hessen zeigt, daß sich daraus ein Feuer entfachen läßt, aus dem politisches Kapital zu schlagen ist, daß es aber schwer ist, eine solche Diskussion wieder zu beenden.

Ihre Rede, Herr Thomas – ich hoffe, Sie hören es draußen in der Lobby –, und die Vermischung von PKK-Terror mit humanitären Anliegen sind ein beredtes Beispiel dafür.

(Minister Dr. Gottfried Timm:  
Das ist wohl wahr.)

Sie schüren den Ausländerhaß, Sie vermengen Menschen, die hier ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten, Hilfe- und Schutzbedürftige mit Kriminellen und Terroristen und werfen sie in einen Topf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir wollen mehr Menschlichkeit, aber Kriminelle und PKK-Terroristen haben bei uns in unserem Land keinen Platz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen sich aber sagen lassen: Wer Haß sät, wird Gewalt ernten. Und das müssen Sie dann auch verantworten. Wir wollen Konfrontationen vermeiden, deshalb wollen wir eine Härtefallkommission einrichten und den Dialog suchen mit Betroffenen, Interessenvertretern und Entscheidern.

Mit unserem Änderungsantrag wollen wir den Antrag der Abgeordneten Ritter und Schädel konkretisieren. Besonders der betroffene Personenkreis bedarf einer umfassenden Formulierung. Die Befürchtungen der Opposition, die wegen der Errichtung der Härtefallkommission Verstöße gegen das Gewaltenteilungsprinzip vermutet, teilen wir nicht. Im Gegenteil, wir sehen in der Errichtung dieser Kommission einen Beitrag für den inneren Frieden und einen Rückhalt für die Mitarbeiter in den Behörden.

Die SPD-Fraktion will bei diesem so sensiblen Thema möglichst einen breiten Konsens aller gesellschaftlichen Gruppierungen erzielen, und aus dem sollte sich auch die CDU nicht verabschieden, auch wenn sie fast nicht mehr im Raum anwesend ist. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Born, zur Geschäftsordnung.

**Dr. Ulrich Born,** CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, die CDU-Fraktion hat Beratungsbedarf und bitte, die Sitzung für 30 Minuten zu unterbrechen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: 30?)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Wir unterbrechen die Sitzung für 30 Minuten.

**Unterbrechung: 11.54 Uhr**

**Wiederbeginn: 12.27 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir haben hier im Präsidium und mit dem Protokoll die Aussagen geprüft. Die Prüfung hat ergeben, daß die Abgeordnete Frau Koburger gesagt hat: „So redet ein Faschist.“ Dafür erteile ich Ihnen, Frau Abgeordnete Koburger, einen Ordnungsruf.

Frau Koburger, bitte.

**Annegrit Koburger,** PDS: Herr Präsident! Die Unerträglichkeit der haßerfüllten Rede von Herrn Thomas mit Vermischung von falschen und halbweisen Aussagen provozierte mich zu der gemachten Aussage. Ich möchte dazu auch noch erwähnen, daß ich ähnliche Äußerungen von ihm schon während der letzten Legislaturperiode und im Wahlkampf von ihm sowie von Vertretern der DVU und der NPD vernommen habe und erleben mußte.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Im Sinne einer sachbezogenen Arbeit des Landtages ziehe ich daher aber meine Bemerkung zurück. – Danke.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Caffier, bitte sehr, zur Geschäftsordnung.

**Lorenz Caffier,** CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, die Fraktion der CDU beantragt Sitzungsunterbrechung und Einberufung des Ältestenrates zu einer Sondersitzung.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

Mein Vorschlag ist, daß wir keine Mittagspause machen, sondern jetzt die Sitzung unterbrechen, damit wir heute zu einer vernünftigen Zeit fertig werden. Ich sehe Kopfnicken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir unterbrechen die Sitzung für 15 Minuten, und der Ältestenrat trifft sich sofort.

**Unterbrechung: 12.29 Uhr**

**Wiederbeginn: 12.55 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, ich setze die unterbrochene Sitzung fort, um Ihnen zu sagen, daß wir wiederum unterbrechen.

Im Ältestenrat ist beschlossen worden, daß wir 15 Minuten unterbrechen, damit alle Fraktionen sich zur Beratung zurückziehen können. Wir setzen also in 15 Minuten die Sitzung hier wieder fort.

**Unterbrechung: 12.56 Uhr**

**Wiederbeginn: 13.14 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich schließe die Aussprache zu unserem letzten Tagesordnungspunkt.

Bitte sehr, Herr Caffier, Sie wollen etwas zur Geschäftsordnung sagen.

**Lorenz Caffier,** CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Die Fraktion der CDU hatte im Ältestenrat offiziell darum gebeten, daß Frau Koburger sich für die Äußerung, in der sie einen Abgeordneten der CDU mit einem Faschisten vergleicht, offiziell entschuldigt. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Ich hatte darauf hingewiesen, daß die Fraktion sich unter diesem Umstand, weil das mit der Rücknahme der Äußerung für die Fraktion nicht getan ist, außerstande sieht, an der weiteren Sitzung teilzunehmen.

Da eine Entschuldigung nicht erfolgte, nimmt die Fraktion der CDU an der heutigen Sitzung nicht mehr teil und zieht auch sämtliche Anträge der CDU für den heutigen Tag von der Tagesordnung zurück.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Schoenenburg hat sich zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Herr Schoenenburg, Sie haben das Wort.

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS (zur Geschäftsordnung): Ja, der Herr Caffier hat offensichtlich gar nicht gewartet, daß Frau Koburger sich zu Wort meldet, sondern er hat entschieden, daß Frau Koburger sich nicht äußert, wie man sieht.

Die PDS hat natürlich auch etwas zu der Sache zu sagen, und ich will das hier laut und deutlich tun. Ich habe es auch im Ältestenrat getan. Wir gehen davon aus, daß die Situation, in der Frau Koburger diesen Begriff, den man nicht billigen kann, geäußert hat, von der CDU provoziert worden ist – namentlich von Herrn Thomas selbst.

(Wolfgang Riemann, CDU: Unerhört!)

Ja, ob Sie das unerhört finden oder nicht, das ist Ihre Sache.

Und vor allen Dingen der Begriff „Extremist“, den er in bezug auf den Abgeordneten Schädel gebraucht hat, ist ja von keinem anderen Kaliber. Insofern denke ich mir – und das ist die Meinung der Fraktion, die ich hier wiedergebe –, wenn der Herr Thomas sich entschuldigt für den Begriff „Extremist“,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

wird Frau Koburger sich entschuldigen für den Begriff „Faschist“.

(Beifall bei der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Caffier, bitte.

**Lorenz Caffier,** CDU: Sehr geschätzter Herr Dr. Schoenenburg, ich habe sehr wohl, als die Sitzung eröffnet wurde, länger gewartet, bevor ich mich gemeldet habe. Der Präsident, das war auch sehr deutlich erkennbar, hat bewußt eine längere Pause eingelegt, und es ist nichts eingetreten.

(Angelika Gramkow, PDS: Wird sich Herr Thomas entschuldigen?)

Insofern habe ich mich geäußert, und dezidiert haben wir unsere Position im Ältestenrat zum Ausdruck gebracht.

(Angelika Gramkow, PDS: Wird sich Herr Thomas entschuldigen?)

Zum zweiten kann sich der Abgeordnete Thomas auch gern noch mal dazu äußern, daß er das Wort „Extremist“ in der Form nicht geäußert hat, sondern daß er ...

(Andreas Bluhm, PDS: In der Form! Ja, da haben wir genau den Punkt. –

Peter Ritter, PDS: Das macht er bei jeder Besuchergruppe wie gestern bei der Bundeswehr.)

Wir können gern die Diskussion fortsetzen, dies nur zum Sachverhalt.

(Der Abgeordnete Volker Schlotmann bittet um das Wort.)

Die Fraktion der CDU bleibt bei ihrer Haltung.

(Angelika Gramkow, PDS: Na, dann zieht doch aus, wenn Ihr meint, daß das alles nicht so wichtig ist. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also, tschüß dann! Die kommen wieder.)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Abgeordneter Schlotmann, bitte sehr.

**Volker Schlotmann, SPD:** Ich möchte im Namen meiner Fraktion mein Unverständnis über das Verhalten hier im Parlament äußern. Herr Rehberg als Fraktionsvorsitzender der CDU hat hier mehrfach den Begriff „Rote Parlamentsdiktatur“ verwendet, was genauso zu verurteilen ist. Und wenn ich daran denke, daß in der letzten Legislatur der Kollege Nitz der CDU-Fraktion ebenfalls ein anderes Mitglied dieses Hauses als „Nazi“ titulierte hat, diese Entschuldigung dann im Ältestenrat unter Vermittlung des Präsidenten zustande kam und trotzdem weiter parlamentarisch gearbeitet wurde, kann ich nicht mehr nachvollziehen, wie die Reaktion der CDU hier aussieht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich sehe keinen weiteren Redebedarf zu diesem eben erörterten Punkt.

(Die Abgeordneten der Fraktion der CDU verlassen den Plenarsaal.)

Auch Herr Nitz möchte den Plenarsaal verlassen und bittet, daß ein Schriftführer der SPD-Fraktion ihn hier vertritt.

Der Geschäftsführer der CDU-Fraktion hat erklärt, daß alle Anträge der CDU zurückgezogen sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, schön.)

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Peter Ritter und Monty Schädel.

Zunächst müssen wir aber über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/226 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/226 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/226 in Abwesenheit der CDU-Fraktion einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Peter Ritter und Monty Schädel, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/185. Wer diesem Antrag mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Abgeordneten Peter Ritter und Monty Schädel, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/185 mit den soeben beschlossenen Änderungen in Abwesenheit der CDU-Fraktion einstimmig angenommen worden.

Bitte sehr, Herr Abgeordneter Schädel, zur Geschäftsordnung.

**Monty Schädel, PDS (zur Geschäftsordnung):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich nicht an der Abstimmung beteiligt und würde gern entsprechend der Geschäftsordnung eine persönliche Erklärung dazu abgeben.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Herr Schädel, es ist in der Tat so, daß Sie nicht an der Abstimmung teilgenommen haben. Sie haben das Wort.

**Monty Schädel, PDS:** Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU ist leider nicht mehr da,

(Götz Kreuzer, PDS: Vorsicht, die CDU hört mit.)

Ich habe mich nicht an der Abstimmung beteiligt, um noch einmal auf die Pressemitteilung, die ich am 18.02.1999 herausgegeben habe, einzugehen. Herr Thomas hat sie hier immer wieder falsch zitiert, und das möchte ich einfach klarstellen und noch mal deutlich machen.

Ich habe am 18.02.1999 erklärt, daß die im Zusammenhang mit der Verschleppung des Führers der kurdischen Arbeiterpartei Abdullah Öcalan weltweit stattfindenden Wutausbrüche kurdischer Exilanten nach dem friedens- und europapolitischen Sprecher der PDS-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern ...

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Monty Schädel, ich muß Sie einmal unterbrechen. Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie jetzt eine Presseerklärung erläutern?

**Monty Schädel, PDS:** Ich werde das sagen, was ich dort wirklich gesagt habe.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ist es eine persönliche Erklärung zu dem, was heute hier diskutiert wurde und wobei Sie persönlich betroffen sind?

**Monty Schädel, PDS:** Ja, weil ich heute mehrfach falsch zitiert worden bin, möchte ich einiges richtigstellen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr.

**Monty Schädel, PDS:** Ich habe gesagt, daß diese Wutausbrüche nachvollziehbar verständlich sind. Ich zitiere: „Der Landtagsabgeordnete weist darauf hin, daß mit der Einreise und dem Aufenthalt des PKK-Führers in Italien Anfang des Jahres durch die westlichen Länder die Beendigung des türkisch-kurdischen Krieges verspielt wurde. Anstatt auf das Angebot Öcalans zu einem Prozeß vor einer internationalen Jury unter gleichzeitiger Anklage der Türkei einzugehen, wurde der PKK-Führer erneut in die Illegalität getrieben.“

Am Ende dieser Presseerklärung, das wurde in der Presse immer wieder unterschlagen, forderte ich die in der Bundesrepublik lebenden Kurdinnen und Kurden auf, Ruhe zu bewahren sowie ihren Protest und ihre Wut mit

gewaltfreien Aktionen zum Ausdruck zu bringen, so daß es nicht zu weiteren Opfern, auf welcher Seite auch immer, kommt.

Bei der deutschen Bevölkerung habe ich um solidarische Unterstützung gebeten sowie um Verständnis für solche Aktionen, die ich gerade beschrieben habe. Die deutschen Regierungen in Bund und Ländern habe ich aufgefordert zu sichern, daß Kurdinnen und Kurden nicht in die Türkei abgeschoben werden, Abdullah Öcalan nicht gefoltert, sondern sofort aus der Haft entlassen wird sowie durch einen Rechtsbeistand vertreten werden kann, sich die Türkei endlich zu Friedensverhandlungen mit den Kurden bereit erklärt, ...

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Monty Schädel, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß eine persönliche Erklärung eine kurze Erklärung und keine längere Erörterung ist. Kommen Sie bitte zum Schluß!

**Monty Schädel, PDS:** Zwei Punkte habe ich noch dazu.

... die Regierungen der Türkei keine weitere Unterstützung gewähren, daß sowohl deutsche Vertreter der NATO und der EU als auch die für den Völkermord an den Kurdinnen und Kurden verantwortlichen türkischen Repräsentanten vor ein internationales Gericht gestellt werden. Das wollte ich einfach klarstellen, daß ich mich hier nicht mit Gewalttätigkeiten solidarisiert, sondern einfach nur gesagt habe, ich kann es verstehen aus der aktuellen politischen Situation und dem jahrzehntelangen Kampf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 2: Fragestunde, den wir gestern verschoben hatten. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 3/216 vor.

#### **Fragestunde – Drucksache 3/216 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Justizministers und den Geschäftsbereich der Sozialministerin. Die beiden Abgeordneten, welche die Fragen gestellt haben, sind nicht anwesend, der Abgeordnete Dr. Born und der Abgeordnete Glawe. Die **Fragen 1 und 2** werden schriftlich beantwortet.

Wir kommen damit zum Geschäftsbereich der Sozialministerin, und zwar zur **Frage 3** des Abgeordneten Herrn Koplín. Er sitzt aber hier vorn als Schriftführer.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich mach' das. –  
Torsten Koplín, PDS: Ich arbeite. –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Gut. Frau Gramkow, Sie haben das Wort stellvertretend für Herrn Koplín.

**Angelika Gramkow, PDS:** Herr Präsident, vielen Dank, daß Sie das gestatten.

Ich frage die Landesregierung:

Trifft es zu, daß die vorgesehenen Veränderungen in der Investitionspolitik der Landesregierung in bezug auf die Krankenhausstandorte Mecklenburg-Vorpommern die Qualität der medizinischen Versorgung beeinträchtigen würden?

**Präsident Hinrich Kuessner:** Die Beantwortung für die Landesregierung übernimmt die Sozialministerin. Bitte sehr, Frau Ministerin Bunge.

**Ministerin Dr. Martina Bunge:** Herr Präsident und Herr fragender Abgeordneter Koplín! Nach dem Haushaltsentwurf der Landesregierung sollen den Krankenhäusern im Jahre 1999 nicht nur 170 Millionen DM an Barmitteln für Investitionsvorhaben zur Verfügung stehen, sondern auch Kreditermächtigungen in Höhe von 40 Millionen DM. Diese werden zusätzlich zu schon in der Vergangenheit genehmigten Kreditaufnahmen gewährt. Darüber hinaus stehen den Krankenhäusern 1999 35 Millionen DM aus dem Sondervermögen nach dem Artikel 14 GSG für Baumaßnahmen zur Verfügung. Auf diese Weise werden im Haushaltsjahr 1999 hinsichtlich des Umfangs der insgesamt umzusetzenden Bauvorhaben größere Effekte erzielt, als dies im Haushaltsjahr 1998 mit den seinerzeit eingesetzten Barmitteln von 210 Millionen DM der Fall war.

Folgende größere Bauvorhaben werden mit 1999 zur Verfügung gestellten Mitteln gefördert, ich verlese eine Auflistung: Krankenhäuser in Altentreptow, Boizenburg, Greifswald, Odebrecht-Stiftungen sind es dort, Grevesmühlen, Grimmen, Güstrow, Hagenow, Ludwigslust, Neubrandenburg, Pasewalk, Ribnitz-Damgarten, Rostock-Südstadt, Rostock/Gehlsdorf, Schwerin, Waren, Röbel, Wismar, Wolgast. Das Gesamtvolumen dieser Bauvorhaben beträgt circa 1,07 Milliarden DM.

Noch im Stadium der Planung oder Vorplanung befinden sich zur Zeit folgende größere Bauvorhaben: die Krankenhäuser in Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald, Parchim, Waren und Neustrelitz, also sechs insgesamt. Für diese Bauvorhaben werden weitere 400 Millionen DM benötigt.

Es ist meine Absicht, darauf hinzuwirken, daß mit der Verwirklichung dieser Vorhaben noch in dieser Legislaturperiode, spätestens aber bis zum Jahre 2004, begonnen werden kann. So kann Schritt für Schritt die Qualität der medizinischen Versorgung in den Krankenhäusern des Landes verbessert werden.

**Angelika Gramkow, PDS:** Ich danke Ihnen.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Danke sehr, Frau Ministerin.

Es kommen noch zwei Fragen aus Ihrem Geschäftsbereich.

Jetzt hat das Wort die Abgeordnete Frau Lorenz von der PDS-Fraktion. Bitte die **Fragen 4 und 5**.

**Heike Lorenz, PDS:**

Trifft es zu, daß die Rettungszeiten mit dem vorgelegten Rettungsdienstplan verlängert werden, so daß die medizinische Notversorgung beeinträchtigt wird, daß Leitstellen geschlossen werden müssen und Rettungswachen gefährdet sind?

**Präsident Hinrich Kuessner:** Bitte sehr, Frau Ministerin.

**Ministerin Dr. Martina Bunge:** Herr Präsident! Frau Abgeordnete Lorenz! Der von meinem Ministerium vorgelegte Rettungsdienstplan basiert auf dem Rettungsdienstgesetz Mecklenburg-Vorpommern von 1993. Dieser Rettungsdienstplan ist überfällig und soll die Rettung im Land sicherer machen.

Für höhere Sicherheit werden zum ersten fünf Leitstellen als zweckmäßig und ausreichend angesehen. Rettungsleitstellen sind ständig besetzte Einrichtungen, die

als Ansprechpartner für in Not geratene Menschen die Notfallmeldung entgegennehmen und die geeigneten Maßnahmen einleiten. Dazu gehören die Information der jeweils zuständigen Rettungswache sowie die Koordination von Rettungseinsätzen. Rettungsbasis bleibt am Boden eine ausreichende Anzahl von Rettungswachen.

Derzeit wurden dem Sozialministerium 107 Standorte im Land als existent benannt. Der Rettungsdienstplan schreibt die Anzahl der Rettungswachen und den Standort nicht vor. Dafür sind die Träger des öffentlichen Rettungsdienstes, also die Landkreise und kreisfreien Städte, zuständig. Vorgegeben ist im Rettungsdienstplan unter Ziffer 2.2, daß die Anzahl und die Standorte der Rettungswachen hinsichtlich einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen Leistungserbringung regelmäßig zu überprüfen sind.

Ergänzend sei gesagt, daß für die Luftrettung drei Hubschrauberstandorte ausgewiesen sind mit zusätzlich sieben Zugriffsmöglichkeiten über Ländergrenzen hinweg. Darüber hinaus ist für sogenannte Großschadensereignisse eine Schnelleinsatzgruppe geregelt. Eine geringe Anzahl von integrierten Leitstellen ermöglicht eine Koordination über Kreisgrenzen hinweg und damit effektivere Rettungseinsätze zugunsten des zu Rettenden.

Für höhere Sicherheit wird zum zweiten im Rettungsdienstplan die Hilfsfrist konkretisiert. Das Rettungsdienstgesetz sieht in Paragraph 7 Absatz 2 Nummer 1 vor, daß „ein geeignetes Rettungsmittel jeden an einer Straße gelegenen Notfallort in der Regel innerhalb von 10 Minuten (Hilfsfrist) erreichen kann“. Die Formulierung „in der Regel“ war zu konkretisieren, es war ein Maßstab definitiv festzulegen, damit das Sozialministerium seine Aufsicht wahrnehmen kann. Derzeit treffen Rettungsfahrzeuge in den Landkreisen bei 68,1 Prozent der Einsätze innerhalb von zehn Minuten ein. Zu der Forderung, daß 80 Prozent in dieser Zeitspanne erreicht werden müssen, konnte unter den Planungsbeteiligten kein Konsens erreicht werden. Daher wurde im Rettungsdienstplan Ziffer 2.5 der Maßstab wie folgt formuliert: Die Hilfsfrist in einem Rettungsdienstbereich gilt „als in der Regel erfüllt ... , wenn im jeweiligen Rettungsdienstbereich an einer Straße gelegene Notfallorte im Jahresdurchschnitt aller Einsätze in nicht mehr als 15 Minuten“ seit dem Eingang einer Meldung in der Leitstelle „erreicht werden“.

Bedacht wurde dabei, daß in einem dünnbesiedelten Flächenland etliche nicht planbare Faktoren eintreten können. Keinesfalls sollte damit ein Signal für eine Verlängerung der Hilfsfrist gegeben werden. Orientierungsmaßstab ist und bleibt die gesetzliche Vorgabe, daß die Eintreffzeit in der Regel unter zehn Minuten liegen muß.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die vielen kritischen Äußerungen zur Formulierung im Rettungsdienstplan haben mich veranlaßt, zusätzliche Recherchen im Land anzustellen. Eine Analyse der Einsätze differenziert nach den Eintreffzeiten unter fünf Minuten, unter zehn Minuten, damit auch zwischen fünf und zehn Minuten, und unter 15 Minuten, damit auch zwischen zehn und 15 Minuten, ergab, daß auch ein Durchschnitt von zehn Minuten in vielen Kreisen erreicht werden kann. Deshalb wird das Sozialministerium den Rettungsdienstplan dahingehend ändern, daß als Konkretisierung der Hilfsfrist gilt, daß im Jahresdurchschnitt für alle Einsätze im jeweiligen Rettungsdienstbereich zehn Minuten erzielt werden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wird dieses Höchstmaß überschritten, kann das Sozialministerium künftig Maßnahmen zur Verbesserung der Rettungsdienstsituation einfordern.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Frau Abgeordnete, Sie hatten noch eine weitere Frage. Bitte sehr.

**Heike Lorenz, PDS:** Ja. Vielen Dank.

Trifft es zu, daß mit dem Landeshaushaltsplanentwurf bereits vor Verabschiedung durch das Parlament vorhersehbar ist, daß Beratungsstellen, insbesondere Schwangerschaftsberatungs-, Sucht- und Drogenberatungs- sowie Schuldnerberatungsstellen geschlossen werden müssen?

**Ministerin Dr. Martina Bunge:** Herr Präsident! Frau Abgeordnete Lorenz! Ich kann Sie darüber informieren, welche Situation ich vorgefunden habe. Die Mittelreduzierung im Haushaltsjahr 1997 hat dazu geführt, daß die freien Träger Suchtberatungsstellen zusammenlegen mußten, wobei auch Personal reduziert wurde. So war zwar weiterhin eine fast flächendeckende Beratung möglich, aber nicht im erforderlichen und wünschenswerten Umfang. Bisher selbständige Beratungsstellen wurden zu Außenstellen mit zeitlich begrenzter Öffnungszeit. Ein weiterer Abbau konnte 1998 nur mit Hilfe des Parlaments verhindert werden.

Im Haushaltsgesetzentwurf 1999 habe ich keine Mittelkürzung vorgesehen. 1998 standen 2,924 Millionen DM zur Verfügung, 1999 könnten es 2,947 Millionen DM sein. Dieses habe ich gemeinsam mit der Finanzministerin trotz der Ihnen allen bekannten komplizierten Haushaltslage erreicht. Das zuständige Fachreferat hat unmittelbar nach der Festlegung des endgültigen Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999 begonnen, vorläufige Zuwendungsbescheide für einen Zeitraum von sechs Monaten zu erarbeiten. Damit können die Vereine und Verbände möglichst kurzfristig informiert werden und Geld zur Weiterarbeit erhalten. Mir war schon deshalb an einer schnellen Lösung gelegen, da für viele kleine Vereine eine Überbrückung des Zeitraums bis zum Beschluß des Haushalts nicht leistbar ist. Ich denke, daß dieses Vorgehen die Zustimmung aller Fraktionen finden wird.

Für das durch das Sozialministerium geförderte Netz von Schwangerschafts- und Schuldnerberatungsstellen wurden im Haushaltsplanentwurf 1999 auch Fördermittel in angemessener Höhe eingeplant. Vorbehaltlich der Verabschiedung des Landeshaushaltes werden für den Bereich der Schwangerschaftsberatung für die Förderung der 90 Prozent der als zuwendungsfähig anerkannten Personalausgaben und der Sachausgabenpauschale gemäß Förderrichtlinie circa 5,138 Millionen DM zur Verfügung stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

1998 war es weniger, nämlich 5,091 Millionen DM.

Die hundertprozentige Förderung der Personalausgaben war bekanntlich eine Übergangsregelung, die am 31.12.1998 auslief. Deshalb werden derzeit intensive Verhandlungen zwischen dem Sozialministerium, den Landkreisen und kreisfreien Städten und den Trägern der Beratungsstellen bezüglich der Bereitstellung der gemäß Richtlinie geforderten zehn Prozent Eigen- beziehungsweise Drittmittel für Personalausgaben geführt. Im Ergebnis dieser Verhandlungen soll die Gesamtfinanzierung für alle Beratungsstellen gesichert sein.

Für den Bereich der Schuldnerberatung sind im Haushaltsentwurf 2,748 Millionen DM eingestellt. 1998 waren es 1,225 Millionen DM. Insgesamt habe ich mich dafür eingesetzt, daß 1999 für das Netz aller Beratungsstellen rund 2 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Der Tagesordnungspunkt 19 entfällt, da die CDU den Antrag zurückgezogen hat.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Enquete-Kommission zur Verwirklichung der „UN-Konvention über die Rechte des Kindes“, Drucksache 3/184(neu).

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:  
Enquete-Kommission zur Verwirklichung der  
„UN-Konvention über die Rechte des Kindes“  
– Drucksache 3/184(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lorenz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

**Heike Lorenz, PDS:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich eigentlich an den Zehnten Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung? Wenn ja, dann vielleicht in erster Linie wegen eines Satzes der nunmehr abgewählten Kinder- und Jugendministerin Frau Nolte: „Die Realität ist anders als die Wirklichkeit.“, nachdem nach wochenlangem Hin und Her um Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung die Stellungnahme der Bundesregierung an die Öffentlichkeit gelangte.

Der Zehnte Kinder- und Jugendbericht hat die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfe zum Thema. Die rechtliche Grundlage für die Jugendberichte ist der Paragraph 84 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, der bestimmt, daß die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode jeweils einen Bericht über die Lage junger Menschen vorzulegen hat. Der Bericht wird von einer unabhängigen Kommission ausgearbeitet, der bis zu sieben Mitglieder angehören. Sie werden von der Bundesregierung berufen. Die Bundesregierung wiederum fügt dem ausgearbeiteten Bericht eine eigene Stellungnahme mit den von ihr für notwendig erachteten Folgerungen bei. Genau an dieser Stellungnahme scheiden sich die Geister.

Wer den Zehnten Kinder- und Jugendbericht zur Hand genommen und wenigstens quergelesen hat, dem müßte klar geworden sein, daß die Erstellung des Berichtes eigentlich gleichzeitig die Aufgabenstellung an uns, die Gesellschaft, an uns, die Politikerinnen und Politiker, an uns, die Erwachsenen, ist. Wer diese Aufforderung verstanden hat, der muß auch fragen, wie die Gesellschaft, die Politikerinnen und Politiker, wie die Erwachsenen zu sensibilisieren und zu aktivieren sind.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen meine Eingangsfrage mit ja beantwortet hätten. Ich weiß nicht, wer den Zehnten Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung je in den Händen hatte. Zentrales Thema dieses Berichtes sind die Kinder als eigenständige Persönlichkeiten, die je nach Entwicklungsstand und Alter ihre eigene Erlebniswelt haben, ihre eigenen Wünsche und Träume, ihre eigen-

nen Erfahrungen mit Schmerz, Ohnmacht, Gewalt. Die Sachverständigen versuchen, dies aus der Sicht der Kinder anzusprechen und nicht aus der Sicht der Erwachsenen.

Die politischen Auseinandersetzungen zielen allerdings auf ein anderes, auch zentrales Thema in diesem Bericht – auf die Kinderarmut. Dort heißt es: „Ziel in einer Demokratie muß es sein, allen einen gerechten Anteil an den Gütern der Gesellschaft zu sichern und niemanden in unverschuldeter Not leben zu lassen.“ Für Kinder ist Armut immer unverschuldet. Doch die meisten Erwachsenen sind in diese Umstände auch weitgehend unverschuldet hineingeraten und haben sie nicht nur allein zu verantworten.

Zentrales Merkmal von Armut ist Einkommensarmut. In diesem Sinne gilt nach den Sachverständigen der als arm, der entweder Sozialhilfe in Anspruch nimmt oder mit seinem Einkommen nur die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens der Bundesrepublik erreicht. Nach diesen Kriterien sind zum Beispiel in Ostdeutschland 64 Prozent der Sozialhilfeempfänger arm.

Großen Einfluß, heißt es weiter, auf das Armutsrisiko hat die Anzahl der Geschwister. Hat ein Kind in den alten Bundesländern zwei oder mehr Geschwister, dann steigt das Risiko, arm zu sein, auf das Zweifache im Vergleich zu geschwisterlosen Kindern. Lebt ein solches Kind in den neuen Ländern, steigt das Armutsrisiko auf das Dreifache. Generell sind ausländische Familien von kurz- und langfristiger Armut stärker betroffen als deutsche Familien. Die Hälfte davon war in den letzten Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze.

Diesen Aussagen der Sachverständigen erteilte die damalige Bundesregierung eine klare Absage. Über elf Seiten bemüht sie sich, die Definition von Armut zu verharmlosen, in Frage zu stellen. Zitat: „Insbesondere kann die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger kein Hinweis auf wachsende Armut in unserer Gesellschaft sein.“ Worauf ist es dann ein Hinweis? Wer Armut so verharmlost, der ist wohl nicht ernsthaft gewillt, etwas dagegen zu tun, und der ist, denke ich, mit Recht abgewählt worden.

Was bedeutet arm zu sein für Kinder? Arm zu sein bedeutet auch für Kinder, auf Güter, über die Nichtarme verfügen können, in hohem Ausmaß verzichten zu müssen, zum Beispiel auf neue Kleidung, Spiele, Bücher, Taschengeld, den Austausch kleiner Geschenke.

Aber nicht allein der Armut galt dieser Bericht. Wichtige Themen in diesem Bericht, der etwa zur Gewalt gegen Kinder Empfehlungen ausspricht, sind zum Beispiel die Änderung der Strafprozeßordnung, um zu erreichen, daß betroffene Kinder nicht in Hauptverhandlungen als Zeugen auftreten müssen. Zum Bildungsaspekt gibt es Empfehlungen der Kommission der Bundesregierung. Die Diskussion über die Gestaltung des Schulanfanges, viele Dinge, die uns auch hier beschäftigen, sind im Bericht enthalten. Die Hinweise der unabhängigen Gutachter zur Herabsetzung des Wahlalters sind ebenso nachlesenswert wie die Forderung an den Bundestag und den Bundesrat.

Meine Damen und Herren, in jeder Legislaturperiode werden ein Bericht und die Stellungnahme der Bundesregierung vorgelegt. In jeder Legislaturperiode wird eine Kinderkommission des Bundestages eingesetzt. Vereine und Verbände, Jugendorganisationen, Kinderschutzbund, viele engagieren sich, um die vor nunmehr knapp zehn Jahren beschlossenen Rechte der Kinder in

Deutschland und darüber hinaus zur Geltung zu bringen. Die Kinderkommission des 13. Bundestages hatte die Umsetzung der UN-Konvention zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Der Ausschuß für Familie des 14. Bundestages hat die Einsetzung einer Kinderkommission als Unterausschuß bereits beschlossen. Erfreulicherweise ist auch Bewegung eingetreten bei der Stärkung der Stellung dieser Kommission. So soll es künftig möglich sein, Anträge durch die Mitglieder dieser Kommission an den Bundestag zu stellen und ein Rederecht in anderen Ausschüssen zu erreichen.

Warum halten es die Antragsteller dennoch für geboten, eine Enquete-Kommission zu fordern? Dazu muß man sich verdeutlichen, wie weitgehend und komplex die UN-Konvention die Pflichten des Staates zur Sicherung der Rechte gefaßt hat. Der Staat hat die Pflicht, jedem Kind ohne Diskriminierung Rechte zu gewähren und das Kind vor jeglicher Diskriminierung zu schützen. Der Staat hat die Pflicht, dem Wohl des Kindes bei allen das Kind betreffenden Maßnahmen den Vorrang zu geben, auch dem Flüchtlingskind. Der Staat hat alle Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der Rechte des Kindes zu treffen. Ob der Staat diesen Pflichten nachkommt, läßt sich im Rahmen des Auftrages der Kinderkommission nicht vollständig erfassen, denn dieser lautet „nur“, „alle bundesrechtlichen Vorschriften auf ihre Kinderfreundlichkeit zu prüfen“. Die Konvention dagegen bezieht nicht nur die Vorschriften, sondern jegliches staatliche Handeln oder Unterlassen ein.

Der Bericht der Kinderkommission des 13. Bundestages stellt dar, daß die Möglichkeit in der Öffentlichkeitsarbeit dieser Kommission und eine qualifizierte Partnerschaft zu den Organisationen mit kinderpolitischen Aufgaben sehr begrenzt sind. Und genau hier steckt das Problem. Belange von Kindern und Jugendlichen müssen zu einem wichtigen Maßstab des Handelns auf allen politischen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen werden. Das verlangt aber den breiten gesellschaftlichen Diskurs, sonst bleiben nur Lippenbekenntnisse.

Und dieser Diskurs wird bei dem bisherigen häufigen Nebeneinander der Institutionen und Mittel bei allem Bemühen doch nur unzureichend befördert.

Wir denken, den Anspruch an eine neue Kinder- und Jugendpolitik kann man vielleicht zusammenfassen, auch als Forderung, Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen.

Kinder und Jugendliche ernst nehmen, das heißt, Vertrauen in sie zu setzen, anders, als in der gestrigen Debatte in diesem Haus um die Senkung des Wahlalters mit der Befürchtung, 16jährige könnten zu unreif und zu ungebildet sein. Kinder und Jugendliche ernst nehmen, das heißt, sie nicht als Objekte oder einheitliche Masse zu sehen, sondern als eigenständige Persönlichkeiten. In diesem Haus stellt sich aber eine Politikerin ans Mikrofon und bekräftelt dann mit der beleidigten Arroganz der verlorenen Macht, daß ja nur 7,5 Prozent der Quote von Jugendlichen ohne Ausbildung gesenkt werden. Geht es nicht um jeden einzelnen, dem geholfen werden kann? Nur scheinbar ernstgenommen kann sich ein junger Mensch allerdings auch fühlen, wenn behauptet wird, unsere Jugendlichen sind die Kommunalpolitiker von morgen, dieses Risiko wird sich rechnen. Kinder und Jugendliche ernst nehmen, das heißt, denke ich, ihre Anregungen zu hören und sie auch als Chance bei der Lösung von Aufgaben zu begreifen und nicht als Störung des Ablaufes. Kinder und

Jugendliche ernst nehmen, das heißt zum Beispiel auch, ihre Gründe für den Abbruch von Berufsausbildung ernst zu nehmen und nicht mit einem Zwang zur Erstausbildung abzubügeln. Vielleicht soll ich an der Stelle einfügen, damit es auch keine Mißverständnisse gibt, daß die UN-Konvention über die Rechte des Kindes nicht nur auf Kinder im Sinne des deutschen Rechtes abhebt, sondern auf Minderjährige insgesamt, also bis unter 18 Jahren.

Ich habe exemplarisch dargestellt, daß noch viel zu tun bleibt, und ich wiederhole, neben der Kontrolle von Gesetzgebung und staatlichem Handeln, neben Berichterstattung durch Gutachter und Regierung brauchen wir einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs und, ich denke, einen neuen Konsens.

Dazu sind die bisher vorhandenen Institutionen und Mittel nach Auffassung der Antragsteller nicht ausreichend. Eine Enquete-Kommission auf Bundesebene erscheint uns als eine geeignete Form, die öffentliche Diskussion zu befördern. Darauf kommt es an,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und nicht auf eine Kommission mehr oder weniger. Wir halten es für unverzichtbar, in dieser Diskussion Kindern und Jugendlichen sowie ihren Interessenvertretungen besser Gehör zu verschaffen als bisher. Und wir sind der Auffassung, daß die Initiative dazu aus Mecklenburg-Vorpommern, dem jüngsten Bundesland, kommen sollte. Selbstbestimmtes Leben von Kindern und Jugendlichen ermöglichen, Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, auch an politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen und als Erwachsene wollen, Tendenzen rechter Sozialisation von Kindern und Jugendlichen wirkungsvoll begegnen, soziale Rechte sichern und die konkreten Lebensumstände verbessern für alle in Deutschland lebenden Kinder, Schutz vor Gewalt und Gewaltprävention – das sind die Kernpunkte, wenn wir Kinder und Jugendliche ernst nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart.

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rißmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Rißmann.

**Dr. Manfred Rißmann, SPD:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Meilenstein internationalen Rechts sollte sie sein, der progressivste jemals geschlossene Menschenrechtsvertrag, diese UN-Konvention über die Rechte des Kindes. 180 Staaten haben sie unterzeichnet und damit ihre Gültigkeit anerkannt. Übermorgen, in zwei Tagen, am 6. März, jährt sich die Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde zum siebenten Mal, zweieinhalb Jahre, nachdem die Konvention hinterlegt wurde – Zeit für eine Zwischenbilanz über den Stand der Umsetzung, und dazu gibt es auch einiges zu sagen.

Der Rechtskatalog der Konvention will mit einer antiquierten Interpretation der Kindheitsphase aufräumen. Nicht mehr nur Träger von Bedürfnissen, die ein soziales Netz von Betreuung und Fürsorge nach sich ziehen, sol-

len Kinder sein, sondern eigenständige Persönlichkeiten, eigenständige Rechtspersönlichkeiten mit einklagbaren Ansprüchen. Im Mittelpunkt steht ein Dreieck der Rechte: allgemeine Schutzmaßnahmen, orientiert am Kindeswohl, ergänzt durch materielle Förderung sowie um die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte in persönlichen und gesellschaftlichen Belangen.

Artikel 4 der Konvention nimmt die Unterzeichner in die Pflicht. „Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte“, heißt es dort wörtlich. Ferner müßten sie derartige Maßnahmen unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel treffen. Inhaltlich läßt sich die Konvention also unter den Schwerpunkten Schutz, Förderung, Beteiligung von Kindern zusammenfassen.

Ihr besonderes Verdienst ist es, zum ersten Mal politische, zivile, soziale, wirtschaftliche, kulturelle Rechte aus Sicht der Kinder in einen Zusammenhang gestellt zu haben. Damit wird deutlich gemacht, daß etwa Persönlichkeitsrechte nur dann wirklich zum Tragen kommen können, wenn auch die Rechte auf Bildung, Gesundheitsversorgung, wirtschaftliche Sicherheit ausreichend gewährleistet sind. Die Konvention hat wichtige Maßstäbe gesetzt und dadurch eine neue Qualität in die Auseinandersetzung um eine Politik für Kinder gebracht.

Abgeschwächt wird die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland dadurch, daß sie hier nur mit einer Interpretationserklärung unterzeichnet wurde. So hatte die damalige Bundesregierung den Rechtsgehalt der Konvention schon bei der Ratifizierung mit einer völkerrechtlichen Erklärung relativiert. Wörtlich heißt es: „Die Bundesrepublik erklärt zugleich, daß das Übereinkommen innerstaatlich keine unmittelbare Anwendung findet.“ Was sollte das? Nur mittels innerstaatlichen Rechts würde die Bundesrepublik die Kinderrechte garantieren, daß heißt, kein Kind kann seine Rechte unter Berufung auf die Konvention geltend machen in Deutschland.

Gleichzeitig erklärte die Bundesregierung in ihrem Erstbericht, daß eine Novellierung innerstaatlicher Rechtsvorschriften allein aufgrund eines UN-Übereinkommens nicht erforderlich ist. Welche Arroganz! Die Funktion einer supranationalen Vorgabe für die Überarbeitung deutscher Gesetze wurde der Konvention bereits in ihrer Geburtsstunde abgesprochen.

Diese Vorbehalte machen deutlich, in welchen Bereichen sich die damalige Bundesregierung nicht an die Kinderrechtskonvention gebunden fühlte. Die deutsche Verfassungswirklichkeit hinkt also der Konvention hinterer. Ausschließlich Schutzrechte werden den Kindern in Artikel 6 des Grundgesetzes eingeräumt. Die finanzielle Förderung wurde im Rahmen der Verfassungsdiskussion nach der deutschen Vereinigung von der Regierungsmehrheit verworfen.

Schlagkräftige Argumente sprachen dafür, dem Leitbild der UN-Konvention folgend den Verfassungsrang von Kinderrechten im Rahmen des Grundgesetzes auszubauen. Die konservativ-liberale Bundesregierung hat sich dem verweigert. Sie profitierte davon, daß die UN-Kinderrechtskonvention entgegen ihrer Bedeutung in der Bevölkerung noch weithin unbekannt ist. Auch ein Grund, weswegen wir uns hier zu Wort melden sollten.

Die neue Regierung hat auf Bundes- wie auf Landesebene schon Verbesserungen angekündigt beziehungs-

weise erreicht. Es sind erste schmale, kleine Schritte. Ich erinnere an die Erhöhung des Kindergeldes, an das Ziel, einen angemessenen Familienlastenausgleich zu schaffen. Auch der sozialdemokratische Innenminister unseres Landes hat sich gemeinsam mit SPD und PDS in den ersten Schritten für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Jugendliche ab 16 eingesetzt. Und ich erinnere in diesem Zusammenhang an die gestern geführte Aussprache zum Kommunalwahlgesetz. Auch dadurch werden Kinderrechte in unserem Land nicht sofort für alle nachvollziehbar, aber es wird angefangen, und in der Folge werden wir an diesem Status nicht festhalten, wir werden weitergehen auf diesem Weg. Dessen können Sie sicher sein!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Der Anfang der Koalitionsfraktionen soll dazu dienen, daß endlich auch auf Bundesebene mehr getan wird, um die UN-Konvention in Deutschland umzusetzen, und weiterhin werden wir uns im Sozialausschuß auch intensiv damit befassen, inwieweit diese UN-Kinderrechtskonvention in unserem Lande umgesetzt wird. Meine Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schwebs.

**Birgit Schwebs,** PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wird nicht immer wieder von der Unteilbarkeit der Menschenwürde ausgegangen und davon, daß Menschenrechte universal seien? Und tun Regierende nicht immer so, als seien Menschenrechtsfragen bloß ein Umsetzungsproblem? Tatsache ist doch aber, daß Menschenrechtsverletzungen in aller Welt stattfinden, massenhaft und täglich. Übersehen wir bitte dabei nicht, daß zum Katalog der Menschenrechte sowohl eine Reihe sozialer Grundrechte zählen, wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf eine Wohnung und das Recht auf soziale Sicherheit, als Schutznorm gegen Verarmung als auch – und zu diesem Problem möchte ich etwas sagen – das in Deutschland faktisch abgeschaffte Asylrecht. Vorwürfe von Menschenrechtsorganisationen lauten: Menschenwürde steht in Deutschland unter Kostenvorbehalt. Flüchtlinge einschließlich Kinder werden aus Deutschland vertrieben, jedoch ohne, daß ihnen gesagt wird, wo sie denn menschenwürdig leben, ja wenigstens physisch existieren könnten. Fremd zu sein in Deutschland ist heute eine Katastrophe.

Hoffnung, sagte Heiner Müller einmal, ist Mangel an Information. Hoffen auf eine weltweite Respektierung der Menschenrechte hieße demnach, all das nicht zu kennen oder zu ignorieren, was tagtäglich zu ihrer Mißachtung in der Bundesrepublik und auf der ganzen Welt führt. Jeder zweite Flüchtling, meine Damen und Herren, weltweit gesehen ist ein Kind. Und einige dieser Kinder und Jugendlichen gelangen bis hierher. Sie fliehen vor politischer und ethnischer Verfolgung, vor Zwangsrekrutierung in Armeen, vor Sexsklaverei oder ganz banal vor Hunger und Not. Sie sind die unsichtbaren und gleichzeitig die verletzlichsten Opfer von Kriegen und Bürgerkriegen. Auf 6.000 bis 10.000 wird die Zahl der, wie sie offiziell heißen, unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge geschätzt, die zur Zeit in der Bundesrepublik leben. Geschätzt deshalb, weil darüber keinerlei Statistik geführt wird.

In internationalen Abkommen wie dem Hager Minderjährigenschutzabkommen oder der UN-Kinderrechtskonvention wurden Bestimmungen verankert, die minderjährigen Flüchtlingen angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe garantieren sollen. In Deutschland, das diese Abkommen unterzeichnet hat, gelten für sie zudem die allgemeinen Kinder- und Jugendschutzbestimmungen, das Kinder- und Jugendhilfegesetz und natürlich das Grundgesetz.

Seit einigen Jahren äußern Menschenrechtsorganisationen aber zunehmend Kritik an der bundesdeutschen Politik gegenüber diesen Flüchtlingen. Die Politik sei hauptsächlich auf die Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge und auf Abschreckung weiterer Zuwanderungen gerichtet. Dabei wurden Fragen des Kindes wohl systematisch in den Hintergrund gedrängt und Verstöße gegen die Kinder- und Jugendschutzbestimmungen billigend in Kauf genommen.

Das deutsche Komitee für UNICEF hat deshalb eine Studie über die Lage der minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland erstellen lassen. Sie soll in diesem Frühjahr noch veröffentlicht werden. Die von uns geforderte Enquete-Kommission wird daran nicht vorbei können. Sowohl Pro Asyl als auch die nationale Koalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, ein Zusammenschluß von über 90 Verbänden und Institutionen, kritisieren die Bundesrepublik „wegen offensichtlicher Verletzung der Kinderrechtskonvention“.

Mit Blick insbesondere auf die Artikel 1, 3, 6, 20, 22 und 37 der Kinderrechtskonvention sehe ich sehr viel Arbeit auf die Enquete-Kommission zukommen. Das betrifft Fragen der Drittstaatenregelung, des sogenannten Flughafenverfahrens, Probleme der Handlungsfähigkeit von Kindern im Asylverfahren, ihrer Altersbestimmung, der Abschiebungshaft und der Einschränkung der Entwicklungschancen von Kindern.

Verweisen will ich noch darauf – und auch Dr. Rißmann hat in seinem Beitrag schon darauf hingewiesen –, daß die

Bundesregierung, als sie die Kinderrechtskonvention 1992 ratifizierte, das nur unter Vorbehalt tat. Danach soll keine Bestimmung der Konvention dahingehend ausgelegt werden können, daß sie das Recht der Bundesrepublik beschränken dürfte, daß sie weder Gesetze und Verordnungen über die Einreise von Ausländerinnen noch die Bedingungen ihres Aufenthaltes novellieren dürfte – mit anderen Worten: Das deutsche Ausländer- und Asylrecht soll durch die Konvention nicht berührt werden, obwohl dieses besonders restriktive Recht weit hinter den Maßgaben der Konvention zurückbleibt und damit der besonderen Schutzbedürftigkeit der Kinderflüchtlinge und den gesetzlichen Erfordernissen des Kinderschutzes der Bundesrepublik nicht gerecht wird.

Es gibt, wie Sie sehen, meine Damen und Herren, für die Enquete-Kommission viel zu analysieren und vor allen Dingen noch vielmehr zu schlußfolgern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/184(neu). Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/184(neu) ist damit einstimmig angenommen worden bei Abwesenheit der CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, da die Tagesordnungspunkte 21 bis 25 entfallen, sind wir damit am Schluß der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung des Landtages berufe ich für Mittwoch, den 24. März 1999, 11.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 14.03 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Rolf Eggert, Dr. Hubert Gehring, Herbert Helmrich, Irene Müller, Eckhardt Rehberg und Dr. Harald Ringstorff.

## Schriftliche Beantwortung der Fragen 1 und 2

### der Fragestunde

– Drucksache 3/216 –

#### Geschäftsbereich des Justizministers

**Frage 1** des Abgeordneten **Dr. Ulrich Born**, CDU:

1. Am 01.09.1998 wurden Plakate des Kreisverbandes Nordwestmecklenburg der Christlich Demokratischen Union Deutschlands entwendet.

Ein Ermittlungsverfahren gegen einen konkreten Beschuldigten wurde mittlerweile von der Staatsanwaltschaft Schwerin (Aktenzeichen: 152 Js 313335/98) gemäß § 153 Absatz 1 StPO eingestellt.

Wurden Ermittlungsverfahren in ähnlich gelagerten Fällen – während des Wahlkampfes vor der Bundestags- und gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wurde über mehrere derartige Vorkommnisse in der Presse berichtet – ebenfalls eingestellt oder stehen derartige Ermittlungsverfahren vor der Einstellung?

Sind andererseits konkrete Anklagen zu erwarten?

**Antwort:** Verfahren mit ähnlich gelagerten Fällen aus dem letzten Bundes- und Landtagswahlkampf waren bei den Staatsanwaltschaften des Landes gegen namentlich bekannt gewordene Täter nach derzeitigem Kenntnisstand nicht anhängig. Anklagen oder weitere Verfahrenseinstellungen gegen namentlich bekannte Beschuldigte sind von daher nicht zu erwarten.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls oder auch Sachbeschädigung von Wahlplakaten bei den Staatsanwaltschaften statistisch nicht gesondert erfaßt werden. Mit Sicherheit erschöpfende Aussagen lassen sich deshalb über den Gegenstand der Frage nicht treffen.

Vereinzelt sind bei den Staatsanwaltschaften Verfahren wegen Diebstahls oder Sachbeschädigung von Wahlplakaten anhängig geworden, in denen Täter nicht ermittelt werden konnten. Derartige Fälle sind generell in das sogenannte UJs-Register (Ermittlungsverfahren gegen unbekannt) eingetragen worden. Dieses Register läßt sich ohne einen unverhältnismäßigen Rechercheaufwand nicht auswerten. Da die Täter in diesen Fällen nicht zu ermitteln waren und die Ermittlungsergebnisse von daher keinen genügenden Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage boten, sind die Verfahren gemäß § 170 Absatz 2 StPO eingestellt worden.

#### Geschäftsbereich der Sozialministerin

**Frage 2** des Abgeordneten **Harry Glawe**, CDU:

2. Sozialministerin Martina Bunge (PDS) wird in der Presse (z. B. Ostseezeitung, Nordkurier vom 15.02.1999) mit der Aussage zitiert, daß sie einen bundesweiten Versuch mit sogenannten Fixerstuben und der geregelten Abgabe von

Heroin begrüße und in der Legalisierung von Rauschgift einen möglichen Beitrag gegen die Drogenkriminalität sehe.

Unter der Führung des Sozialministeriums würde demnach gegenwärtig in einer Arbeitsgruppe eine Strategie zur Bekämpfung der Drogenkriminalität festgelegt.

Wie stellt sich die Landesregierung eine Freigabe derartiger Drogen in Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich vor?

**Antwort:** Im Mittelpunkt der Drogen- und Suchtpolitik Mecklenburg-Vorpommerns steht die Prävention und Aufklärung. Wir müssen v. a. unsere „Kinder stark machen“.

Die CDU und insbesondere Herr Glawe wollen suggerieren, daß sich meine Drogenpolitik in der Freigabe von Drogen erschöpfe.

Eine Freigabe von Drogen auf Landesebene ist weder möglich noch beabsichtigt, noch erschöpft sich meine Politik darin.

Betäubungsmittelrecht ist Bundesrecht, das auf dem Internationalen Suchtstoffübereinkommen basiert, dem die Bundesrepublik bekanntermaßen beigetreten ist.

Die Bundesgesundheitsministerin berät derzeit mit Vertretern von interessierten Ländern und Städten darüber, ob und wie die Verschreibung von Heroin für langjährig Abhängige als zukünftige Substitutionsbehandlung geprüft werden kann.

In der Bundesrepublik leben vermutlich mehrere tausend Heroinabhängige, die in hoher Dosis dieses Suchtmittel konsumieren und deren Gesundheitszustand desolat ist.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen uns, daß diese einer Methadonsubstitution kaum oder gar nicht zugänglich sind.

Der Beschaffungsdruck und die Finanzierung des außerordentlich hohen Konsums treibt diese Gruppe Opiatabhängiger permanent zu Straftaten.

Für eine kontrollierte Abgabe von Heroin sprechen mehrere Erfahrungen.

Zum einen kann der allgemeine Gesundheitszustand der Abhängigen wesentlich verbessert werden.

Bei einer kontrollierten Abgabe erhöhen sich die Chancen, die Abhängigen einer Therapie zuzuführen.

Das heißt, eine Einstellung strafrechtlicher Verfolgung ist Voraussetzung für wirksame Hilfs- bzw. Präventionsprojekte.

Sozusagen als Nebenprodukt könnte die Beschaffungskriminalität gesenkt werden, und so dem illegalen Handel der Boden entzogen werden.

Ich begrüße einen solchen bundesweiten Versuch ausdrücklich.

Klar ist allerdings, daß Mecklenburg-Vorpommern sich an dieser Studie nicht beteiligen wird.

Noch ist die epidemiologische Studie so, daß wir das Schwergewicht unserer Bemühungen auf Prävention legen können.

Ich habe keine AG gegründet, die eine Strategie zur Bekämpfung von Drogenkriminalität vorlegen will.

Seit längerem arbeitet eine ständige interministerielle AG von Bildung über Innen, Landwirtschaft und Finanzen sowie Staatskanzlei unter Federführung des Sozialministeriums, die gemeinsame Maßnahmen für Prävention und Hilfe berät.

Eine ihrer Aufgaben ist gegenwärtig die Umsetzung der Ziffer 196 der Koalitionsvereinbarung, dort heißt es:

„Die Bekämpfung der Drogenkriminalität soll ressortübergreifend als Einheit präventiver und repressiver Einwirkung gestaltet werden. Repressive Einwirkung muß deutlicher als bisher zwischen organisiertem Verbrechen und „kleinen“ Drogenkonsumenten differenzieren.“

Der Kreativität von LAKOST, der Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung, wird weiterhin gefordert sein. Eine gute Idee sind die Aufklärungs-Discos, die Kinder und Jugendliche stark machen können.

Das Landesinstitut für Schule und Ausbildung (L.I.S.A.) versucht die Drogenprävention zum integralen Be-

standteil des Unterrichts zur Gesundheitsförderung zu machen.

Kinder stark machen – das fängt bei mir bei Schulmilch statt Cola an, dazu gehört ein sinnvolles Freizeitangebot bis hin zu beruflichen Perspektiven für Jugendliche.

Ideen – statt bewußte Falschinterpretationen – sind bei diesem für die Zukunft unseres Landes so wichtigen Themas von allen gefragt.

Wird damit aber Mecklenburg-Vorpommern als Markt für Drogendealer unattraktiv bleiben?

Wie lange können wir die Drogen- und Suchtsituation Deutschlands von uns fern halten? Und die Drogensituation, die auf der Drogenpolitik der Kohl-Regierung basiert, ist komplett gescheitert - so schätzt eine Mehrheit von Fachleuten es ein.

Es hat sich ein verhängnisvoller Kreislauf zwischen Illegalisierung, Kriminalisierung und Abhängigkeit entwickelt. 65 % der Strafverfahren in der Bundesrepublik Deutschlands haben im engeren und weiteren Sinne mit Drogen zu tun.

Die Kriminalisierung des Drogenkonsums ist Grundlage dafür, daß Drogenhändler riesige Handelsprofite einstreichen können. Ärztlich kontrollierte Abgabe für Eigenkonsum könnte diese Märkte austrocknen.

Doch dazu bedarf es wohl eines deutschlandweiten, wenn nicht gar internationalen Befreiungsschlages. Die Drogenimperien, die soviel Unheil anrichten, müssen meines Erachtens eines Tages zerschlagen werden.

